AKTiON NOTEiNGANG

ZiVILCOURAGE GEGEN RASSiSMUS ?

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Ein Jahr Aktion Noteingang: Erfahrungen eines antirassistischen Jugendbündnisses

BR-A2

Eine Initiative des Demokratischen JugendFORUM Brandenburg (DJB e.V.)

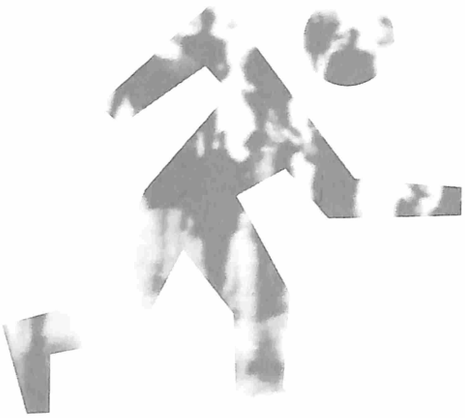
Editorial

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Wer schweigt stimmt zu!
Gibt es einen rassistischen Konsens in der Gesellschaft?
Wer weghört stimmt zu!
Werden rechte Parolen lieber überhört, um nicht selber Betroffene/r zu werden?
Wer wegschaut stimmt zu!
Verschließen die BrandenburgerInnen die Augen vor den Problemen?

Was Sie erwartet - die Broschüre im Überblick

Die vorliegende Broschüre veröffentlicht die Ergebnisse der „Aktion Noteingang". Ein Jahr ist vergangen, seit sich eine Gruppe Bernauer Jugendlicher das Ziel setzte, Initiative gegen rassistische und faschistische Übergriffe und deren Ursachen in ihrer Stadt zu ergreifen. Sehr schnell stellte sich heraus, das ein basisgetragenes Konzept wie das der „Aktion Noteingang" in vielen anderen Städten Brandenburgs auf Zuspruch stieß und Handlungsmöglichkeiten für breite Teile der Gesellschaft bietet. Einzelpersonen und Gruppen von Menschen, die sich mit einer ideologischen und gewalttätigen rechtsextremen Realität konfrontiert sahen und diesen Zustand nicht tatenlos hinnehmen wollten, sahen hier einen Handlungsspielraum, den sie in breiten Bündnissen ausfüllen können.



So entwickelte sich „Aktion Noteingang" zu einem landesweiten Projekt, an dem sich seit Frühjahr 1999 mittlerweile 13 Städte beteiligen. Regionale Bündnisse, bestehend aus unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen, entstanden, um gemeinsam ein Zeichen gegen rassistische und faschistische Umtriebe zu setzen, öffentliche Diskussionen zu entfachen und BürgerInnen zur Zivilcourage zu animieren. Das Konzept „Aktion Noteingang" wird im folgenden Teil ausführlich vorgestellt. Obwohl nach einem einheitlichen Konzept, arbeiteten die Bündnisse vor Ort eigenverantwortlich und nach einem, den örtlichen Gegebenheiten angepaßten, Vorgehen. Daraus ergaben sich unterschiedliche Wirkungen auf die Kommune sowie differenzierte Ergebnisse und Erfahrungen. Diese Unterschiedlichkeiten, die zum einen subjektiv auf Erfahrungen der AktionistInnen beruhen und zum anderen objektiv durch die Erhebung per Fragebogen untermauert werden, sind ein weiterer Teil dieser Broschüre.

Wir sehen „Aktion Noteingang" nicht als einmalige, nun beendete Aktivität, sondern vielmehr als Grundlage für weitere Arbeit auf den Gebieten Antirassismus und Antifaschismus. So beinhaltet vorliegendes Material ebenso eine Situationsanalyse Brandenburger Zustände, wie auch ein perspektivisch orientiertes Fazit in Bezug auf Verantwortlichkeiten der Regierenden.
Die im Großen vorgemachte Ausgrenzung von Ausländern, Linken, sozialen Gruppen (nicht umsonst werden sie „Randgruppen" genannt), und anderen, die nicht konform gehen, wird im Kleinen, im Zwischenmenschlichen, weitergelebt und in physischer und psychischer Gewalt entäußert.
An dieser Stelle zu intervenieren, Positionierungen gegen diesen gesellschaftlichen Normalzustand einzufordern und geistige Horizonte zu öffnen, war Ziel der „Aktion Noteingang". Wie sich dies umsetzen ließ, können Sie im folgenden nachlesen.

Aktionsgruppe Noteingang

inhalt

Situationsanalyse

02-03 Situation in Brandenburg
03-05 Interviews mit Betroffenen

Hintergrundanalyse

06-09 Rassistische und rechte Gewalt: Der Streit um die Ursachen
von Birgit Rommelspacher

10-15 Zwischen Dominanz und Subkultur:
Rechtsextremismus im Kontext
Versuch einer kritischen Bilanz aus politikwissenschaftlicher Sicht
von Lars Rensmann

Konzept

16-18 Das Konzept „Aktion Noteingang"

Städteberichte

20-22 Angermünde
23-25 Bad Freienwalde
26-29 Bernau
30-32 Eberswalde
33-34 Frankfurt/Oder
35-39 Fürstenwalde
40-42 Kyritz
43-48 Neuruppin
49-55 Potsdam
56-60 Schwedt
61-66 Strausberg

Auswertung

67-73 Eine erste Auswertung der „Aktion Noteingang"

Dokumentation

74-77 Pressespiegel

78-79 Der Fragebogen zur „Aktion Noteingang"

80 Presseerklärung der „Aktion Noteingang"
zur Unterstützung der „Opferperspektive"

AKTiON
NOTEiNGANG

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Büchersendung/Zeitschriftensendung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Büchersendung/Zeitschriftensendung dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Büchersendung/Zeitschriftensendung dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Situation in Brandenburg

„1993 meint ein Polizist »Was hier in Lichtenhagen gelaufen ist und später in Mölln und Solingen zum Extremfall wurde, war zwar bedauerlich, kann aber im Prinzip als ganz normaler Vorgang gewertet werden. Wie wir als Deutsche überhaupt - und jetzt rede ich gesamtdeutsch von ihnen - ein ganz normales Volk sind, wie die Franzosen, Engländer und Amis auch. Was sagen Sie? Na schön, von mir aus stinknormal.«"

Ist es wirklich stinknormal, Menschen und Häuser zu verbrennen, sie zu Tode zu hetzen, zu verprügeln oder sie zu bedrohen? Sehr oft läßt sich diese Frage hier in Brandenburg mit ja beantworten. Die TäterInnen können entweder fliehen, müssen Arbeitsstunden ableisten oder kommen nach ein paar Tagen aus der Untersuchungshaft zurück. Selten erhalten sie längere Haftstrafen. Es wäre anzunehmen, daß die Politik versucht dieser Entwicklung entgegenzutreten, doch leider wird das Problem Rechtsextremismus wieder nur als Oberflächenphänomen behandelt. So schreibt auch „Der Spiegel" (Nr. 23/1999, S.51), daß Polizisten und Politiker den Rechtsradikalismus in Brandenburg verdrängen.

Doch das, was hier als Jugendgewalt, als Ursache des kollektiven Topfsitzens und als „Ossi"-Problem abgetan wird, findet starken Rückhalt in der Gesellschaft. Die TäterInnen agieren in einem Umfeld, das ihr Handeln nicht nur toleriert, sondern unterstützt. Ausdruck davon ist unserer Auffassung nach ein „rassistischer Normalzustand", Beschwichtigungssozialarbeit, die mit großem Verständnis auf rassistische und neofaschistische Aktivitäten reagiert. Was meinen wir mit Normalzustand? Für uns gehört dazu die Ablehnung von „Fremden" in der Familie, rassistische Äußerungen am Arbeitsplatz und die Neigung der Polizei, vor allem Fahrzeuge mit polnischem Kennzeichen zu kontrollieren. Dazu gehört inzwischen auch das faktische Verbot für TaxifahrerInnen, „ausländisch" Aussehende in Grenznähe zu transportieren. Wenn konservative Politiker das Bild von „Sozialschmarotzern" zeichnen, sich als liberal verstehende Politiker, einer „Das Boot ist voll!" - Ideologie frönen und dabei von der Notwendigkeit schwadronieren, den „Wirtschaftsflüchtlingen" einen Riegel vorzuschieben, dann ist das nur die eine Seite des „Normalzustandes". Die andere Seite sind Nazis, die behaupten, „Ausländer" seien für den Abbau von Arbeitsplätzen verantwortlich und nicht die Unternehmer. Nicht umsonst stehen rassistische Themen auf der Tagesordnung der Politik und werden für den Wahlkampf mißbraucht, wie z.B. erst kürzlich der Streit um die doppelte Staatsbürgerschaft. Gerade in der als Globalisierung bezeichneten Phase weltwirtschaftlicher Entwicklung klingt diese Politik sehr paradox, ist aber offensichtlich gewolltes Produkt dieses neoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells.

Dabei ist zu beobachten, daß es innerhalb der Parteienlandschaft einen erheblichen Rechtsruck gibt, der den alltäglichen Rassismus unterstützt. Doch während sich die Wissenschaftler und Politiker immer noch um die Ursachen streiten, steigen derzeit die Mitgliederzahlen der rechten Parteien. Ein Rückgang des Rechtsextremismus ist nicht spürbar. Am 21. Oktober 1998 wurde beispielsweise am Stadtbahnhof in Potsdam ein Afrikaner von acht Nazis attackiert. Das Eingreifen von PassantInnen konnte verhindern, daß der Afrikaner brutal zusammengeschlagen wird. Im Februar 1999 hetzten Rechte in Guben den Algerier Omar Ben Noui zu Tode. Eine für ihn organisierte Mahnwache in Fürstenwalde wurde massiv gestört. Am 06. April 1999 versuchte ein 16-jähriger eine dunkelhäutige Frau zu töten. Er umklammerte die Frau von hinten und versuchte, sie auf eine stark befahrene Straße zu werfen. Nur durch eine Vollbremsung konnte ein Unfall verhindert werden. Der Täter war der Polizei schon durch mehrfache fremdenfeindliche Delikte bekannt. Faschistische Übergriffe stehen in Brandenburg nach wie vor auf der Tagesordnung.

Manfred Füger, Sprecher des Brandenburgischen Innenministeriums, stuft den „Schutzbereich Cottbus" bei rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikten als „etwas führend" ein. Der Ausnahmezustand ist längst Normalität geworden (vgl. Der Spiegel Nr. 23/1999, S.51). Laut Verfassungsschutzbericht von 1998 steigen die Mitgliederzahlen extrem vor allem bei der NPD von 60 (1997) auf 150 (1998) und der DVU von 40 (1997) auf 200 Mitglieder (1998). Damit bekennen sich immer mehr Menschen zum Rechtsextremismus.

Viele Menschen, die nicht in die rechtsextremistische Lebensphilosophie passen, wird das Leben erheblich erschwert. Ein rechter Mainstream, gerade auch in der Jugendkultur, setzt sich mittels seiner aggressiven, domi-

nanten Ausdrucksweise seit Jahren immer mehr durch. Der Druck auf andere jugendkulturelle Strömungen, die sich nicht über „nationale" Werte definieren, ist hoch. - So hoch, daß in einigen Kommunen und ländlichen Regionen ihre VertreterInnen immer seltener zu finden sind. Der Verdrängungseffekt gegenüber alternativen Angeboten zur Orientierung für Jugendliche bewirkt, daß sich rassistische Werte und Normen multiplizieren und nachwachsende Generationen wie selbstverständlich in diesen rechten Mainstream hineinwachsen. Es ist „in" rechts zu sein, und die Ablehnung von rassistischer Gewalt allein reicht schon aus, als „Linke/r" oder „Zecke" bezeichnet und eventuell selbst zum Opfer zu werden.

Durch dieses Klima, das von Ängsten, Bedrohung und durch tätliche Angriffe geprägt ist, wird Menschen die Nutzung des öffentlichen Raumes immer weniger möglich. So sind für linke Jugendliche nicht nur bestimmte Jugendklubs, sondern schon ganze Stadtteile tabu, Menschen, die „nicht-deutsch" aussehen, meiden oftmals aus Angst Fahrten nach Brandenburg. Ein Grund ist beispielsweise der Überfall auf eine französische Schulklasse im Potsdamer Schloßpark Sanssouci. Selbst die Arbeiter Wohlfahrt (AWO) in Berlin schätzt die Gefahr so akut ein, daß sie Menschen mit Behinderung von Reisen nach Brandenburg öffentlich abrät.

Hier setzt „Aktion Noteingang" an. Die Aktion soll dazu anregen, über bestimmte gesellschaftliche Normen, Werte und Moralvorstellungen nachzudenken und diese in die Öffentlichkeit zu bringen. Vor allem soll sie zu Zivilcourage animieren und eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema rassistisch und faschistisch motivierter Gewalt bewirken.

Interviews mit Betroffenen

„Am liebsten würde ich aus Brandenburg weg."

Dieser oder ähnliche Sätze sind immer öfter von hier wohnenden Ausländern oder Asylbewerbern zu hören. Viele meiden auch tagsüber öffentliche Plätze oder bewegen sich nur in Gruppen. Die Berichte über Überfälle, eigene Erlebnisse und die täglichen Erfahrungen mit Pöbeleien und Demütigungen führen bei den Betroffenen zu einem Gefühl des Eingeschüchtertseins und der Angst. Eine ohnehin schon bestehende strukturelle Schlechterstellung wird durch körperliche Angriffe noch forciert. Die Angriffe richten sich nicht ausschließlich gegen „Fremde". Betroffen sind Einzelpersonen und Gruppen, die offen eine andere Kultur leben als von den deutschnationalen „Saubermännern" erwünscht und geduldet. Die Belastung, als Zielscheibe von Pöbeleien, Anfeindungen und Angriffen leben zu müssen, führte und führt gerade auch bei jungen Menschen immer wieder zur Aussage: „Am liebsten würde ich aus Brandenburg weg."

Zufall? Einzelfall?

Wie erleben die Betroffenene die Angriffe?

Interviews und Erfahrungsberichte mit und von rassistischer und faschistischer Gewalt Betroffenen:

[Antje]

Kannst Du kurz etwas zu Dir sagen?

Ich gehe auf ein Gymnasium in Sachsendorf (Stadtteil in Cottbus, Anm. d. Red.), in die 9. Klasse.

Kannst Du erzählen, was Dir passiert ist?

An unserer Schule waren ungefähr 30 Faschos mit Knüppeln und haben zwei Leute gesucht. Anschließend sind sie durch Sachsendorf gezogen. Ich war dann mit einer Freundin auf dem Nachhauseweg. Auf einmal kamen uns sieben Faschos entgegen. Sie haben uns gefragt, ob wir Zigaretten hätten, da wir keine hatten, haben wir „Nein" gesagt. Sie waren schon ziemlich betrunken und fragten meine Freundin nach ihrer politischen Meinung. Sie antwortete, daß sie „links" wäre, und da hat sie auch schon die ersten Schläge in den Bauch bekommen. Zwei von dieser Gruppe haben uns angegriffen, die anderen fünf standen abseits. Einer der beiden Angreifer hat mir mit einem Holz- oder Metallstock aufs Auge gehauen. Darüber haben sie sich dann kaputtgelacht. Und wir sind weggerannt. Überall standen Leute, und niemand hat was gemacht...

Du bist verletzt, man sieht ja, daß Du über dem Auge eine Wunde hast. Und niemand hat reagiert?

Nein, überhaupt nicht. Es ist schon das dritte mal, daß mir so etwas passiert ist. Einmal sogar in der Straßenbahn, in der sehr viele Leute gesessen haben, und es hat keiner reagiert,... das, finde ich, ist das Schlimmste...

Haben Du und deine Eltern damals nach dem Angriff in der Straßenbahn eine Anzeige erstattet?

Nein, das habe ich mich nicht getraut, weil wir keine Schläge bekommen haben, und nur mit einem Messer bedroht wurden und Brandlöcher in meiner Mütze gemacht wurden. Da habe ich angefangen zu weinen, und sie sind abgehauen...
also, war nichts Besonderes.

AKTiON NOTEiNGANG

Ihr habt dieses Mal auch keine Anzeige gemacht, obwohl die Schulleitung die Polizei gerufen hatte, und diese die Personalien der Leute auf dem Schulhof feststellte?

Daraufhin ist die Polizei aber wieder verschwunden. Die Faschos haben sich erst in Sachsendorf verteilt und sind dann wiedergekommen. Und als ich dann nach Hause gegangen bin, ist es passiert.

Die Polizei hat auch mitbekommen, daß die Leute Waffen dabei hatten und hat trotzdem nicht weiter reagiert?

Sie haben es wohl gesehen, und den Faschos ist trotzdem nichts passiert.

Kannst Du die Situation beschreiben, wie es ist in Sachsendorf zu leben, und warum Du Deiner Meinung nach schon öfter Opfer eines Angriffs wurdest?

Ich glaube, ich hatte ein Tuch um, was ihnen vielleicht nicht so gefallen hat. Die Leute haben meist aber auch gar keinen Grund. In Sachsendorf stehen sie nachts überall, meist auch an den Haltestellen. Wenn wir Straßenbahn fahren, nehmen wir auch immer Tücher und so ab und stellen uns hinter den Fahrer, damit sie sich vielleicht nicht trauen.

Wie war es nach dem letzten Überfall für Dich?

Ich bin dann nicht so oft raus, weil ich Angst hatte...

[Fadil]

Kannst du kurz was zu Dir sagen?

Ich komme aus dem Kosovo, bin 26 Jahre alt, bin seit Oktober 1996 in Müncheberg im Asylbewerberheim.

Wie sieht Dein Leben hier aus?

Ich darf nicht arbeiten und bekomme Sozialhilfe, manchmal können wir für 2,50 DM in der Stunde im Heim was arbeiten. Ich habe noch einen Verwandten in Potsdam. Wir telefonieren ab und zu miteinander. Öfter laufen wir nach Müncheberg rein. Eigentlich habe ich keine Probleme mit Deutschen. Doch manchmal fahren junge Leute im Auto an uns vorbei und zeigen den Hitlergruß. Einmal riefen sie: „Mit euch machen wir das gleiche wie mit den Juden." Wir gehen deshalb meist nur zusammen, wenigstens zu dritt.

Du wurdest schon mal überfallen, kannst Du das kurz schildern?

Wir gingen in ein Café, in dem wir schon öfter waren. Ein Bekannter wies mich auf die Gruppe von etwa zehn Rechten hin, die auch im Café saßen und vielleicht wieder provozieren wollten. Einer der Rechten kam zu mir an den Tisch und forderte mich auf, an den Tisch der Rechten zu kommen. Ich wollte nicht, habe dann aber gedacht, wenn es Probleme gibt, kann man darüber reden. Dann behauptet der Rechte, ich hätte einen Kumpel von ihm geschlagen. Das stimmte nicht. Der Rechte wurde laut und aggressiv, forderte mich auf, mit ihm vor das Café zu gehen. Vor der Tür stehen noch drei weitere junge Männer. Der eine nimmt einen kurzen schwarzen Baseballschläger aus der Jacke. Ich renne los. Die vier Rechten hinter mir her. Nach etwa 200 Metern holen sie mich ein. Einer schlägt mit voller Wucht auf meinen Hinterkopf. Dann kann ich mich nicht mehr erinnern.

Wie ging es dann weiter?

Als ich zu mir kam, war meine Kleidung voller Blut, und die Rippen schmerzten. Ein Polizeiwagen und ein Rettungswagen kamen vorbei. Ich fuhr aber lieber erstmal ins Heim. Aus dem Heim brachten mich Bekannte später zum Krankenhaus nach Strausberg. Ich mußte ein paar Tage lang zur Beobachtung im Krankenhaus bleiben.

Was ist mit den Tätern passiert?

Zwei von ihnen wurden verurteilt zu Bewährungsstrafen. An dem Verfahren habe ich durch die Hilfe von Leuten der „Opferperspektive" als Nebenkläger teilgenommen. Viele bei mir im Heim haben trotzdem weiter Angst. Es gibt viele Jugendliche wie diese.

[Nadja]

Kannst Du kurz was zu Dir sagen ?

Ich bin 19 Jahre alt und mache ein Fachschulstudium.

Was ist Dir passiert?

Ich war am 18.10.98 gerade aus meiner Heimatstadt gekommen und auf dem Bahnhof in Cottbus den Hinterausgang hinausgegangen, weil ich nach Hause laufen wollte. Als ich draußen schon ein Stück gegangen war, habe ich auf einmal nur „Scheiß Zecke" gehört, und als ich mich umdrehte, sah ich, daß da auf einmal 15 bis 20 Faschos waren, und einer gerade in dem Augenblick auch ein Messer zückte. Erstmal habe ich daran gedacht, einfach ruhig weiter zu gehen, bis ich merkte, daß einige anfingen, mir hinterherzurennen, woraufhin ich ebenfalls losrannte.

Zu welcher Tageszeit war das?

17.00 Uhr ungefähr.

Waren außer Dir auch noch andere Leute auf der Straße?

Eine Frau, aber die ist gleich weitergefahren.

Wie ging es dann weiter?

Ich bin dann in den ersten oder zweiten Hauseingang - weiß ich nicht mehr so genau - und habe dann nur noch gehört, daß einer sagte: „Du bist zu Hause.", so richtig ekelig.

Wie bist Du dann nach Hause gekommen?

Irgendwann bin ich aus dem Eingang raus, dabei haben meine Knie übelst gezittert. Auf dem Weg auch, ich habe überall geguckt, und als ich zu Hause ankam, habe ich erst 'mal geheult.

Kannst Du ungefähr sagen wie alt die waren?

Ich würde sagen 16 aufwärts.

Warum glaubst Du, daß sie Dir hinterhergerannt sind und Dich „Zecke" nannten?

Zecke genannt haben sie mich bestimmt, weil ich rote Haare habe, aber ich hatte an dem Tag auch ganz normale Klamotten an, Jeanshose, Turnschuhe. ... hinterhergelaufen sind sie mir bestimmt,... na ja, ich weiß auch nicht so richtig warum.

Ist Dir das schon öfter passiert?

So krass, daß jemand ein Messer gezückt hat, noch nicht.

Einzelfall

[Agyen]

... Ich kam mit der S-Bahn aus Berlin erst nach 14.30 Uhr in Strausberg an. Ich war 10 Minuten zu spät für den Bus nach Seelow.... Der Zug sollte erst um 16.00 Uhr kommen. Dann ging ich zum Döner-Imbiß, aber der war geschlossen. Bei der Seelower Haltestelle ist eine Bank, ich setzte mich darauf und ruhte mich aus. Ich war schon seit 07.00 Uhr unterwegs. Plötzlich hörte ich: „Hey, Nigger!!" aus einem blauen Auto. Es überrumpelte mich, und ich guckte sie fragend an. Das Auto wendete und fuhr auf der verkehrten Seite zu mir. Das Auto stoppte, und eine Person öffnete die Tür und sagte: „Was hast du gesagt?" Ich war verzweifelt : „Was habe ich gesagt?!?"
„Du bist ein Arsch!", und er kam aus dem Auto. Er packte mich fest und zog mich hoch von der Bank. Und er schlug mich auf meine Brust. Dann konnte ich mich losreißen.

Der Überfaller hatte schnell aus dem Auto einen Baseballknüppel gepackt.
„Willst du diesen haben?", fragte er. Ich packte meine Tüte und rannte weg in Richtung des Bahnhofs. Er rannte mir mit dem Baseballknüppel hinterher und schlug voll unter mein Knie. Ich fiel hart auf die Erde. Zweimal schlug er mit dem Knüppel auf mich ein. Ich verlor das Bewußtsein.

Einige Minuten später, als ich wieder zum Bewußtsein kam, fühlte ich, daß ich mein Knie nicht mehr bewegen konnte. Keine Person war jetzt an den Bushaltestellen zu sehen. Als ich wegrannte, hatte ich noch einen Vorbeigehenden gesehen.

Die paar Hautcremes, die ich für meine Heim-Mitbewohner gekauft hatte, lagen vereinzelt auf der Straße. Ich sammelte den Inhalt meiner Tüte zusammen, aber meine Tüte war kaputt. Für 10 Pfennig kaufte ich beim Bäcker eine Tüte. Dann setzte ich mich vor den Bahnhof. Ich wollte nicht hinter dem Bahnhof sitzen, weil dort zu wenig Menschen kommen, und ich Angst hatte vor einem zweiten Angriff. Mein rechtes Knie und meine Hand bluteten. Plötzlich rief eine Person ganz laut: „Hey...hey...hey..!".

Alle Menschen am Bahnhof guckten verwundert. Das war er! Sie waren wieder da, aber diesmal fuhr das Auto weiter.

Das Einsteigen in den Zug war sehr schwierig für mich. Ich konnte nicht auf meinem rechten Bein stehen. Im Müncheberg-Bahnhof mußte ich eine Treppe herunter laufen. Ein Betrunkener rief: „Guck, der Nigger ist besoffen.". Bis Diedersdorf mußte ich trampen. Viele SEE-Autos fuhren vorbei (Autokennzeichen Seelow, Anm.d.Red.). Dann stoppte ein polnischer Fahrer.

Es war ca. 17.30 Uhr. An der Rezeption im Heim zeigte und erzählte ich alles über den Angriff. Ich bat um einen Arzt. Aber ein Arzt wird nur in dringenden Fällen gerufen, wurde mir gesagt.

Ich fand John, einen Freund aus Ghana, bereit, mich nach Seelow zum Notarzt zu fahren.

Rassistische und rechte Gewalt: Der Streit um die Ursachen

Von Birgit Rommelspacher

Der explosionsartige Anstieg von Gewalt gegenüber ethnischen und anderen Minderheiten in Deutschland im Laufe der letzten Jahre hat zu einer heftigen Debatte über deren Ursache geführt. Die verschiedenen Positionen werden bereits in der Definition dessen sichtbar, was als das „eigentliche Problem" angesehen wird. Viele waren zum Beispiel der Auffassung, daß es sich dabei um einen alten oder neuen Rechtsextremismus handele. Andere sahen in der Gewalt vor allem einen Ausdruck von Jugendproblemen. Wieder andere interpretieren die gewaltsamen Ausschreitungen als Ausdruck der politischen Interessen dieser Gesellschaft, die sich wie alle anderen reichen Industrienationen gegen Einwanderungen aus dem Süden und Osten abschotten möchte -, während viele Feministinnen in dieser Gewalt in erster Linie ein Männerproblem sahen. Bei all dieser Vielfalt lassen sich meines Erachtens vor allem zwei Fragestellungen unterscheiden, nämlich ob diese Gewalt ein Symptom der herrschenden Gesellschaft ist, ein aus ihrer Logik und ihren Interessen heraus erklärbares Phänomen, oder eher Folge einer krisenhaften Entwicklung, die auch in den spezifischen Problemlagen bestimmter Gruppen zum Ausdruck kommen kann. Je nach dem wird man sich eher auf die Problematik gesellschaftlicher Entwicklungen und spezieller Gruppen konzentrieren oder aber nach Zusammenhängen zwischen rassistischer und rechter Gewalt und den Interessen dieser Gesellschaft suchen. Pointiert formuliert geht es also um die Frage, ob es sich hier eher um ein Krisenphänomen handelt, das die Bearbeitung spezifischer Probleme notwendig macht, oder ob Gewalt Ausdruck der Normalität dieser Gesellschaft ist, die einer kritischen Selbstbesinnung bedarf. Das möchte ich nun im folgenden anhand der soziologischen Debatte zum Thema erläutern. Zentral in der soziologischen Diskussion ist die These von der Risikogesellschaft, die besagt, daß die klassischen Werte immer mehr zerfallen, traditionelle Lebensformen sich immer weiter auflösen und unsichtbare Gefahren, wie die drohende ökologische Katastrophe, zunehmend das Leben bestimmen.

Völlig umstritten ist, daß ein derartiger Individualisierungsprozeß seit Jahrzehnten, wenn man es genau betrachtet sogar seit der Industrialisierung, in Gange ist. Zweifelsohne hat die Kapitalisierung aller Lebensbereiche inzwischen zu einer Situation geführt, in der die Einzelnen wie nie zuvor auf sich selbst zurück geworfen sind. Die Frage aber ist, ob diese Vereinzelung und Auflösung allgemein verbindlicher, normativer Bezüge zwangsläufig zur Suche nach rechten Denkmustern führt.

Foto ©Chr Ditsch/version

Die Untersuchung von Wilhelm Heitmeyer, dem bekanntesten Vertreter der Individualisierungsthese im Bereich der Jugendforschung, zeigt, daß sich kein Zusammenhang zwischen den vermuteten Faktoren finden läßt. Das heißt, weder soziale Einbindungen bezüglich Arbeit und Familie noch das eigene Selbstkonzept, sei es nun positiv oder negativ, noch allgemeine Orientierungsschwierigkeiten korrelieren mit autoritär nationalisierenden Sichtweisen. Auch in seiner neueren Untersuchung, der Bielefelder Rechtsextremismusstudie, ist kein Zusammenhang zwischen diesen Faktoren zu finden. Es gibt nur ein signifikantes Ergebnis, und das zeigt den Zusammenhang von instrumentalistischer Arbeitsorientierung, das heißt dem vorrangigen Interesse an Geld, Aufstieg und Status, und rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen. Stärke und Überlegenheit sind für diese Jugendlichen die wichtigsten Normen, und die anderen Menschen werden primär unter dem Aspekt ihres Nutzens beurteilt. Dieses Leistungsdenken führt zum Haß auf alle, die in eine solche Verwertungslogik nicht hinein passen.

In dieselbe Richtung geht die Tübinger Untersuchung von Josef Held, Hans Horn u.a.: Sie befragten repräsentativ für den Tübinger Raum Jugendliche und junge ArbeitnehmerInnen nach ihren politischen Orientierungen. Sie teilten die Befragten in Benachteiligte und Nicht-Benachteiligte auf, wobei die Faktoren Arbeitsplatz, berufliche Zukunft, Bildung, ökonomische Absicherung und soziale Einbindung berücksichtigt wurden. Es zeigte sich, daß die Benachteiligten signifikant weniger rassistisch waren als die Nicht-Benachteiligten. Diese auch für die Forscher überraschenden Ergebnisse versuchten sie genauer zu ergründen und stellten fest, daß sich bei den nicht-benachteiligten Jugendlichen vor allem Aufstiegs- und Leistungsideologien mit rigiden Ausgrenzungsforderungen gegenüber EinwanderInnen verbinden. Sie bezeichnen diesen Einstellungskomplex als „Wohl-

standschauvinismus", in dem die ökonomische Vormachtstellung gleichgesetzt wird mit kultureller, politischer und persönlicher Überlegenheit. Der Wohlstandschauvinismus zeigt sich in einer Überidentifikation mit „deutschen Wirtschaftsinteressen" nach dem Motto: Wir sind die Besten, und es ist unser Verdienst. Wie in der Studie von Heitmeyer herrscht bei den nichtbenachteiligten Jugendlichen ein instrumentelles Nutzendenken vor: EinwanderInnen und Flüchtlinge werden ausschließlich danach beurteilt, ob sie schaden oder nützen. Sie selbst kommen oft aus gut situierten Verhältnissen und fühlen sich nicht konkret persönlich, jedoch allgemein und diffus von den EinwanderInnen bedroht.

Wie ist diese Diskrepanz zwischen Bedrohtheitsgefühlen und materieller und sozialer Absicherung zu erklären? Hier hilft eine Untersuchung von Dieter Hoffmeister und Oliver Sill weiter: Auch diese Forscher gingen von der Individualisierungsthese aus und untersuchten knapp fünfhundert Jugendliche und junge Erwachsene hinsichtlich der Frage, ob Verunsicherungen zu autoritären Einstellungen führen. Auch sie erlebten, wie sie selbst sagen, bei der Auswertung eine Überraschung, als sie feststellten, daß es keinen Zusammenhang zwischen Versorgtsein und Autoritarismus gibt. Erfreulicherweise halten sie dann - im Unterschied zu Heitmeyer - nicht mehr an ihrem theoretischen Konzept fest, sondern untersuchen weiter die zwei voneinander unabhängigen Variablen Autoritarismus und Instabilität. Das heißt, die Instabilen sind nicht notwendig autoritär, in der Summe sogar etwas weniger autoritär als die Stabilen. Demgegenüber sind relativ viele Jugendliche, die aus gut situierten Verhältnissen kommen und mit einem entsprechend stabilen Selbstbild ausgestattet sind, autoritär und neigen zu rechten und rassistischen Einstellungen.

Diese Jugendlichen haben die Forscher nun genauer betrachtet und festgestellt, daß sie durchweg unter hohem Leistungsdruck stehen, den sie unkritisch von ihren Eltern übernommen haben. Sie bewundern und idealisieren ihre Eltern ob ihres beruflichen und ökonomischen Erfolgs, und für sie ist selbstverständlich, daß sie selbst auch einmal zu den Erfolgreichen gehören werden. Allerdings stimmt das oft nicht mit ihren Erfahrungen überein, etwa wenn schlechte Noten in der Schule nicht den Erwartungen entsprechen. Dennoch halten sie an ihrem Ideal fest und projizieren ihre Versagungsängste auf alle anderen: auf unfähige Lehrer, korrupte Politiker und „arbeitsscheue" Ausländer. Sie alle müssen abgewertet werden, damit sie sich selbst und die Prinzipien von Leistung und Disziplin hochhalten können. Sie haben sich selbst (noch) nicht bewährt, gehören aber nach eigener Einschätzung selbstverständlich zur Elite. Diese Diskrepanz mündet in das diffuse Gefühl, die Anderen könnten ihnen ihren angestrebten Arbeitsplatz streitig machen. Sie fühlen sich bedroht und werden mißtrauisch. Sie sehen das Leben als einen ständigen Kampf aller gegen alle, in dem der Stärkste sich durchsetzt.

Es gibt natürlich auch die instabilen Jugendlichen, die autoritär sind. Auch sie empfinden ihre Umwelt überwiegend als feindselig. Aber ihr Motiv ist ein anderes: Sie hatten in ihrem Leben ständig mit einer Unzahl von Widrigkeiten zu kämpfen und haben zumeist eine schwierige Familiengeschichte und viele negative soziale Erfahrungen hinter sich. Insofern hat ihr Mißtrauen auch viel mit der Realität zu tun. Diese Jugendlichen neigen zu einer extremen Situationsabhängigkeit und einem ständigen Schwanken zwischen widersprüchlichen Einschätzungen. Folglich lassen sie sich auch leicht beeinflussen. Hingegen zeigen die Autoritären wiederum Stabilität in ihren Feindbildern. Bei ihnen hat sich Mißtrauen und Kriegermentalität zu einem allgemeinen Weltbild verfestigt, das sie gegen alle kämpfen läßt, die ihren Vormachtsanspruch in Frage stellen könnten.

Hier schließt sich also die zunächst festgestellte Verständnislücke: Ein nicht benachteiligter, stabil autoritärer Jugendlicher ist real wohl kaum von den EinwanderInnen bedroht, sondern viel eher von seinem eigenen Versagen, dem Unvermögen, das er sich nicht zugestehen kann und will. Er muß es auf andere projizieren. Je größer also die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, je stärker die Realität in Idealisierungen gepreßt wird, desto größer ist der Projektionsbedarf, um sich selbst aufzuwerten und sich zu stabilisieren.

Zusammenfassend läßt sich demnach folgendes festhalten:

1.

Ökonomische Notlagen sind kein erhöhter Risikofaktor für rechtsextreme Einstellungen. Die Annahme, rassistisches Denken wäre vorwiegend in unteren Schichten zu finden, erweist sich, wie auch an früheren Untersuchungen zu erkennen ist, als Mittelschichtsvorurteil.

2.

Auch soziale Integration in Bezug auf Arbeitsplatz, Familie und Freundeskreis schützt nicht vor rechten und rassistischen Orientierungen.

3.

Schließlich ist auch kein Faktor Orientierungslosigkeit oder Instabilität auszumachen, der für autoritär-nationalistische Einstellungen prädestinieren würde.

In allen drei genannten Untersuchungen aber kristallisiert sich ein relevanter Komplex heraus, den Heitmeyer eine instrumentalistische Arbeitsorientierung, die Tübinger Untersuchung Wohlstandschauvinismus und Hoffmeister und Sill Leistungsvergötterung und Kriegspfadmentalität nennen. Darin zeigt sich eine forcierte Identifikation mit den Werten Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld, aus der heraus sich die Abwehr gegen alle diejenigen begründet, die als leistungsunfähig gelten oder die anscheinend ohne eigene Anstrengung versorgt werden. Für die Relevanz dieses Einstellungskomplexes spricht die Tatsache, daß die Eskalation rassistischer Gewalt in Deutschland in den letzten drei bis vier Jahren nicht allein Flüchtlinge, MigrantInnen und Schwarze Deutsche betroffen hat, sondern auch Behinderte, Schwule und Lesben, Obdachlose und Linke. Diese Gewalt kommt zu der bereits „normalen" sexistischen Gewalt hinzu, die es in unserer Gesellschaft alltäglich gemacht hat, daß Frauen vergewaltigt, mißhandelt und umgebracht werden.

Allen genannten Gewalttaten ist gemeinsam, daß es sich dabei nicht um individuelle Verbrechen im Sinne gewöhnlicher Kriminalität handelt, sondern um das, was im angloamerikanischen Raum als „Hate-Crimes", Haß-Verbrechen, bezeichnet wird. In diesen Verbrechen kommt in erster Linie Haß gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen zum Ausdruck. Das heißt, sie sind in erster Linie instrumentelle und nicht expressive Akte, wie wir in der Psychologie sagen. Sie haben nicht einfach ihren Sinn in sich selbst, in dem Gefühls- und Treibspannungen ausagiert werden, sondern sie dienen dazu, etwas zu zeigen und zu beweisen.

Solche Gewalthandlungen sollen zeigen, daß die Täter sich eine weiße, heterosexistische, patriarchiale Gesellschaft wünschen, in der nur die Leistungsfähigen, Angepaßten und Erfolgreichen Macht und etwas zu sagen haben. Beweisen wollen die Täter, daß sie diejenigen sind, die dazu gehören. Angegriffen werden alle, die diesen Vorstellungen widersprechen und sie tatsächlich oder scheinbar in Frage stellen. Sie werden auf „ihren Platz" an den Rand der Gesellschaft verwiesen oder ganz aus ihr hinaus gedrängt. Insofern hat der Haß auf die sogenannten Fremden sehr viel mit der eigenen Selbstvergewisserung zu tun, mit der Befürchtung, nicht zu genügen und nicht zu denen zu gehören, die erfolgreich und mächtig sind.

Das Motiv der Selbstvergewisserung greift die psychologische Debatte auf. Hier gilt: Es sind nicht die Fremden da draußen, die uns bedrohen, sondern die abgespaltenen, verdrängten Anteile in uns selbst: Wir sind uns selbst fremd, und nur wenn wir diese Spaltung in uns überwinden, ist ein Zugang zu den Fremden möglich. Zweifellos bildet sich im Rassismus und Fremdenhaß auch die eigene Problematik der dominanten Mehrheit ab. Sie externalisiert ihre Widersprüche und inneren Konflikte und benutzt bzw. funktionalisiert die Anderen, um die eigenen Probleme auszuagieren. In diesem Sinn kann man auch von einer psychologischen Ausbeutung sprechen. Diese Befunde sind aber angesichts der soziologischen Untersuchungen dahingehend zu relativieren, daß die Problematik der Mehrheitsgesellschaft vor allem von den Anstrengungen herrührt, die zur Absicherung ihrer Dominanz und Privilegien notwendig sind. Insofern sagt eine psychologische Analyse nur die halbe Wahrheit, wenn sie Verdrängung und Selbstentfremdung als Ursache erkennt, nicht aber auch den Gewinn mitbenennt, der daraus gezogen wird, das heißt, wenn nicht nach dem Grund gefragt wird und danach, welche Vorteile sie mit sich bringt.

Angesichts der realen Machtverhältnisse zwischen EinwanderInnen hier in Deutschland entpuppt sich die Angst vor dem „Fremden" in erster Linie als Angst vor der Infragestellung der hier herrschenden Normen und Lebensgewohnheiten, in denen zugleich auch die ökonomische und politisch-ideologische Vormachtstellung der westlichen Welt verankert ist. Die Angst vor Machtverlust und Infragestellung von Dominanz wird in der Diskussion aber zumeist gleichgesetzt mit den existentiellen Ängsten um Arbeit, Wohnung und Lebensperspektive. Ängstliche Besitzstandswahrung wird hier zum Kampf ums Überleben umgedeutet. Je mehr jemand zu verlieren hat, desto mehr ist er/sie auf Absicherung bedacht.

Foto ©Chr. Ditsch/version

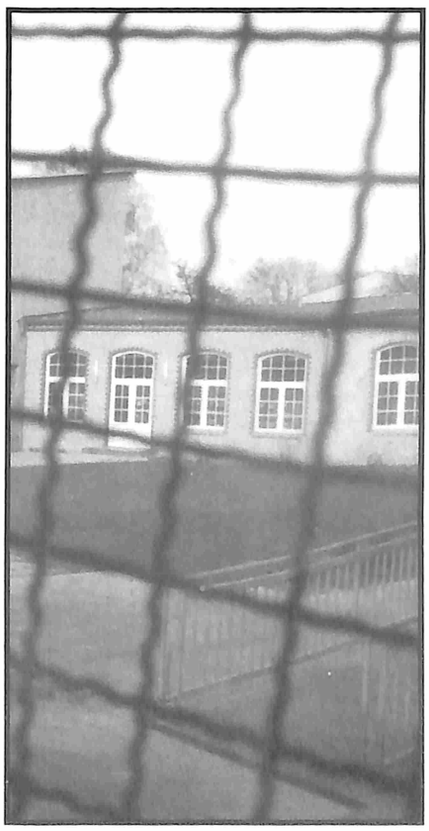
Resümee

Anfällig für autoritär-nationalistische und rassistische Einstellungen sind vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren und unkritisch die Anforderungen ihrer Eltern übernehmen, das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren. Das heißt, entgegen den Erwartungen der meisten Forscher ist Rassismus kein vorrangiges oder gar ausschließliches Problem der Zukurzgekommenen, sondern in seiner systematischen Erscheinungsform vor allem ein Problem der Etablierten bzw. jener, von denen erwartet wird und die von sich selbst erwarten, daß sie einmal „dazugehören" werden - mit aller Gewalt. Einer Gewalt, die sich gegen sie selbst und gegen die anderen richtet. Insofern kann wohl kaum von Protest gesprochen werden, sondern eher von dem verbissenen Versuch, mitzuhalten. Angesichts dieser Gewaltträchtigkeit muß die Gesellschaft sich fragen, wie hoch sie eigentlich die Latte hängen möchte, um ein Entree zu gewähren, wie stark die Lebensentwürfe sich auf Leistungsstreben und Erfolg reduzieren müssen, damit jemand in die vorgegebenen Raster hineinpaßt, und warum selbstverständlich überall in unserer westlichen Dominanzkultur ökonomischer Erfolg mit kultureller, politischer und menschlicher Überlegenheit gleichgesetzt wird.

So erscheint geradezu kontraproduktiv, wenn nun zu einer Rückbesinnung auf die alten Werte von Fleiß, Ordnung und Familie aufgerufen und den Achtundsechzigern vorgeworfen wird, sie hätten diese Werte zu sehr in Frage gestellt und damit die nachfolgende Generation sich selbst überlassen. Diese Analysen, die hier in Deutschland so unbefangen nach Familie, naturwüchsigen Milieus und Arbeitstugenden als Bollwerk gegen Rassismus rufen, sind nicht nur unpolitisch, sondern gefährlich geschichtsvergessen. Wenn die Aufarbeitung der Vergangenheit sich nicht an der Anzahl der Gedenkfeiern und der Buchpublikationen bemißt, sondern daran, wie gegenwärtig die Vergangenheit tatsächlich in unserem Denken ist, dann fragt sich, wie gegenwärtig die vielschichtige Bedeutung dieser Werte ist, zum Beispiel in ihrer Funktion für die Durchsetzung und Etablierung des Nationalsozialismus. Auffallend in dem Zusammenhang, daß in all den zitierten Untersuchungen nicht nach den politischen Traditionen in den Familien und ihrem Umgang mit dem Nationalsozialismus gefragt wurde.

Bei aller Problematik der Modernisierungsprozesse wäre ein unkritischer Rückgriff auf diese Werte äußerst fatal, zumal was das Primat von Leistung, Ökonomie und Karrierestreben anbetrifft. Die Kritik an der Normalität dieser Gesellschaft ist aktuell wie eh und je, und die Gewalt der Jugendlichen ist auch ein Ausdruck ihrer Verfaßtheit. So ist sie auch als ein Resultat der Geschichte des westlichen Nachkriegsdeutschlands zu begreifen, das mit seiner Wirtschaftswundermentalität fleißig und tüchtig die Vergangenheit „weggeschafft" hat. Die ganze sogenannte Ausländerpolitik der Nachkriegszeit war nichts anderes als Wirtschaftspolitik, bei der die ImmigrantInnen auf wirtschaftliche Faktoren reduziert wurden. Und diese funktionalistische Denkweise tritt nun in den Einstellungen der Jugendlichen zutage - verfestigt unter dem Druck, den Erfolgsansprüchen der Elterngeneration genügen zu müssen. Insofern muß also in der Tat eine Wertediskussion geführt werden, nämlich eine, die die Werte dieses Wohlstandschauvinismus in Frage stellt.

aus: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Orlanda Frauenverlag, Berlin, 1995, S.80-88

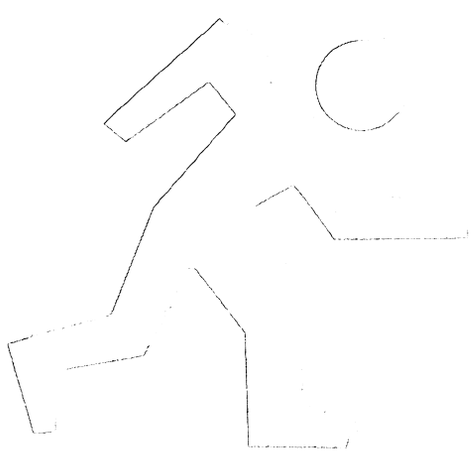


Zwischen Dominanz- und Subkultur: Rechtsextremismus im Kontext

Versuch einer kritischen Bilanz aus politikwissenschaftlicher Sicht

Von Lars Rensmann

Der Rechtsextremismus hat, als Organisations- wie als Ideologieform, im Verlauf des letzten Jahrzehnts in Deutschland eine steile Karriere hinter sich. Trotz einiger Brüche in der Erfolgslaufbahn ist die Situation im Hinblick auf die gesellschaftliche Relevanz rechtsextremer Ideologie und Gewalt heute, am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts, das die Signatur des beispiellosen, deutschen Völkermords an den europäischen Juden trägt, verheerend. Zwar wird die deutsche politische Kultur des Post-Holocaust-Zeitalters bis heute zuweilen in Politik und Wissenschaft als Abbild eines großartigen Prozesses „kollektiven Lernens" (Bergmann 1997) aus der NS-Vergangenheit bejubelt. Doch sehen wir uns in der empirischen Sozialforschung mit Daten und vor Ort (wie beispielsweise in Mannheim, Magdeburg, Lübeck, Rostock, Solingen, Mölln, Schwedt, Guben und Gollwitz) mit Ereignissen konfrontiert, welche die Grenzen der bisherigen Demokratisierung der deutschen Gesellschaft im allgemeinen, in einigen Regionen des Ostens im besonderen, aufzeigen. 68% der Bürger in Westdeutschland, 72% der ostdeutschen Bundesbürger können „die Menschen verstehen, die etwas gegen die hierher kommenden Ausländer haben." Nur 14,7% sind als gar nicht fremdenfeindlich einzustufen, während bei 36 % der deutschen Staatsbürger ein stark ethnozentrisch-nationalistischer Einstellungskomplex festzustellen ist (Silbermann/Hüsers 1995). Im besonderen ist bei 46% der Bürger Brandenburgs eine weitreichende Sympathie mit rechtsextremer Ideologie erkennbar (vgl. Forsa-Umfrage 1998); und jeder Dritte Wähler unter 30 wählte 1998 in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil (1,5 %), die rechtsextreme DVU, die ihren Wahlkampf mit rassistischer und antisemitischer Propaganda bestritt. Es ist dieses politische Klima, in dem sich die rechtsradikale Jugendkultur zur etablierten, gesellschaftlich wirkungsmächtigen und lokal tolerierten Kraft etablieren konnte, und das es ermöglicht, daß viele Regionen und Stadtteile für Nicht-Deutsche zu „No-Go-Areas" verkommen konnten und können. Rechtsextremes Denken und rechtsterroristische Gewalt sind heute in einem Ausmaß ein integrativer, fast nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der deutschen Gesellschaft, wie es noch vor zehn Jahren selbst die kühnsten Kritiker einer halbherzigen „Aufarbeitung der Vergangenheit" kaum für möglich gehalten hätten. Die in der jungen Phase der neuen Republik oftmals vertretene These, der Rechtsextremismus sei ein bloßes „Übergangsphänomen" des demokratischen „Modernisierungsprozesses", hat sich angesichts der nicht mehr zu leugnenden Verfestigung rechtsextremer Gewaltkultur und Politik als Illusion entpuppt. Statt dessen offenbart meines Erachtens die Entwicklung seit der „Wende" 1989, welche Gewaltpotentiale eine Gesellschaft noch in sich birgt, die, ginge man nach den vormaligen Selbstdarstellungen der Bundesrepublik und der DDR, sich stets als vollständig „demokratisiert" und „zivilisiert" bzw. als grundlegend „antifaschistisch" gerierte.



I. Zwischen Verharmlosung und Akzeptanz:

Politische, alltagskulturelle und wissenschaftliche Reaktionen auf Rechtsradikalismus und rechtsextreme Gewalt

In Wissenschaft, Politik und Gesellschaft hat man lange, zu lange und großenteils bis in die Gegenwart auf Verharmlosungen, Verleugnungen und Erklärungsmuster gegenüber dem Rechtsextremismus zurückgegriffen, die, in Interaktion mit einem sich seit 1989 dynamisierenden Nationalismus der Mitte, wesentlich dazu beigetragen haben, rechtsradikale Ideologie und Gewalt akzeptabel zu machen.

Staatliche Behörden haben das Problem oft als „Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden linken und rechten Jugendgangs" heruntergespielt. Dem entspricht eine traditionelle bundesrepublikanische Extremismus-Theorie, nach der gesellschaftliche Randgruppen zu „extremistisch"-gewalttätigem Verhalten neigen, unabhängig von ideologischen Vorzeichen (vgl. Backes und Jesse 1989). Weder Spezifik, noch Dynamik und Kontext des Rechtsextremismus können mit solchen legitimationswissenschaftlichen Vorgaben erklärt werden.

Seit den Wahlerfolgen der „Republikaner" in Westberlin 1989 haben sich darüber hinaus vier weitere Erklärungs-Ideologeme als alltagskultureller common sense verstetigt, die auch von Politik und Wissenschaft vielfach bemüht worden sind - Deutungsmuster, die das etablierte politische Spektrum von CDU/CSU bis PDS eint: es gehe nicht wirklich um Rechtsradikalismus, wie auch der beliebte Schriftsteller Martin Walser meint, der selbst seit längerem mit äußerst rechten Thesen aufwartet, sondern um 1) „Protestwähler", um 2) „Arbeitslosigkeit" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.98) und um 3) „verführbare",

„aussichtslose, verirrte Jugendliche" (taz, 10.11.98), „Skinheadbuben", die lediglich auf 4) „die Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle" antworteten. Klar ist bei diesen griffigen Reaktionsschemata die Parteinahme für die Rechtsradikalen; ihre Gesinnung und die Gewalt, die von ihnen ausgeht, wird zum family problem, und die Opfer des Terrors geraten nicht in den Blick. Unklar bleibt etwa, gegen wen oder was denn dort vermeintlich „protestiert" wird, und warum sich dieser vermeintlich „soziale Protest" ausgerechnet rechtsradikal manifestiert -, wenn nicht gegen Ausländer „protestiert" wird.

Auch die oft bemühte Gleichung Arbeitslosigkeit gleich Rechtsradikalismus taugt nur sehr bedingt als Erklärungsmittel, obschon sie, wider besseren Wissens, bis heute von der Politik immer wieder bemüht wird und lange Zeit auch in der Wissenschaft vorherrschte (vgl. Heitmeyer u.a 1992) Rechtsradikalismus wird hierbei als bloßes Problem sozialer Desintegration und als Randgruppenproblem definiert. Als Korrelationshypothese ist jene Gleichung empirisch nicht haltbar (vgl. Rommelspacher 1995; Pollack und Pickel 1999). Nach einer Studie des sächsischen Innenministeriums von 1997 stehen ca. 90% der politisch aktiven Rechtsradikalen Sachsens in Lohn und Brot und sind sozial überaus gut integriert - überdurchschnittlich viele im Vergleich zur hohen Jugendarbeitslosigkeit des Landes. In Sachsen hat diese (späte) Erkenntnis gewisse Konsequenzen gezeitigt.

Aber das Arbeitslosigkeits-Ideologem drückt ein staatliches wie gesellschaftliches Verhältnis gegenüber rechtsradikalen Agitatoren, Gewalttätern und ihrem Umfeld aus, das sich im Bild des milde rügenden Familienvaters versinnbildlichen läßt; einem Familienvater, dem allerdings allenfalls das Ansehen der eigenen Familie („unsere Jungs"), nicht aber die Interessen der doppelt ausgegrenzten „Anderen"/Opfer der Söhne im Sinn ist. Ähnlich verhält es sich mit der Auffassung, es handle sich beim Rechtsradikalismus um bloße Orientierungsprobleme und Verirrungen junger, männlicher deutscher „Modernisierungsverlierer". Die zentrale Frage, warum sich soziale Probleme und Anomieerfahrungen, die sich aus den gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen der letzten Dekade im Osten des Landes ergeben, in rechtsradikalen Reaktionsbildungen umsetzen, wird hierbei ohnehin ausgeklammert.

Schließlich hat dieses politische Akzeptanzverhalten gegenüber rechtsradikaler Gewalt eine besonders brisante politische Dimension. Der Verweis auf den Rechtsextremismus „von unten" hat oftmals Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus „von oben" stimuliert und umgekehrt. Vielfach war eine sich gegenseitig bestärkende „Interaktionsdynamik" (Funke 1995) zu beobachten, die rechtsradikale Positionen in einem „Nationalismus der Mitte" verstärkte und integrierte, anstatt jene ideologisch abzuwehren und zu bekämpfen. Walsers Interpretation, der Rechtsradikalismus sei eine Reaktion auf die „Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle", ist die ideologische Folie dieser wechselseitigen Eskalationsprozesse, die sich in den Verlaufsgeschichten der Beschneidung des Asylrechts, der Verschärfung der Asylbewerberleistungsgesetze, der von Kanther bis Schily forcierten staatlichen Agitation gegen Einwanderung („Das Boot ist voll") und „Ausländerkriminalität" sowie in einem fortschreitenden Ruf nach einem „Selbstbewußtsein einer erwachsen gewordenen Nation" (Gerhard Schröder) auf nationaler und internationaler Ebene spiegelt - wie etwa auf der Bühne der europäischen Politik (vgl. Christian Wernicke: Feindbild Europa, in: Die Zeit, 8.7.99)

Solch „akzeptierende Politik", die lange Zeit „akzeptierende Sozialarbeit" (die Schaffung von rechtsradikal dominierten Jugendzentren etc.) zum zentralen Mittel der „Rechtsextremismusbekämpfung" in der Jugendkultur erkor, hat der rechtsradikalen Subkultur, welche sich bereits in den 80er Jahren in Ost und West konstituierte, Legitimität verschafft und Anbindungen an die ideologischen Entwicklungslinien der gesellschaftlichen Dominanzkultur ermöglicht. So kann sich bis heute in den rechtsradikalen Milieus und Gruppen der Jugendkultur auf Inhalte der Politik berufen werden, die dann dafür kritisiert wird, daß sie „versage", weil sie nicht konsequent und radikal genug mit Ausländern verfahre, also „verweichlich" oder „handlungsschwach", d.h. nicht hinreichend autoritär sei.

Den Rechtsextremismus haben solche Umgangs- und (indirekten) Unterstützungsformen überwiegend entschuldigt und begünstigt, während der Kern des Problems, die Akzeptanz und Dynamisierung nationalistischer und fremdenfeindlicher Positionen in Politik und Gesellschaft, aus der Sicht des Staates nicht einmal als Problem wahrgenommen worden ist.

Erst in den letzten Jahren hat sich im Zuge der Verfestigung und Ausweitung der rechtsradikalen Strukturen und ihrer Gewaltbilanzen partiell ein Wahrnehmungswechsel in Politik, Gesellschaft und

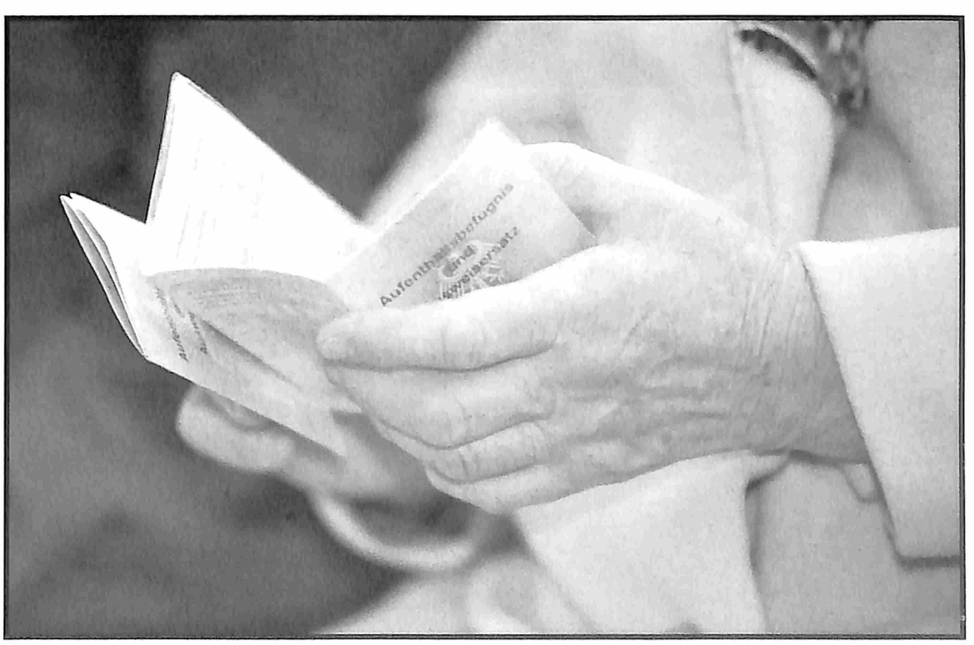
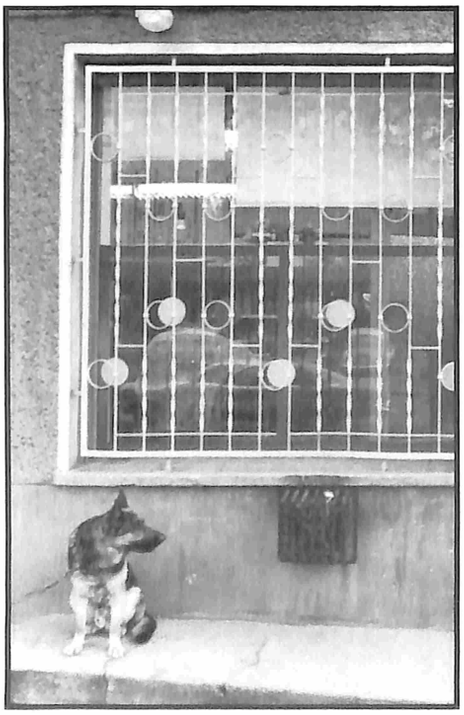


Foto ©Chr.Ditsch/version

Wissenschaft angedeutet. Rechtsextremismus wird in der Rechtsextremismusforschung, die sich mühsam etablieren konnte, mittlerweile komplexer und differenzierter gedeutet (der erste wichtige Sammelband erschien 1993; vgl. Merten/Otto 1993). Mit großer zeitlicher Verzögerung gibt es nun auch in Politik und Gesellschaft verstärktere Tendenzen, Rechtsradikalismus als eigenständiges und anhaltendes Problem anzuerkennen. Es ist weder herrschaftsfunktional, noch im Sinne der Staatsräson, daß die rechtsradikalen Vergemeinschaftungsformen der Kontrolle staatlicher Macht („national befreite Zonen") zunehmend entglitten sind. Allerdings wird diesem Problem nach wie vor unterschiedlich begegnet; der Brandenburger Oppositionsführer Jörg Schönbohm etwa setzt auf den intimen Dialog mit jungen Rechtsextremisten und rät ihnen, stärker „linke Gewalt" zu thematisieren.

Auch die Gefahr der Verharmlosung ist mitnichten gebannt. In einer neuen Studie deuten Detlef Pollack und Susanne Pickel ihre empirischen Ergebnisse zur Ausländerfeindlichkeit in Frankfurt an der Oder recht eigenwillig: das fremdenfeindliche Klima erscheint hier als Problem einer „Minderheit" von „Ausländerfeinden", die eine übermäßig verzerrte mediale Repräsentation erhalten. Daß 38,3% der Befragten Ausländer für eine Belastung für das soziale Netz ansehen und 34,4% meinen, Ausländer begingen häufiger Straftaten als Deutsche, könne laut Pollack und Pickel



„nicht umstandslos als fremdenfeindlich interpretiert werden", denn die Kriminalitätsrate sei „unter Ausländern tatsächlich höher als bei Deutschen." (Pickel/Pollack 1999)

Zugleich hat sich im vergangenen Jahrzehnt auch die Strategie von Behörden und Ministerien durchgesetzt, nicht in erster Linie die rechtsradikalen Tendenzen selbst, sondern deren Bewertung als „rechtsradikal" und „fremdenfeindlich" zu bekämpfen. Seit 1993 wird massiv versucht, rechtsradikale Gewalt totzuschweigen. Rechtsextreme Täter müssen sich heute am Tatort schon sehr bemühen, um als solche eingestuft zu werden, und um in den Kriminalstatisken entsprechen repräsentiert zu werden.

Besonders unrühmlich tritt Helmuth Roewer, der Thüringer Verfassungsschutzpräsident, hervor. Das Landesamt unter Führung Roewers, der selbst meint, der Nationalsozialismus hätte „schlechte und gute Seiten" gehabt, hat für kritische Aufklärungsarbeit zum Problemfeld Rechtsextremismus wenig übrig; Überbringer der schlechten Botschaft, daß Thüringen ein Rechtsextremismusproblem hat, werden öffentlich denunziert als Personen, die „das Land als Hort des Extremismus [...] beschimpfen" (Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen: Der Monat im Amt, 14.10.98). Doch das Beispiel Roewer ist alles andere als unrepräsentativ. Die gesellschaftliche und staatliche Rechtsextremismusbekämpfung stellt sich somit m.E. in erster Linie als Geschichte falscher Deutungen und Mittäterschaften dar. Zumeist zeigten sich Staat und Gesellschaft doppelt blind: gegenüber dem Phänomen des weiterhin organisatorisch, personell und ideologisch expandierenden Rechtsradikalismus wie gegenüber der mitverantwortlichen Rolle, die man bei dessen „erfolgreicher" Entwicklung in Deutschland gespielt hat, spielt, und möglicherweise spielen wird.

Problem und Tragweite des Rechtsradikalismus sind also um einiges komplexer und weitreichender als vielfach nahegelegt. Es ist die Aufgabe einer politologischen Rechtsextremismusforschung und der politischen Psychologie des Autoritarismus, solche Faktoren in ihrem historisch-politischen Ineinandergreifen und ihren Eskalationsdynamiken sichtbar zu machen.

II.

Autoritarismus, Rassismus und rechtsextreme Gewaltkultur:

Interaktionsverhältnisse

Trotz deutlich sub- und jugendkulturell geprägter Elemente und Organisierungsformen (vom Rechtsrock über die Bomberjacke zur Cliquenbildung und zum Jugendzentrum als Treffpunkt) und seines Charakters als soziale Bewegung (Wagner 1998) ist der Rechtsextremismus heute in vielen Regionen vornehmlich Ostdeutschlands wesentlich Teil einer „Dominanzkultur" (Rommelspacher 1995): Rechts zu sein, rassistische Vorurteile gegen Ausländer und Fremde zu artikulieren bzw. diese aus dem sozialen Zusammenhang eliminieren zu wollen, und stolz zu sein auf die „deutsche Herkunft" sind vielerorts Ideologiefragmente des sozialen Mainstreams. Solch informeller Rechtsextremismus im Rahmen einer sich oft apolitisch gerierenden Jugend- und Dominanzkultur ist oft bedrohlicher als der parteilich verfasste und organisierte, weil jener diesen in der Anzahl der Beteiligten um ein Vielfaches überschreitet.

Rechtsextreme Milieus und Gruppenstrukturen, von organisierten NPD-Zusammenhängen über teils rivalisierende „autonome Kameradschaften" bis zum äußeren Milieukreis des Rechtsextremismus als Lifestyle-Bewegung (Wagner 1998), können nicht nur mittels Gewalt oftmals das soziale Terrain des öffentlichen Raumes im lokalen/kommunalen Bereich bestimmen. Dabei werden durchaus subkulturelle, autoritär-rebellische Praktiken aufgegriffen. Doch zumeist stoßen diese, wenn überhaupt, nur dann auf negative Sanktionen der Gesellschaft, wenn mittels unmittelbarer physischer Gewalt kriminell „über die Stränge geschlagen" wurde; die Täter wissen wohl, daß sie damit oft nicht inhaltlich gegen die gesellschaftlichen und familiären Autoritäten und deren politische Einstellungen opponieren, sondern in der Form und Radikalität der Praxis. Rechtsextreme sehen sich als Handelnde für den Mehrheitswillen, der „Fremde" im Ort nicht gerne sieht. Stereotype und Abwertung der „Anderen" sind insofern, wie gesagt, zu begreifen als Teil eines gesellschaftlichen Problems, einer gesamtgesell-

schaftlichen Dominanzkultur, an der in den rechtsradikalen jugendkulturellen Milieus partizipiert wird, bzw. welche dort mit extremen Gewaltmitteln ausagiert wird.

Politisch-psychologisch geht es also um eine Mischung aus rassistischen Denkformen, einer hegemonialen fremdenfeindlichen Dominanzkultur, die sich aus der Abwertung der „Anderen" bestimmt, und spezifischen männerbündisch-patriarchalen Gewaltkulturen, die sich rebellisch geben und subkulturelle Lifstyleformen aufnehmen, ohne wirklich mit den gesellschaftlichen Normen zu brechen. Gesellschaftliche Werte, die sich an „Leistung", sozialem Aufstieg, Geld, Arbeit, „Ordnung" und Macht orientieren, wirken hierbei sozial identitätsstiftend und korrespondieren mit der Abwehr der „Anderen" (die als von diesen Normorientierungen abweichend imaginiert werden) und mit autoritären politisch-kulturellen Mentalitätsbeständen, welche auch und gerade in der DDR-Gesellschaft nicht gebrochen wurden. Die Rechtsextremisten weichen von diesen Gesellschaftsidealen, die die politische Sozialisation bestimmen, nicht ab.

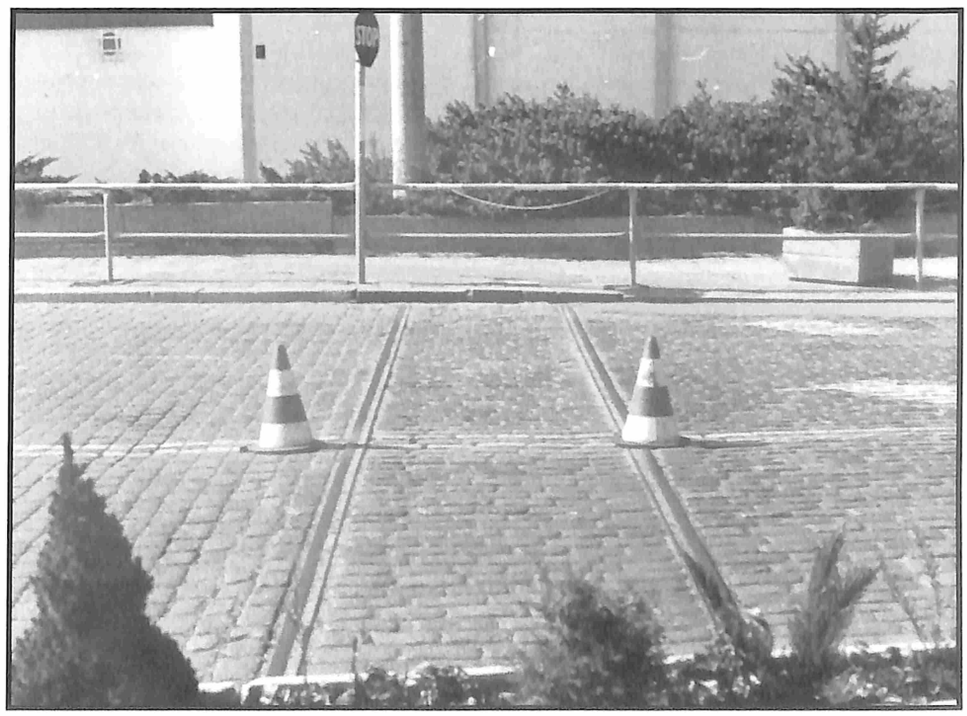
Die psychosoziale Basis der Rechtsextremisten ist eine autoritäre Sozialisation, die sich in einer autoritätsgebundenen, ich-schwachen Persönlichkeit verhärtet. Die autoritären Zwänge in Gesellschaft und familiären Vermittlungsinstanzen wie der sozioökonomische Druck, der auf den Individuen lastet, haben bei Herausbildung dieses Autoritarismus einen wesentlichen Anteil. Ich-schwache, geistig-moralisch verhärtete und in ihrer Autonomie zurückgebildete Jugendliche sind kaum zu eigenständigen Gefühlsregungen und Empathie fähig und tendieren zu Verfolgungs- und Größenwahn, was sich in rechtsextremer, nationalistischer Ideologie im besonderen ausdrückt. Dabei konstitutiert sich die idealisierte Eigengruppe als Teil des übergreifenden Konstrukts der Nation über die (rassistische) Abwertung der „Anderen". Rechtsradikale Jugendliche verschaffen sich so die Selbstaufwertung mittels der Ressourcen Macht und Gewalt durch die Aufwertung im „schlagkräftigen" Gruppenzusammenhang. Fast alle rechtsextremen Gewalttaten werden deshalb auch in der Gruppe verübt bzw. suchen nach Bestätigung in der Gruppe (das polizeiliche Bild vom Einzeltäter ist eine Schimäre). Hierbei geht es unter Bezug auf die kraftmeiernde Gruppe und die „Nation" um die Schaffung eines kollektiven, mächtigen Größenselbst; das Ich hat hingegen oft wenig zu bieten, auf das man stolz sein könnte.

Mit der Anwesenheit und dem Verhalten von Ausländern haben die Ursprünge des Rechtsextremismus nichts zu tun; rechtsextreme Ideologie ist das projektive Ventil für die sozialpsychologische Verlagerung des Inneren auf die Außenwelt, also auf das stereotyp konstruierte Feindbild, das den Rechtsextremen allgegenwärtig erscheint. Durch die Begrenzung von Zuwanderung wird rassistische Gewalt deshalb nur insofern verringert, daß mittlerweile kaum noch Ausländer da sind, die Opfer des Terrors werden könnten (im besonderen trifft dies auf die „national befreiten Zonen" zu). Nicht „Arbeitslosigkeit" an sich, wohl aber soziale Statusprobleme sind dabei ein Faktor - die allgegenwärtige Angst, aus dem Verwertungszusammenhang herauszufallen, nicht weiter „aufzusteigen" in der Hierarchie und „ohnmächtig" oder „bedeutungslos" zu werden. Die Diskrepanz zwischen dem, was man gesellschaftlich sein will, und dem, was man ist, kann mit rechtsextremer Ideologie stereotyp und personalisierend „erklärt" werden. Außerdem verspricht der Rechtsextremismus eine expansive Bemächtigung der „Anderen", somit Machtzuwachs (vgl. Rommelspacher 1995).

Das Phänomen rechtsradikaler Gemeinschaftsbildungen knüpft also sowohl an wirkungsmächtigen rassistischen Codes und Stereotypen an, als auch an autoritären Dispositionen und Mentalitätsbeständen, die von verschiedenen politisch-kulturellen Einflüssen/Tradierungen und gesellschaftlichen Bedingungen mitgeprägt sind.

Der politisch-ideologische Raum, in dem sich diese durch Kader unterstützte rechtsextreme Jugendkultur bewegt, muß angesichts des gesellschaftlichen Einflusses rassistischer Stereotype in der Gesellschaft und einer politisch-kulturellen „Neuen Rechten" neu vermessen werden (vgl. Gessenharter/Fröchling 1998). Rechtsextremistische Verhaltensweisen und Symbole sind heute „Teil des Alltagsdiskurses" (Berliner Landeskommission gegen Gewalt; vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.7.99)

In weiten Teilen der Republik und insbesondere im Gebiet der ehemaligen DDR haben sich diese Alltagsdiskurse auch in der lokalen, kommunalen und regionalen politisch-institutionellen Praxis verfestigt; sie spiegeln sich auch in dem zumeist freundlich zugewandten Umgang mit Rechtsterroristen, deren Dominierung des öffentlichen Raumes oftmals toleriert wird. Symbolisch kommt solch gesellschaftlich getragener und mitunter in den Institutionen veran-



kerter Wahn in einem Brief eines Dezernenten des Oranienburger Landratsamtes zum Ausdruck, der sich von „nigerianischen Kreditfälschergang[s]" umzingelt sieht und behauptet, es gäbe „um Zehnerpotenzen [sic!] unvergleichlich mehr Gewalt von Ausländern gegen Deutsche als umgekehrt"
(zit.n. Funke 1998, S. 181).

Rechtsextremismus wird hierbei seriell zu einem Ausländer-Problem umgedeutet. Nicht nur am Beispiel Rostock-Lichtenhagen läßt sich dies belegen, wo im August 1992 Rechtsradikale mit Unterstützung der hiesigen Bevölkerung und staatlich zugelassen durch Polizei und Politik über sechs Tage eines der längsten Pogrome der deutschen Geschichte mit vielfachen Mordversuchen begingen. Als Konsequenz aus der Gewalteskalation wurde das bundesdeutsche Asylrecht extrem restringiert; die rechtsterroristische Gewalt erwies sich hier als politisch funktional, ihr krimineller Charakter wurde verleugnet. Dies verweist wiederum auf den Zusammenhang übergreifender medialer, politischer und gesamtgesellschaftlicher Diskurse und Ausgrenzungspraktiken gegenüber Ausländern und Minderheiten.

„Es ist einfach so, daß man in Deutschland immer noch Wahlen gewinnt, wenn man gegen Ausländer Stimmung macht", resümierte der damalige deutsche Finanzminister, Oskar Lafontaine, am Wahlabend nach der Hessen-Wahl 1999. Zwei Drittel der Erstwähler der CDU gaben in einer repräsentativen Umfrage an der Wahlurne an, der Partei vor allem deshalb ihre Stimme gegeben zu haben, weil sie gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mobilisierte. Politisch-öffentlich reproduzierte Bilder und Diskurse über „Asylantenfluten", Mythen von „abkassierenden Wirtschaftsflüchtlingen" und „Organisierter Kriminalität", die vom Bundesinnenministerium schon per definitionem nur dann als „organisiert" gilt, wenn Ausländer an ihr teilhaben, sowie medial vermittelte Images vom „schwarzen Drogenhändler" bestätigen die Ressentiments von Rechtsradikalen und taugen zur politischen Ermutigung. Das heißt wiederum nicht, daß die „Erstverantwortung" (Funke 1995) rechtsextremer Gewalttaten auf die Politik delegiert werden sollte, wie es heute in den sozialromantisierenden und ostalgischen Kreisen der PDS üblich ist. Freilich ist jedoch das staatspolitische Konstrukt des „Ausländerproblems" auch ein Mittel, sozialpolitische Maßnahmen gegen die abhängig Beschäftigten mittels einer „Ethnisierung des Sozialen" durchzusetzen, die aber zugleich „von unten" getragen wird.

Mit der illiberalen Entwicklung der politischen Diskurse in Deutschland nach rechts, durch welche Ausländer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum zentralen Feindbild avancierten, korrespondieren überdies institutionalisierte rassistische Ausgrenzungsformen gegenüber Zuwanderern, die sich analog zur Entwicklung des Rechtsextremismus und der Renaissance des Nationalismus zunehmend verschärft haben. Diese gesellschaftlich und staatlich herrschende Ausgrenzung von Minderheiten findet verschiedene Ausdrucksformen - sei es die erniedrigende respektive gewalttätige Behandlung von Zuwanderen durch Polizei, Sozialämter, Jusitz und Ausländerpolitik, seien es die repressiven Ausländergesetze und ein Staatsbürgerschaftsprinzip, das immer noch wesentlich als völkisches Blutsrecht definiert wird, oder der Umstand, daß, im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, England und den USA, alle gesellschaftlich mächtigen oder staatlichen Institutionen auf höherer Ebene de facto „frei" von Zuwanderern sind (zu fragen ist etwa, wieviele schwarze Richter oder deutsch-türkisch Staatsanwälte es gibt). Die Entwicklung des Rechtsextremismus kann schließlich auch theoretisch gedeutet werden als spezifische Reaktionsbildung auf (post-)moderne Veränderungsprozesse und kapitalistische Transfomationen; jene Reaktionsbildungen speisen sich aber immer auch aus der Tradition der politischen Kultur in Deutschland und dem Verhältnis der Deutschen zur NS-Vergangenheit.

Nicht zufällig hat sich in den letzten Jahren der Antisemitismus als zentrales ideologisches Bindemittel der extremen Rechten im Osten und Westen herausgebildet. Der Neo-Nazi Horst Mahler zum Beispiel, der als ehemaliges RAF-Mitglied vielleicht einzig die „Extremismus"-These verkörpert, agitiert für die NPD gegen eine „geringe Zahl von Spekulanten der amerikanischen Ostküste", die die deutsche „Volksgemeinschaft" beherrschten, und phantasiert, der „Zentralrat der Juden" entscheide hierzulande über das Staatsbürgerschaftsrecht. Die „soziale Frage", die die organisierte extreme Rechte in der Tradition der NS-Ideologie zuletzt als Hauptagitationsthema in antisemitischer Wendung aufgegriffen hat, verweist auf den inneren Zusammenhang von völkischem Nationalismus und Antisemitismus in der Ideologiegeschichte der deutschen politischen Kultur, die bis heute nachwirkt. Aber auch Ressentiments gegen ein vermeintlich „raffendes" und „spekulatives" Kapital der „multinationalen Konzerne", die der „ehrlichen Arbeit" entgegengesetzt werden, oder die Verschwörungstheorien, mittels derer alle möglichen persönlichen und sozialen Probleme und Widersprüche personalisiert „erklärt" werden, sind so wenig gesellschaftlich isoliert wie andere antisemitische Chiffren und Stereotype (vgl. Rensmann 1998). Sie haben nicht zuletzt auch in einer sich emanzipatorisch dünkenden deutschen Linken überleben können, die sich der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit nur unzureichend gestellt hat.

III.

Fazit als Ausblick:
Rechtsradikaler Terror und kein Ende ?

Es ist an der Zeit, der gesellschaftlichen Akzeptanz von Rassismus, Nationalismus und rechtsextremer Gewalt etwas entgegenzusetzen – für ein verändertes politisches Klima zu sorgen, in dem die Solidarität zunächst den Opfern des Rechtsterrorismus gilt und nicht, wie lange Zeit während des Konsolidierungsprozesses der rechtsextremen Jugend- und Dominanzkultur, den Tätern, die so zur Wiederholungstat nochmals ermutigt wurden und sich oftmals noch - nicht selten berechtigt - als „Avantgarde" auslän-

derfeindlicher Politik verstehen konnten. Dies betrifft sowohl das Klima in der Bevölkerung, als auch das Verhalten der zuständigen staatlichen Exekutiv- und Justizorgane. In Sachsen und Brandenburg, wenn auch kaum in Thüringen, wird der dort fast flächendeckend relevante Rechtsextremismus immerhin mittlerweile überwiegend als ernstzunehmendes Problem wahrgenommen (diese Wahrnehmung hat sich allerdings scheinbar nicht ohne Druck der regionalen, nationalen und internationalen Wirtschaft eingestellt; das Land Brandenburg gilt mittlerweile auch international als ein „Hort des Rechtsextremismus"). Aber zu viele Bürger und staatliche Institutionen üben heute weiterhin mehr Toleranz gegenüber der rechtsextremen Gewalt von „unseren Jungs", anstatt die „Anderen" zu akzeptieren, die von Staat und Gesellschaft ausgegrenzt werden und zudem spontanen wie geplanten brutalen Übergriffen und Morden ausgesetzt sind. Ganze gesellschaftliche Segmente tragen rechtsradikale Ideologeme und akzeptieren die ihnen implizite Gewalt, und ganze Städte befinden sich derzeit im „Griff der rechten Szene" (Schröder 1997).

Die „Aktion Noteingang" ist ein mögliches Zeichen für eine politische Klimaveränderung, für einen solchen notwendigen Umkehr- und Umden-kensprozeß (ein anderes wichtiges Projekt, die „Opferperspektive", ein mobiles Betreuungsteam für Opfer rechtsradikaler Gewalt, ist fataler Weise vom Land Brandenburg wieder fallengelassen worden). Wer die Situation vor Ort kennt, weiß zugleich, daß auch dies bisher nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann. Um die soziale Macht des rechtsradikal-chauvinistischen Den-kens und Terrors zu brechen, der immer wieder neue Opfer fordert, bedürfte es gesellschaftlicher Anstrengungen ganz anderer Qualität. Doch die Handlungs-spielräume und das Potential für eine breite demokratische Gegenöffentlich-keit an der Seite der Opfer, die dringend not tut, sind bisher sehr begrenzt. Daß sich Ausländerinnen und Ausländer und deutsche Staatsangehörige, die den Rechtsextremisten mißfallen, in ganz Deutschland einigermaßen sicher und frei bewegen können, ohne um ihr Leben zu fürchten, erscheint längst als Utopie. In vielen Regionen haben Migrantinnen und Migranten in der Tat gegenwärtig „keinen Ort".

Literatur:

Backes, Uwe und Eckhard Jesse (1989): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Benz, Wolfgang (Hg.) (1996): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a.M.: Fischer.

Bergmann, Werner (1995): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949 - 1989, Frankfurt a.M. und New York: Campus.

Funke, Hajo (1995): Rechtsextremismus. Zeitgeist, Politik und Gewalt, in: Richard Faber, Hajo Funke, Gerhard Schoenberner: Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin: Edition Hentrich.

Funke, Hajo (1993): Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus, Göttingen: Lamuv.

Gessenharter, Wolfgang und Helmut Fröchling (Hg.) (1998): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen: Leske und Budrich.

Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie: Eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, München: Juventa.

Kemper, Markus/Harald Klier/Hajo Funke (1998): „Ich will mich nicht daran gewöhnen": Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg, Berlin: Das Arabische Buch (Schriftenreihe des Lehrstuhl für Politik und Kultur an der Freien Universität Berlin Band 1).

Merten, Roland und Hans-Uwe Otto (Hg.) (1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Pickel, Susanne und Detlef Pickel (1999): Junge Erwachsene in Frankfurt (Oder) - besser als ihr Ruf, in: Frankfurter Rundschau, 21. Juli.

Rensmann, Lars (1998): Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin und Hamburg: Argument.

Rommelpacher, Brigit (1995): Rassistische und rechtsextreme Gewalt. Der Streit um die Ursachen, in: Dies.: Dominanzkultur, Berlin: Orlanda.

Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene: Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Silbermann, Alfons und Francis Hüsers (1995): Der „normale" Haß auf die Fremden. Eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, München: Quintessenz.

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin: Zentrum für demokratische Kultur.

Lars Rensmann ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und Visiting Scholar am Department of History der University of California at Berkeley, USA

Foto: ©Chr. Ditsch/version

Das Konzept „Aktion Noteingang"

Bei der „Aktion Noteingang" handelt es sich um ein Projekt im Land Brandenburg, das von einer Gruppe Bernauer Jugendlicher in Anlehnung an ein ähnliches Vorhaben in Berlin initiiert wurde.

Treibende Anlässe beim Aufbau dieses Projektes waren eindeutig rassistisch motivierte Angriffe, vor allem im Sommer 1998, bei denen unter anderem ein Gambier und ein Vietnamese am hellichten Tag in Bernau überfallen und verletzt wurden.

Aus diesen Ereignissen heraus entstand das Bedürfnis, auf die zunehmende Anzahl rassistisch und faschistisch motivierter Übergriffe aufmerksam zu machen, Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen, eventuell eine Unterstützungsmöglichkeit für Leidtragende zu schaffen.

Ansatzpunkt war, ein Handlungskonzept zu entwerfen, welches nachhaltig die Problematik rassistischer und faschistischer Angriffe thematisiert - und zwar genau dort, wo aus unserer Analyse heraus die Täter ihre Rückendeckung kriegen, in der Mitte der Gesellschaft.

Die Aktion soll eine breite öffentliche Diskussion innerhalb der Gesellschaft und das Aufzeigen einer konkreten Handlungsmöglichkeit gegen den rechten Mainstream ermöglichen.

Wie funktioniert die „Aktion Noteingang"?

Im Rahmen des Projekts werden LadenbesitzerInnen, Gaststätten-, TankstellenbetreiberInnen, FilialleiterInnen, Verantwortliche für Kultur-, Kirchen- und Sozialeinrichtungen und andere öffentliche Institutionen angesprochen. Ihnen wird in einem Gespräch die „Aktion Noteingang" vorgestellt, und sie erhalten eine schriftliche Erläuterung, die Aufkleber zur Aktion, eine Liste mit wichtigen Kontakttelefonnummern und Anlaufadressen, einen Fragebogen (siehe Seite 78-79) und Hinweise zu Verhaltensweisen bei direkter Gewalt.

Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Aufkleber. Mittels der Aufkleber, die an den Eingangstüren der Läden und öffentlichen Gebäude angebracht werden, soll potentiell von rassistisch und faschistisch motivierter Gewalt Betroffenen öffentlich Schutz und Hilfe durch die Geschäftsleute und öffentlichen Träger signalisiert werden.

Wenn jemand im Falle eines Übergriffes Hilfe suchend in ein Geschäft bzw. in öffentliche Gebäude flüchtet, sollte der/dem Hilfesuchenden solange Schutz durch die Schaffung von Öffentlichkeit geboten werden, bis sich die Situation entschärft hat. Wenn die betroffene Person dies wünscht, sollte sofort die Polizei alarmiert werden. Danach müßte ihm/ihr die Liste mit den Kontakttelefonnummern gegeben werden, so daß er/sie weitere Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen kann. Beispielsweise bietet die „Opferperspektive" eine Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg an.

Während des Gespräches, das wir mit dem Ladenpersonal führen, weisen wir insbesondere auf die Bedeutung der Aufkleber hin. Uns geht es nicht darum, sich nur privat gegen Rassismus und Faschismus zu äußern, sondern dies auch in die Gesellschaft zu tragen. Viele Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen, leben zur Zeit in ständiger Angst, auf offener Straße von diesen angegriffen zu werden, und mit dem Gefühl, keinerlei Schutz und Hilfe von ihren Mitmenschen zu erhalten. Sie sehen sich häufig in einer isolierten Position und bringen nicht den Mut auf, andere gezielt um Hilfe zu bitten. Deshalb betrachten wir es als wichtig, die Bereitschaft zur Hilfe zu signalisieren. Dies würde den Betroffenen das Gefühl vermitteln, bei gewalttätigen Ausschreitungen nicht allein zu sein, und ihr subjektives Sicherheitsgefühl wäre zudem gestärkt.

Aufkleber und Fragebogen

Des Weiteren darf die Wirkung der Aufkleber auf Gewalttäter mit rassistischer und faschistischer Gesinnung nicht vergessen werden.

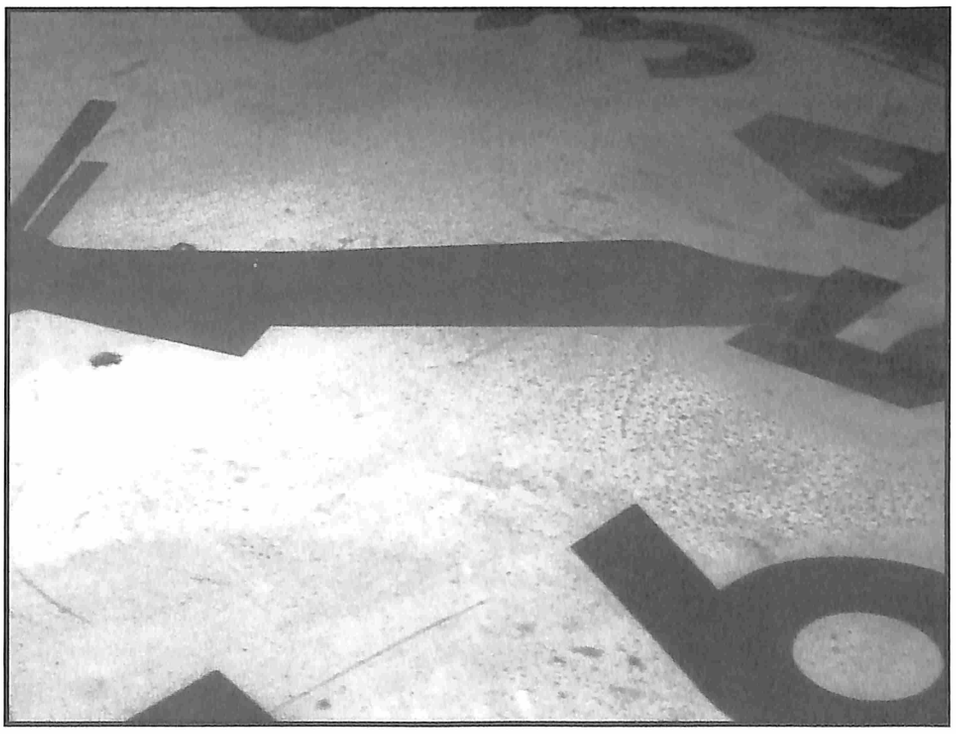
Durch die Präsenz der Aufkleber wird ihnen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ihre rassistische Haltung und ihr Umgang mit anderen Menschen nicht toleriert wird oder gar Unterstützung findet. Im Gegenteil: Ihnen wird gezeigt, daß sie mit einem Entgegentreten der Geschäftsleute und der Bevölkerung zu rechnen haben, das zum Beispiel darin besteht, die Polizei zu alarmieren oder später vor Gericht auszusagen. All dies würde sich hemmend auf die Entscheidung zur Gewalt auswirken. Viele Menschen wollen sich mit der alltäglichen rassistischen Gewalt nicht abfinden, stehen ihr aber mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber. Die „Aktion Noteingang" bietet sich als konkrete Tat an, um aktiv in das Geschehen einzugreifen und Zivilcourage zu beweisen. Könnte sich der Großteil der Bevölkerung öffentlich positionieren, so bliebe dies nicht ohne Wirkung auf Denken und Handeln der Täter.

Um eine Stigmatisierung der LadeninhaberInnen zu verhindern, wird ihnen die Möglichkeit gegeben einen Fragebogen differenziert zu beantworten. Sie können sich dazu äußern, warum und wem sie helfen oder nicht helfen, warum sie den Aufkleber anbringen oder nicht anbringen.

Der in Zusammenarbeit mit StudentInnen der Humboldtuniversität erstellte Fragebogen bietet die Möglichkeit, mit einer empirischen Erhebung das Stimmungsbild der angesprochenen Personengruppen zu messen. Aus dieser Analyse ergeben sich Möglichkeiten, weitergehende Ansätze für antirassistische Initiativen und Aktionen zu entwickeln.

Um die Anonymität zu wahren, füllen die Geschäftsleute und Angestellten in den öffentlichen Gebäuden den Fragebogen alleine aus und geben ihn in einen Umschlag, den sie selbst zukleben. Die in einem Behältnis gesammelten Umschläge werden zur Auswertung der dafür verantwortlichen studentischen Arbeitsgruppe des Psychologischen Institutes der Humboldt-Universität zu Berlin übergeben.

Auch die nicht ausgefüllten Fragebögen werden erfaßt und Gründe für die Nichtbeantwortung er-, bzw. hinterfragt.



Ausdehnung und Vernetzung

Die Idee der „Aktion Noteingang" wurde mit Beginn der Entwicklung, auch über die Strukturen des Demokratischen Jugendforums Brandenburg e.V. (DJB), in andere Städte hinein getragen.

Dort wurde das Konzept in Diskussionen gefestigt und weiterentwickelt. Dadurch war die Chance zu einer brandenburgweiten Ausdehnung und Vernetzung von Anfang an gegeben. Die anderen Städte schlossen sich auch deshalb der „Aktion Noteingang" an, weil sie mit ähnlichen Situationen konfrontiert waren, wie Bernau im Sommer 1989. Viele an der Aktion beteiligte Gruppen sind Jugendinitiativen aus dem Umfeld nicht-rechter Jugendprojekte und teilweise selbst von rassistischer und faschistischer Gewalt Betroffene.

Die Infrastruktur selbstorganisierter und selbstverwalteter Jugendprojekte bietet die nötige Voraussetzung zur Vorbereitung und Durchführung der Aktion vor Ort und zur Ausdehnung und Vernetzung. Eine landesweite Koordinierung und die Einrichtung einer Pressestelle sind ohne diese Struktur nicht denkbar. Die landesweite Koordination wurde von der Bernauer Gruppe übernommen, die damit für die Materialverteilung zuständig ist. Regelmäßig stattfindende Vernetzungstreffen aller beteiligten Städte gewährleisten eine Abstimmung über weiteres Vorgehen und lassen die Gruppe basisdemokratisch wichtige Entscheidungen treffen.

Zur Vorbereitung der Durchführung in den einzelnen Städten wurde die Öffentlichkeit durch die Presse informiert. Die überregionale Presse wurde von der Pressestelle in Strausberg versorgt und galt als Ansprechpartner für JournalistInnen. Die regionale Presse wurde von den einzelnen Gruppen vor Ort betreut. Hierbei wurde die Öffentlichkeit zuerst von der Aktion in Kenntnis gesetzt und dann gezielt auf den Start vorbereitet. Während des Verlaufes wurde über den neuesten Stand informiert, und abschließend fand eine öffentliche Auswertung der Ergebnisse statt.

Sinnvoll für die „Aktion Noteingang" ist die Schaffung eines möglichst breiten Bündnisses in den Kommunen mit der Ablehnung rassistischer und faschistischer Gewalt als kleinstem gemeinsamen Nenner.

„Aktion Noteingang" ermöglicht und fördert die öffentliche Debatte über Rassismus und Faschismus. Rassistisch motivierte Gewalt gegenüber AusländernInnen, sogenannten Behinderten und Andersdenkenden wird thematisiert und in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Bündnisse und öffentlicher Raum

„Aktion Noteingang" sucht und braucht die Öffentlichkeit. Dadurch erreichen wir eine Stadtbildprägung und eine Veränderung des Stadtklimas in unserem Sinne. Die Aktion nimmt den öffentlichen Raum ein und füllt ihn mit ihren Inhalten. Durch Debatten und Anfragen nimmt „Aktion Noteingang" die Stadtregierungen und die Öffentlichkeit in die Verantwortung für rechte oder rassistische Gewalt.

Finanzierung/Beginn

Die „Aktion Noteingang" läuft in folgenden Städten:

Angermünde, Bad Freienwalde, Bernau, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt/Oder, Fürstenwalde, Kyritz, Neuruppin, Potsdam, Schwedt/Oder, Seelow, Strausberg, Wriezen.

Es haben sich Gruppen aus Dresden, Leipzig, Chemnitz, Wittenberge, Rostock und Hennigsdorf gemeldet und Interesse bekundet.

Das Projekt wird in einzelnen Städten von unterschiedlichsten Gruppen getragen. Dabei reicht das Spektrum von linken Jugendgruppen, Bündnissen gegen Rechts über Ökogruppen bis hin zu kirchlichen Vereinigungen.

Finanziell unterstützt wird die „Aktion Noteingang" von der brandenburgischen Initiative „Tolerantes Brandenburg" und durch Spenden. Der Hauptteil der Arbeit wird von den Gruppen, die die Aktion tragen, ehrenamtlich bewältigt.

AKTiON NOTEiNGANG

Angermünde

Bad Freienwalde

Bernau

Eberswalde

Frankfurt/Oder

Fürstenwalde

Kyritz

Neuruppin

Potsdam

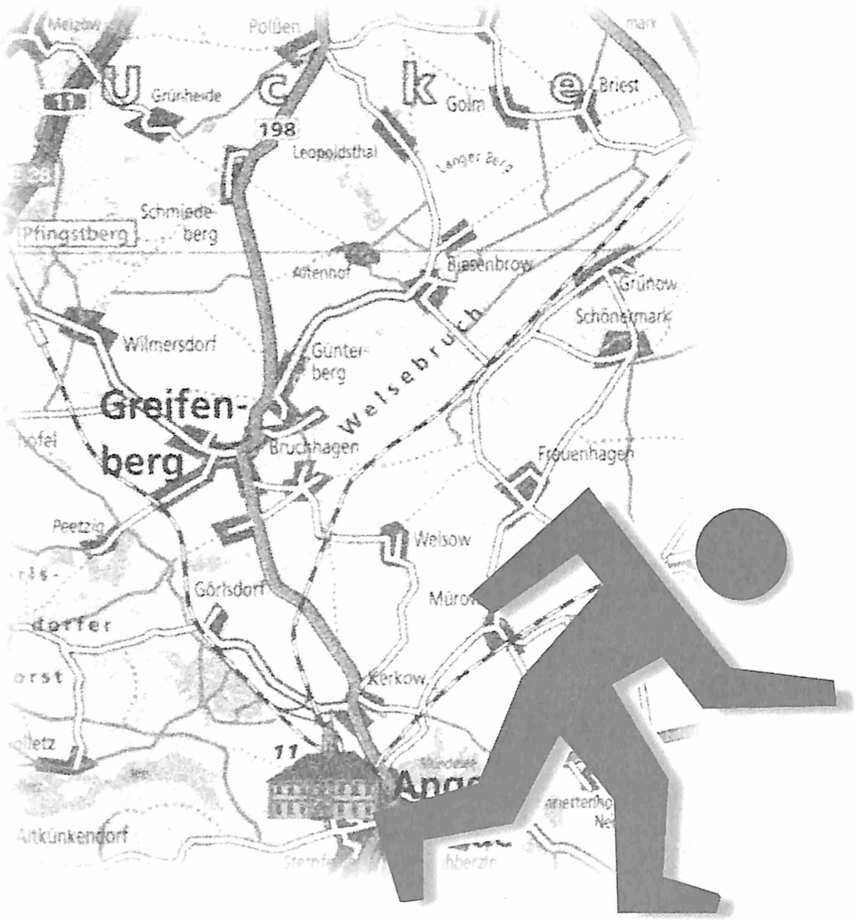
Schwedt

Strausberg

ZiVILCOURAGE GEGEN RASSiSMUS?

Ein Jahr Aktion Noteingang: Erfahrungen eines antirassistischen Jugendbündnisses

Für die auf den folgenden Seiten wiedergegebenen Grafiken vergleiche den Fragebogen in der Dokumentation und die Erläuterungen in der Auswertung.



Angermünde

Angermünde ist eine Kleinstadt in der Uckermark mit rund 10.000 EinwohnerInnen. Es gibt Prognosen, z.B. vom Städtebund, die eine Abnahme der Bevölkerungszahl bis zu einem Drittel in den nächsten 20 Jahren voraussagen. Fehlende Berufsperspektiven, Kultur ein Fremdwort und ein gesamtes Klima von Resignation, Fremdenangst und Autoritätsgläubigkeit sind dafür aus unserer Sicht die Hauptgründe. Gleichzeitig ist dies für uns eine Motivation gewesen, solche Aktionen wie „Aktion Noteingang" in der Stadt zu initiieren und durchzuführen. Uns ist klar, entweder es gelingt in absehbarer Zeit, den gesellschaftlichen Diskurs in der Stadt wenigstens ansatzweise zu beeinflussen - oder auch für uns gibt es hier keine Lebensperspektiven mehr. Mit der „Aktion Noteingang" wollten wir deshalb besonders für die Diskussion in Angermünde Zeichen setzen: Zivilcourage, Toleranz und antirassistisches Engagement müssen als gesellschaftliche Werte vermittelt und umgesetzt werden.

Angriffe, Überfälle, Indoktrination: NPD

Die Situation in Angermünde ist vergleichbar mit vielen Städten ähnlicher Größenordnung im Land Brandenburg. Obwohl der Ausländeranteil mit unter 1% extrem gering ist, gibt es immer wieder rassistische Angriffe. AsylbewerberInnen aus dem Heim in Crussow (ca. 8 km entfernt) berichten immer wieder von Pöbeleien beim Gutscheineinkauf, über körperliche Angriffe besonders am Bahnhof, darüber, daß ihre Kinder im Schulbus angefeindet und bedroht werden. Das Heim selbst wurde trotz der abgelegenen Lage auch 1999 von Jugendlichen aus den umliegenden Dörfern bedroht. Opfer rassistischer Übergriffe werden aber auch ausländische BesucherInnen der Stadt, so z.B. norwegische GastschülerInnen, PolInnen oder schwedische SportlerInnen. Das beliebteste Angriffsziel der örtlichen, aber auch der überregionalen

FaschistInnenszene war stets das in der Vergangenheit von linken, antifaschistischen, heute von unpolitischen Jugendlichen betriebene „Alternative Literaturcafé" (A.L.C.). 1998 kulminierten diese in drei Brandanschlägen, an denen auch der heutige Organisationsleiter des NPD-Kreisverbandes Barnim / Uckermark, Dany Dahlig, beteiligt war. Die NPD hat ihre Anhängerschaft besonders unter den 14 bis 18jährigen Jugendlichen.

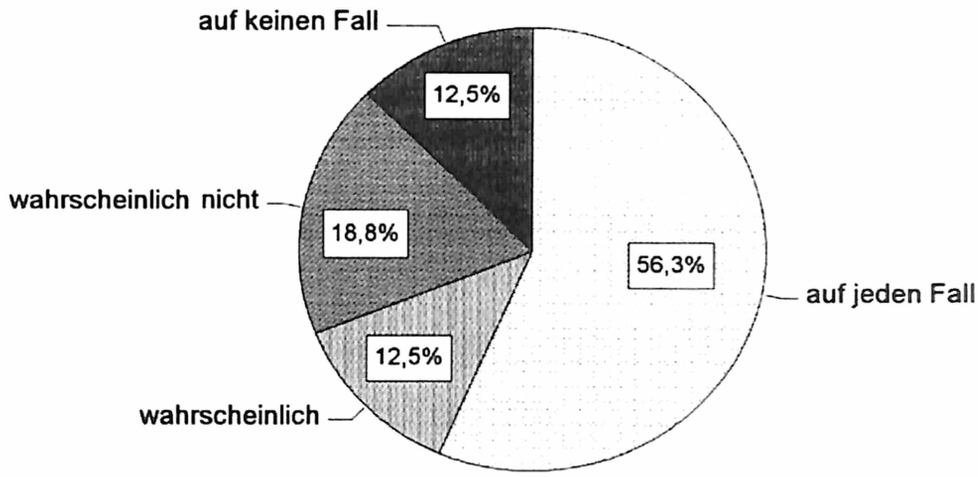
In der Stadt agiert seit 1998 eine Vorfeldorganisation der NPD mit dem schönen Namen „Bund der nationalen Jugend Angermünde". Neben diesen NPD-vereinten Strukturen gibt es jedes Jahr neue informelle Gruppen von rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die öffentlichen Plätze wie den Bahnhof, Gaststätten, Neubaugebiete dominieren und für viele Gewalttaten auch gegen Obdachlose und AussiedlerInnen verantwortlich sind.

Die öffentliche, auch überregionale mediale Resonanz durch die gewalttätigen Übergriffe haben dazu beigetragen, daß sich inzwischen ein Bürgerbündnis „Für eine weltoffene, tolerante und gewaltfreie Stadt Angermünde" mit der Situation in der Stadt auseinandersetzt.

Dieses von der RAA Angermünde initiierte Bündnis hat sowohl öffentliche Veranstaltungen (Tag der Toleranz) als auch eine Kundgebung gegen den NPD-Aufmarsch am 27.02.1999 in Angermünde organisiert. Im gesellschaftlichen Diskurs der Stadt ist das Bündnis allerdings noch nicht sehr stark verankert. Es gibt nur wenig Engagement des amtierenden Bürgermeisters, kaum Initiativen der örtlichen Gewerbetreibenden (was sich auch bei Noteingang deutlich zeigt) und Konkurrenzängste der Kirche.

Gegenüber antifaschistischer Arbeit in der Stadt existieren bis heute starke Vorbehalte bei den meisten MitstreiterInnen des Bündnisses. Wie so oft überschattet eine aufgesetzte Gewaltdiskussion die Auseinandersetzungen mit Ursachen von Rassismus uns Rechtsextremismus. Auch diese Erfahrung hat uns nach der NPD-Demo bewogen, die uns durch FreundInnen in anderen Städten bekannt gewordene „Aktion Noteingang" in Angermünde anzugehen.

Ich bringe den Aufkleber an...



Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...

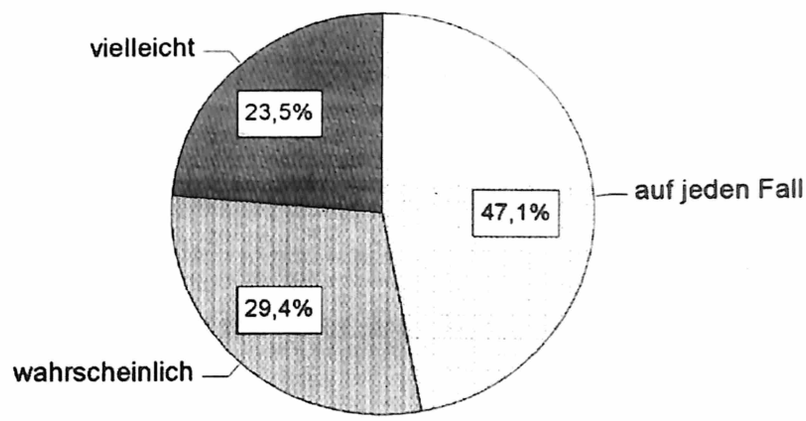


Foto: ©Chr.Ditsch/version

Der Beginn der „Aktion Noteingang"

Träger der Aktion ist hier der Verein „Pfeffer und Salz". Konkret haben sieben Menschen im Alter von 16 bis 37 Jahren mitgearbeitet und seit Mai 1999 die Geschäfte und Institutionen der Stadt befragt. Die Gespräche, besonders mit den Gewerbetreibenden der Innenstadt, waren meist sehr langwierig und schwierig. Viele Mißerfolge und die schlechte Resonanz führten dazu, daß Einzelne die Motivation verloren und wieder neu mit einbezogen werden mußten. Die relativ geringe Zeitspanne ist auch der Grund, warum bisher nur rund die Hälfte der Geschäfte befragt worden ist. Im Nachhinein müssen wir konstatieren, daß es günstiger gewesen wäre, die Organisationsformen der Gewerbetreibenden vorher gemeinsam anzusprechen. Denn es gab ganz offensichtlich interne und unserer Aktion negativ entgegenstehende Absprachen in den Verbandsstrukturen.

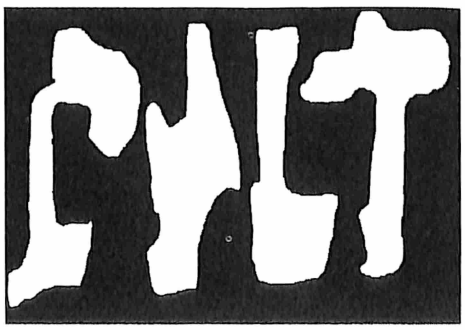
Insgesamt überwogen bei den Gewerbetreibenden Mißtrauen, Vorurteile, Angst und Desinteresse: („Wir helfen doch sowieso, dazu brauchen wir keinen Aufkleber"; „...wieder so´ne linke Sache..."; „...gibt es auch Aufkleber gegen linke Gewalt?", „...verängstigt die Touristen" etc.). In das oben erwähnte Bürgerbündnis bringen wir uns seit einigen Monaten relativ kontinuierlich ein, haben die „Aktion Noteingang" dort, wenn auch relativ spät, vorgestellt und Hilfsangebote bekommen. Hier liegen sicher für eine - wie auch immer geartete - Weiterarbeit die größten Perspektiven. Ein wichtiger Erfolg war die gelungen Einbeziehung der Stadt. Der auch im Bürgerbündnis engagierten Sozialamtsleiterin, Frau Hesse, gelang es nach einem Gespräch mit uns, auch den meist eher mißtrauischen und um das Image der Stadt besorgten amtierenden Bürgermeister vom Nutzen der „Aktion Noteingang" zu überzeugen. Inzwischen rühmt dieser sich sogar öffentlich mit den an städtischen Einrichtungen angebrachten Aufklebern.

Zwischenstand

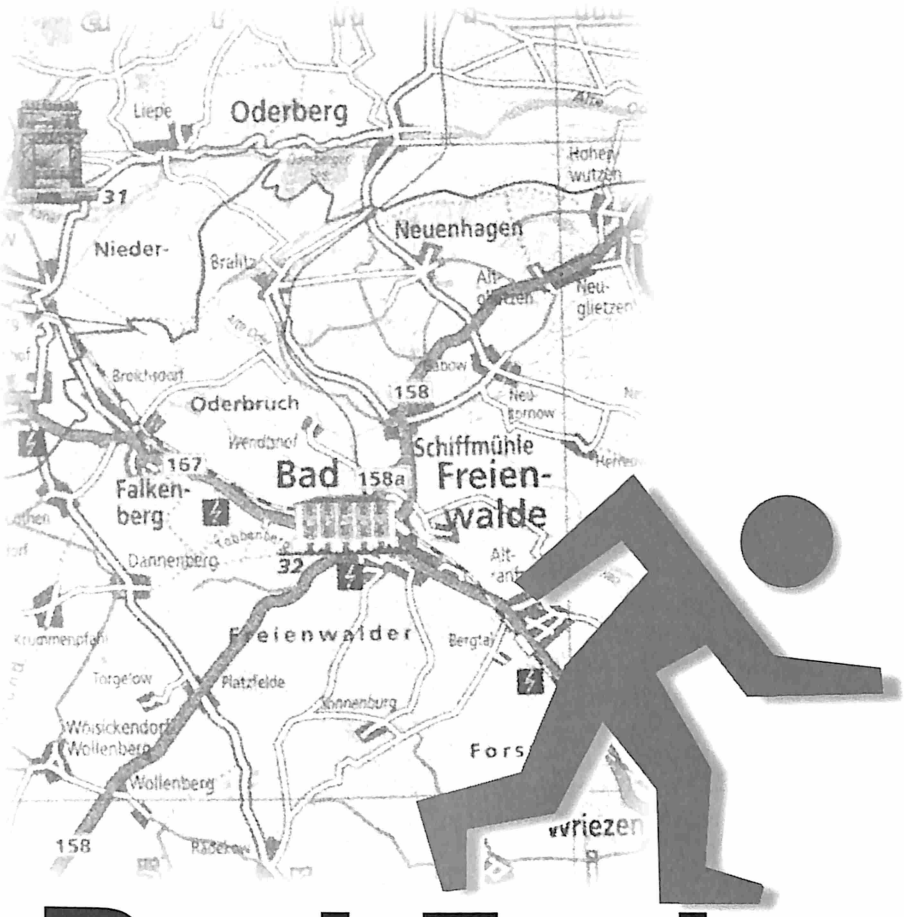
Sehr erfolgreich ist bisher die Beförderung der öffentlichen Diskussion gelaufen. Die Lokalredaktion der MOZ brachte mehrere Berichte über die Aktion, es gab sehr unterschiedliche Stellungnahmen und Sichtweisen, die auch öffentlich ausgetragen wurden (siehe Pressespiegel Seite 74-77).

Eine Geschäftsfrau hat in verschiedenen Situationen die Aktion sehr engagiert vertreten und verteidigt und viel zu diesem Diskurs beigetragen.

Für uns als Gruppe hat die „Aktion Noteingang" sicher eine Menge wichtiger Erfahrung gebracht. Gerade die jüngeren Menschen haben es immer besser verstanden, eigene Inhalte und Argumente zu formulieren und sich der öffentlichen Diskussion zu stellen. Leider ist es dagegen bisher kaum gelungen, die eigene gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen. In der Jugendszene ist „Aktion Noteingang" kein Thema, selbst aus dem A.L.C. hat sich niemand beteiligt. Und die BürgerInnen der Stadt Angermünde sind in ihrer großen Mehrheit weiter vor allem an Ruhe und Ordnung interessiert - und nicht an einer als offenbar unangenehm empfundenen Auseinandersetzung. Die „Aktion Noteingang" brachte zwar einige neue Impulse für die Diskussion um das Klima in der Stadt, aber sicher keinen großen Ruck in Richtung einer weltoffenen, toleranten Stadt, wo die BürgerInnen selbst gegen rechtsextreme und rassistische Gewalt vorgehen. Die Aussage der Leiterin des Fremdenverkehrsvereins der Stadt (zit.n. MOZ) drückt mehr als alles andere die Stimmung hier aus:
„...man kann die Verantwortung nicht auf die Kleinen abschieben. Gefordert ist die Politik". Gerade deshalb wollen wir den Weg weiterführen, dabei neue PartnerInnen gewinnen und die Diskussion um die eigene Verantwortung für das Klima in der Stadt vorantreiben.



Zeitschriftenprojekt „Cult"



Bad Freienwalde

Bad Freienwalde heißt die Stadt, in der wir versucht haben, die „Aktion Noteingang" vorzustellen und zu integrieren. Bei einer Einwohnerzahl von 11.888 Menschen stellt Bad Freienwalde zahlenmäßig eine normale Kleinstadt in Brandenburg dar. Etwas ungewöhnlich hingegen ist der Kurstadt-Status, den die Bad Freienwalder Stadtväter und mitunter auch die Einwohner mittels Sanierung des Kurstadtviertels wiederherzustellen versuchen.

Dieser durch nichts zu erschütternde Wille schränkt uns in unserer Arbeit tendenziell ein, weil diese Orientierung alle anderen Entscheidungen und Diskussionen überlagert. Obwohl es Bad Freienwalde nötig hätte, existieren hier keine Bündnisse gegen Rechts. Unserer Ansicht nach liegt das am fehlenden Bewußtsein über die rechten Tendenzen, die sich zweifelsohne mehren und somit die Notwendigkeit eben solcher Bündnisse schaffen.

Übergriffe in Bad Freienwalde

So wurde z.B. im Mai 1998 eine junge Mutter, die mit ihrem Kind durch die Stadt lief, wegen ihrer roten Haare angepöbelt und mit einer Eisenstange bedroht. Das geschah am hellichten Tag, ohne daß jemand einschritt. Am 07. August 1998 wurde ein Jugendlicher auf einem Fahrrad von Autos verfolgt, bis er zu Fall kam und sich das Schlüsselbein brach. Anfang September wurde ein Jugendlicher vor einem öffentlichen Lokal verprügelt und dabei erheblich verletzt. Als er daraufhin versuchte, Anzeige gegen die ihm bekannten Schläger aus der rechten Szene zu erstatten, wurde ihm dies auf der Polizeiwache Bad Freienwalde verwehrt.

17. Oktober 1998: Vor dem städtischen Jugendclub OFFI kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen Besuchern des Hauses und rechten Jugendlichen, die sich dort häufig aufhielten, bei der es mehrere Schwerverletzte gab.

Alarmierte Einsatzkräfte waren nicht bereit, einzugreifen. Bei diesem traurigen Ereignis mußten wir leider auch rechte Parolen und/oder Unterstützung für die rechten Schläger seitens einiger Mitarbeiter des OFFIs feststellen. Da der Leiter dieser Einrichtung, gegen den wir dann versuchten, vorzugehen, indem wir eine Alternative, ein selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt anstrebten, ein gern gesehener Gast im Kulturausschuß von Bad Freienwalde ist, wurde uns auch in dieser Beziehung so mancher Stein in den Weg gelegt. So wurden wir bei einer Fragestunde am 25. November 1998 nicht ernst genommen und warten heute noch auf die Beantwortung unserer Fragen durch den Bürgermeister Ralf Lehmann.

Um in unserem Anliegen, dem rechten Diskurs etwas entgegenzusetzen, ernster genommen zu werden und eventuell mehr Handlungsspielraum zu erlangen, gründeten wir im Januar/Februar 1999 unseren Verein „Alternatives Jugendprojekt '99 e.V." und legten ein Konzept für ein selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt vor. Bis uns letztendlich ein Angebot der Stadt für dieses Konzept unterbreitet wurde, verging viel Zeit, in der wieder und wieder auf das OFFI verwiesen wurde.

Interessant vielleicht, daß uns das Angebot kurz vor einer Brückeneinweihung ins Haus flatterte, bei der auch Manfred Stolpe anwesend war und wahrscheinlich Störaktionen von unserer Seite befürchtet wurden. Dies alles sind Hinweise darauf, wie die Situation sich für nicht rechte Jugendliche im Raum Bad Freienwalde darstellt.

Rechte im öffentlichen Raum

Ganz im Gegensatz dazu steht die Situation der rechtsorientierten Jugendlichen, die mehr und mehr das Stadtbild von Bad Freienwalde prägen. Inwiefern diese sich organisieren, ist uns leider nicht bekannt. Deutlich ist jedoch, daß sich die Rechten gerne vor dem bzw. im OFFI treffen und versuchen, dieses für sich in Anspruch zu nehmen. Verständlich also, daß mensch vor diesem Hintergrund von woanders stammende MitbürgerInnen leider nur sehr selten auf Bad Freienwaldes Straßen antrifft. Auch der Leiter der Stefanus-Stiftung „Waldhaus" äußerte Bedenken, sich mit einer Gruppe Behinderter ins OFFI zu begeben, da er befürchten müsse, angegriffen zu werden.

Obwohl rechtsextreme und andere Organisationen mit rechtem Ansatz das Stadtparlament noch nicht erobern konnten - dieses setzt sich zusammen aus SPD und PDS (Koalition), CDU, FDP und FRW (Freienwalder Richtungswechsel) - blieb im September 1998 auch unsere Stadt von Flugblättern, Plakaten und Schmierereien von Anhängern rechter und rechtsextremer Parteien (NPD, REP, DVU) nicht verschont. Mit der Ausländerbeauftragten, die ihren Sitz in Seelow hat, haben wir leider noch keinen näheren Kontakt aufgenommen. Somit fällt es uns schwer, einzuschätzen, inwieweit sie über die Situation in Bad Freienwalde informiert ist.

Der Beginn der „Aktion Noteingang" in Bad Freienwalde

Vor diesem Hintergrund wollen wir nun den „Erfolg" der „Aktion Noteingang" resümieren. In Anbetracht dessen, daß das „Alternative Jugendprojekt '99 e.V." (Mitgliederzahl:19), das einzige seiner Art in Bad Freienwalde darstellt, ist es wenig verwunderlich, daß auch nur Mitglieder desselben an der Durchführung der Aktion beteiligt waren. Der PDS ist allerdings die Vorstellung des Konzeptes auf der Stadtverordnetenversammlung und die Bereitstellung eines Raumes und Materialien zu verdanken.

Tatkräftige Unterstützung sowie Anregungen erhielten wir von Gruppen anderer Städte, wie z.B. aus Bernau und Strausberg. In Strausberg wurde uns die „Aktion Noteingang" auch erstmals vorgestellt und nähergebracht.

Von der Idee, diese auch in unserer Stadt zu integrieren bis zur Umsetzung war es natürlich ein weiter Weg, bei dem wir - selbstkritisch betrachtet -, nicht unbedingt jede Möglichkeit genutzt haben (z.B. kirchliche Verbände anzusprechen). Wichtig vielleicht noch zu erwähnen, daß an der aktiven Durchführung der Aktion nur sechs Leute beteiligt waren, da sich durch deren Erfahrungen in den Geschäften in der restlichen Gruppe sehr früh Resignation breitgemacht hatte.

Einen Anfang versuchten wir, indem wir eine Infoveranstaltung im Bad Freienwalder Teehäuschen am 18. Februar 1999 organisierten, bei der wir lediglich einen Besucher begrüßen durften, der leider nicht von einem Geschäft kam, sondern von der lokalen Presse. Dennoch nicht entmutigt, machten wir uns Mitte April, beladen mit Fragebögen und diversen Anschauungsmaterialien (Aufkleber, Flyer zur aktuellen Situation in Bad Freienwalde) auf den Weg durch die Geschäfte der Innenstadt. Zum einen war festzustellen, daß die meisten Ladenbesitzer uninformiert waren, obwohl sie uns versicherten, die Märkische Oderzeitung (Moz) zu lesen, in der auch die „Aktion Noteingang" in zwei Artikeln vorgestellt, Resonanzen der Ladenbesitzer aus Bernau aufgezeigt und somit teilweise auch schon bewertet wurden (1. Artikel am 23./24.01.99 im überregionalen Teil, 2. Artikel am 12.03.99 im regionalen Teil).

Reaktionen der Ladenbesitzer

Nach etwa zehnminütigen Erklärungsversuchen unsererseits schließlich, wurden die Fragebögen auch größtenteils angenommen, und wir verließen die Läden in der Übereinkunft, in einer Woche wiederzukommen. Bis dahin verlief die Aktion aus unserer Sicht relativ gut. Die Reaktionen der Ladenbesitzer reichten zwar von positiver Kritik über Desinteresse bis hin zu Skepsis bzw. Ablehnung, aber für uns blieb die überwiegende Annahme der Fragebögen als positiv zu vermerken. Die Enttäuschung kam - genau eine Woche später und zog sich hin bis Anfang Juni 1999, als wir uns entschlossen, die Aktion abzubrechen.

Von 37 ausgeteilten Fragebögen erhielten wir, nicht immer in der abgemachten Frist, aber immerhin, genau zehn Stück zurück. Ausreden wie „...der Chef hat den Fragebogen mitgenommen und ist zur Zeit nicht erreichbar.", bekamen wir mehr als einmal und manchmal sogar mehrfach im selben Geschäft zu hören. Vorstellbar, daß uns seltene Reaktionen, wie die des Besitzers einer Backstube, der informiert, interessiert und sehr positiv zur Aktion eingestellt war, wieder etwas Auftrieb gaben. Leider machte uns hier die Schadensversicherung des Ladenbesitzers einen Strich durch die Rechnung, die auf Anfragen des Mannes erklärte, er provoziere mit dem Aufkleber Vandalismus, und sie könne somit für eventuelle Schäden nicht aufkommen.

Größtenteils war es bei vielen die Angst vor Angriff bzw. Beschädigung des Geschäftes, die sie dazu bewog, den Aufkleber abzulehnen. Da für sie der Fragebogen mit dem Aufkleber in unmittelbarem Zusammenhang stand (trotz Erklärung unsererseits), blieben sie dem Fragebogen gegenüber ebenfalls ablehnend. Auch wird unsererseits eine Absprache unter den Ladenbesitzern vermutet. Da uns aber eben nicht alle so offen sagten, sie würden nichts ankleben und nichts ausfüllen, klapperten wir diverse Geschäfte auch mehrmals ab, bis wir schließlich das Gefühl bekamen, nicht sonderlich ernst genommen worden zu sein.

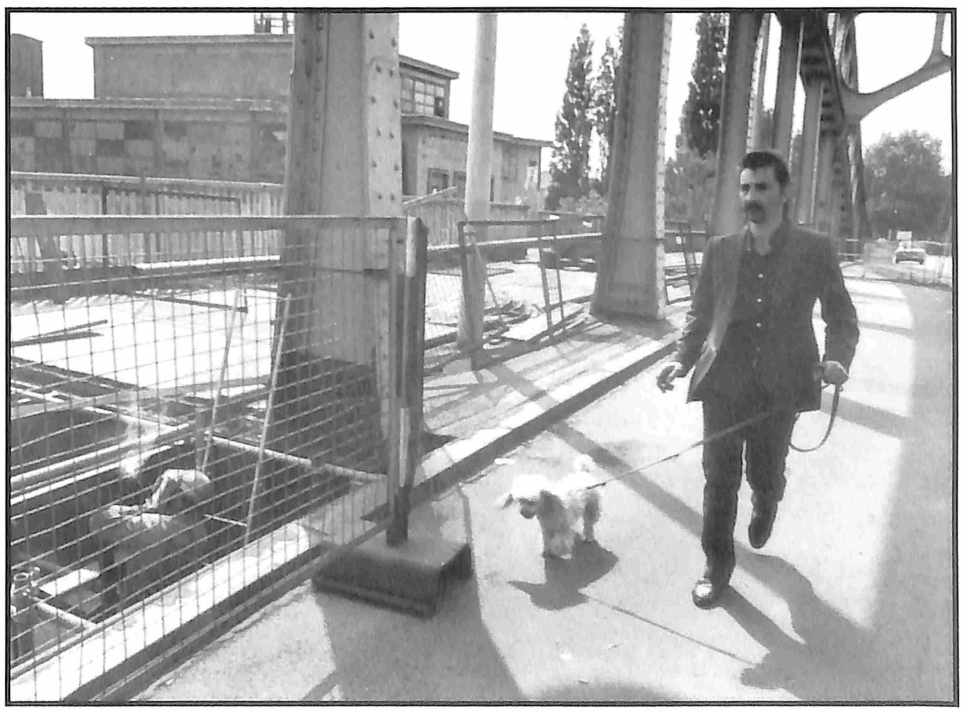
Sehr interessant ist an dieser Stelle, daß die Gründe der Bad Freienwalder Geschäftsstelle der „MOZ" für das Nichtanbringen der Aufkleber und Nichtausfüllen des Fragebogens darin lagen, sich Neutralität zu bewahren und rechtsorientierte Leser nicht abzuschrecken („...nachher kaufen die Rechten unsere Zeitung nicht mehr").

Die Erfahrungen für unsere Gruppe

Abschließend ist vielleicht zu sagen, daß wir mit der Motivation an die „Aktion Noteingang" herangegangen sind, zu erfahren, welche Stimmung in unserer Stadt herrscht und diese vielleicht insofern zu beeinflussen, als daß Ladenbesitzer und öffentliche Stellen sich gegen rechts positionieren. Dies ist uns leider nicht gelungen. Gelungen allerdings ist uns die tendenzielle Auseinandersetzung mit dem Thema in der Öffentlichkeit. Speziell für unsere Gruppe war die Teilnahme an der Aktion sehr vorteilhaft. Sie hat uns gezeigt, daß die Mitglieder unseres Vereins fähig sind, zusammen zu arbeiten und aus Fehlern zu lernen. Fehler, die ihre Ursachen zum einen sicherlich in der Koordination der „Aktion Noteingang" unsererseits haben (wir hätten uns zuerst an die Stadt wenden sollen, und dann erst an die einzelnen Geschäfte), aber auch in Passivität und Voreingenommenheit seitens der Öffentlichkeit unserer Gruppe gegenüber zu suchen sind (z.B. schlechte Presse uns gegenüber im Vorfeld). Leider haben sich auch zu wenig Leute von uns aktiv beteiligt, weil die Lust zu schnell verlorengegangen ist. Auch war die Unerreichbarkeit unseres Vereins (z.B. kein Telefon, Fax) sicherlich sehr hinderlich.

Des weiteren hätte man sich intensiver um Bündnisarbeit bemühen müssen, aber wie schon erwähnt, steht uns die Bad Freienwalder Öffentlichkeit eher mißtrauisch gegenüber und hätte Versuche dieser Richtung wahrscheinlich nicht sehr ernst genommen. Da es aber die erste Aktion war, die wir als frisch gegründeter Verein durchgeführt haben, ist unsere etwas naive Vorgehensweise bestimmt verständlich. Trotzdem haben wir nach Diskussionen in unserer Gruppe Fehler erkannt und wissen es für spätere Aktivitäten sicher ein bißchen besser.

In diesem Sinne:
Immer mutig weiter!



Bernau

Allgemeines zur Stadt

Bernau ist eine Kleinstadt mit ca. 25.900 Einwohnerinnen und Einwohnern nordöstlich von Berlin. In der Stadt gibt es keine nennenswerte Industrie. Durch den S-Bahn Anschluß nutzen viele BernauerInnen den Arbeitsmarkt in Berlin, so daß die Arbeitslosenquote im Vergleich zu anderen Gebieten in Brandenburg relativ gering ist. Sie beträgt 13,3% der arbeitenden Bevölkerung. Bernau wird von den BernauerInnen selbst als „Schlafstadt" Berlins bezeichnet. In Bernau leben nach Angaben der Stadt 449 nicht-deutsche Personen, 251 davon sind Männer und 198 Frauen (Juli 1999). Das ergibt einen Anteil von 1,2% der Gesamtbevölkerung.

Die Situation in Bernau

In die überregionalen Schlagzeilen gelangte Bernau erstmals 1992 durch illegal veranstaltete Autorennen. 1994 wurden auf der Polizeiwache Bernau VietnamesInnen von Polizeibeamten mißhandelt, unter anderem geschlagen und genötigt, sich zu entkleiden. Sonst wurde Bernau einer Kleinstadt entsprechend überregional kaum wahrgenommen. 1998 geriet Bernau wieder in die überregionalen Schlagzeilen: Eine Gruppe von circa 30 brandenburgischen, dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnenden Jugendlichen, hat in der Nacht vom 20. Mai sieben Jugendliche aus Berlin überfallen, um sie gewaltsam von einem See zu verjagen. Zu dem Angriff kam es auf einem Parkplatz am Kiessee in der Gemeinde Ruhlsdorf, in der Nähe von Bernau. Am Tatort wurden von der Polizei Aufkleber mit rechtsextremistischen sowie Handzettel mit antisemitischen Inhalt gefunden. Am 28.07.1998

zog eine Gruppe Rechtsextremer vier Stunden pöbelnd und prügelnd durch Bernau und bedrohte dabei eine Gruppe von Bauarbeitern, verletzte einen Mann aus Gambia und einen Bernauer, weil sie ihn für einen Russen hielten. In der Nacht vom 31.07. zum 01.08.1998 wurde das Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Bahnhof beschädigt, und Ende August wurde ein Vietnamese vor dem Einkaufsmarkt LIDL von zwei Männern festgehalten und von einem Dritten mit einem Kantholz auf den Kopf geschlagen. Er mußte auf Grund seiner Kopfverletzungen stationär behandelt werden.

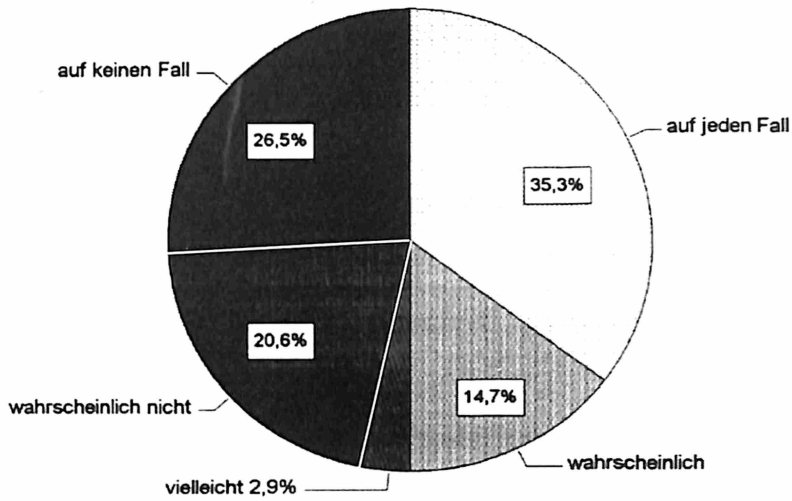
Das waren nur die Ereignisse, die uns aus der Presse bekannt waren, und sie schienen kein Ende zu nehmen. Der Alltag schien in Bernau nicht gestört worden zu sein, die Übergriffe waren kein Thema in der öffentlichen Diskussion der Stadt. Hilflosigkeit und Resignation machte sich unter uns breit. Wir wollten uns nicht mit diesem Alltag abfinden, wir wollten nicht, daß diese Übergriffe Normalität werden, und wir wollten deutlich machen, daß wir alle eine Verantwortung haben, zu handeln. Dieses waren ausschlaggebende Punkte für uns, „Aktion Noteingang" zu entwickeln. Wir, das sind Jugendliche aus Bernau - SchülerInnen, StudentInnen, Angestellte, ArbeiterInnen -, die in den verschiedensten emanzipatorischen, nicht-rechten und linken Jugendprojekten engagiert sind.

Die Bernauer Jugendszene

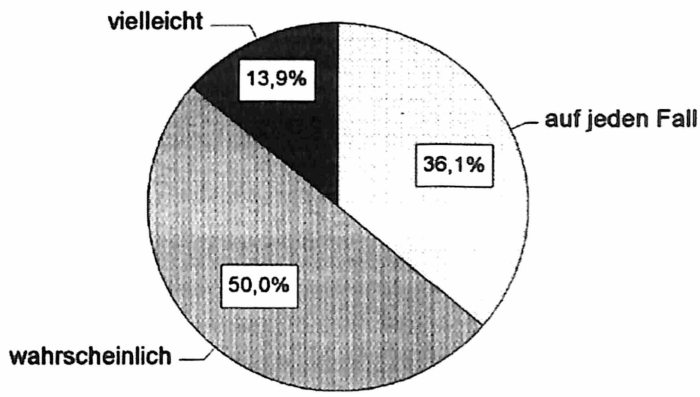
In Bernau gibt es viele nichtrechte und linke jugendkulturelle Aktivitäten. Es existieren verschiedene jugendkulturelle Szenen, die sich von Nazis und Rechten abgrenzen, z.B. Skinhead-, Party-, Hip-Hopszene... Die einzige Möglichkeit in Bernau für Neonazis, sich kulturell zu engagieren, ist der kommerzielle und private Raum. Leider sind auch in Bernau Rechtsextreme im Straßenraum präsent, dominieren diesen Raum auch sehr stark und prägen so das Stadtbild mit.

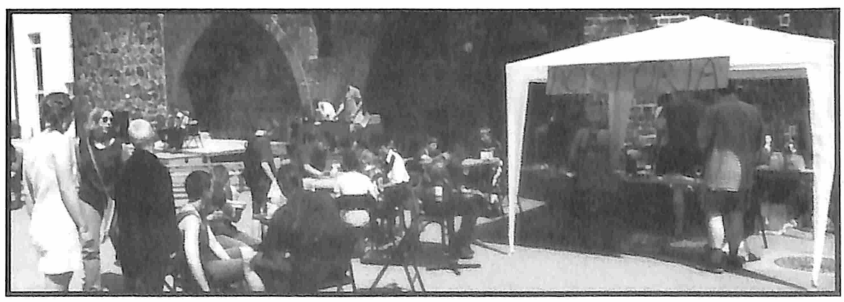
Seit 1993 findet jedes Jahr um den 8. Mai ein antifaschistisches Straßenfest in Bernau statt. An dem Fest beteiligen sich verschiedenste Gruppen und Initiativen der Stadt und aus dem Umland. In diesem Jahr wurde um das 7.

Ich bringe den Aufkleber an...



Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...





antifaschistische Straßenfest herum die zweite Antifa-Woche veranstaltet. Durch die Antifa-Woche und das Straßenfest werden linke, antifaschistische und antirassistische Inhalte in die Gesellschaft transportiert, werden Grundlagen für Bündnisse und Diskussionen geschaffen. Gleichzeitig werden Jugendliche erreicht, die dadurch anfangen, sich mit linken, antirassistischen und antifaschistischen Inhalten, Moralvorstellungen und Werten zu identifizieren.

Durch jahrelange Bündnisarbeit und Mitarbeit in verschiedenen Gremien in der Kommune befinden wir uns in einer Position, in der wir ernst genommen werden, wo unser Urteil eingeholt wird, und wir dadurch unsere linke Position in die Bündnisse einbringen können.

Die Bernauer Jugendeinrichtungen - GuWa, Villa, DOSTO, Klub am Steintor, Waschspüle, Junge Gemeinde, Jellow, Frischluft - lehnen eine Arbeit mit Nazis ab. Es gibt Unterschiede insofern, als daß sich GuWa, Villa, DOSTO, Junge Gemeinde durch das Publikum und die daraus resultierenden Inhalte als links bzw. AntiNazi verstehen. Bei den anderen Einrichtungen ergibt sich die Haltung aus den MitarbeiterInnen, einem „demokratischen" Grundverständnis oder aus dem Träger - Multikultureller und Sportverein. Von den Angehörigen der rechtsextremen Szene Bernaus wird die Situation selber so empfunden, daß sie sich aus den Jugendeinrichtungen ausgegrenzt fühlen. Rechte Parteien wie DVU, REP, BFB oder NPD traten in Bernau in den letzten Jahren nur zur Bundestagswahl 1998 in Erscheinung. Seitens der NPD/JN tauchten im Zuge der Bundestags- (1998) sowie zur Europa-Wahl (1999) vermehrt Aufkleber im Straßenbild auf.

1998 soll sich eine Kameradschaft „Kreis Barnim" gegründet haben. Sie soll sich selbst vom „Kameradschaftsbund Barnim" (Eberswalde) und von der NPD abgrenzen.

In den Gemeinden um Bernau herum existieren rechtsextreme Gruppen, die auch in Bernau agieren. So wurden Himmelfahrt 1999 fünf Leute von 16 Rechten (9 Männer, 7 Frauen) angegriffen. Dabei wurden zwei von den Angegriffenen verletzt. Durch Eingreifen von zwei Passantinnen wurden weitere Verletzungen durch die Rechtsextremen verhindert.

„Aktion Noteingang" in Bernau

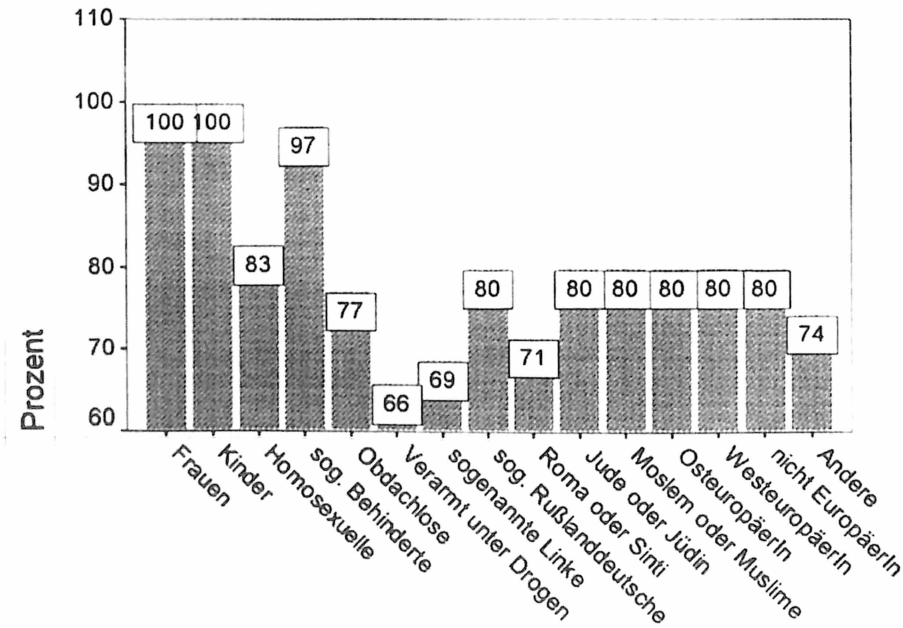
Menschen werden am hellichten Tag angegriffen. Warum? Aus unserer Sicht spielen dabei verinnerlichte rassistische und nationalistische Einstellungen und Werte eine große Rolle. Dabei handelt es sich nicht nur um jugendtypische, sondern um von weiten Teilen der Bevölkerung getragene Werte. Daher sehen sich die Täter auch in Bernau in dem Glauben, die Meinung der Bevölkerung auszudrücken und umzusetzen. Weil „Aktion Noteingang" in der Mitte der Gesellschaft ansetzt, fanden wir es ein angemessenes Mittel, aus dieser Situation heraus Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln und umzusetzen. Durch den Aufkleber können LadenbesitzerInnen, Geschäftsleute, Verantwortliche des öffentlichen Lebens der Stadt Solidarität mit von rassistischer und faschistischer Gewalt potentiell Betroffenen signalisieren. Gleichzeitig wird den Tätern gezeigt, daß ihr Tun nicht positiv bewertet wird und sie sich keineswegs in der Mitte der Gesellschaft bewegen, wie sie es vielleicht vermuten. Wir sehen dies als ersten Schritt zum Schutz von Menschen, die durch rassistische und faschistische Gewalt betroffen sind.

Im August 1998 diskutierten wir, wie wir auf die Übergriffe reagieren können. Uns war schnell klar, daß einzelne Zeichen - wie Mahnwachen und Appelle - wichtig, für uns aber nicht ausreichend genug waren und sind. Wir erinnerten uns an ein Projekt aus Berlin, die „Aktion Noteingang" durchgeführt hatten. Wir fanden die Aktionsform sinnvoll und richtig und begannen, „Aktion Noteingang" für Bernau umzusetzen. Wir veränderten das Layout des Aufklebers, vor allem übersetzten wir den Grundtext in mehrere Sprachen.

Um die Wirkung des Aufklebers und die Brauchbarkeit des Fragebogens zu überprüfen, führten wir eine Testphase in Bernau durch. Mittlerweile war „Aktion Noteingang" kein alleiniges Bernauer Projekt mehr, wir waren schon ein kleines brandenburgweites Bündnis. Als Ergebnis der Testphase wurde der Fragebogen und das Layout des Aufklebers überarbeitet und liegt seitdem in der heutigen Form vor.

Schon in der Testphase bemerkten wir, daß Geschäftsleute sehr schnell bereit waren, den Aufkleber anzubringen, wenn die Öffentlichkeit, sprich die Medien, dabei waren. Leider kam es oft vor, daß einige Tage später der Aufkleber an ihrer Tür nicht mehr zu finden war. Für uns war es von Anfang an wichtig, die

Wem wird nach gewalttätigen Übergriffen Hilfe eingeräumt?



	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	71	37	15
Prozent		52 %	21 %

reale Stimmung zu erfassen und nicht nur durch die Medien einen sehr großen Druck zu erzeugen. Die Gradwanderung war nicht immer einfach, bestand doch ein großes mediales Interesse an „Aktion Noteingang".

Wir hatten oft das Gefühl, daß sich viele Gewerbetreibende nach der öffentlichen Meinung richteten. So war es für sie wichtig, positiv dazustehen - Medien, Aufkleber ran - und nicht den Eindruck zu erwecken, Gewalt gegen Ausländer gut zu heißen bzw. zu tolerieren. Dankbar wurden bei Nachfragen die Argumente des Bürgermeisters der Stadt Bernau aufgegriffen und uns gegenüber als Begründungen für das Nichtanbringen des Aufklebers vorgebracht. Interessant war, daß sich die Argumente der Gewerbetreibenden den Argumenten des Bürgermeisters anpaßten und sich mit seinen veränderten. Wir hatten oft das Gefühl, man war froh, sich auf andere Argumente berufen zu können und so nicht seine eigene Meinung vertreten zu müssen. Auch der „Gewerbeverein Innenstadt e.V." hat sich gegen „Aktion Noteingang" auf einer MitgliederInnenversammlung ausgesprochen.

Über die Gründe der Geschäftsleute, sich nicht an „Aktion Noteingang" zu beteiligen, können wir nur spekulieren. Vielleicht ist es einfach zu viel, ein öffentlich sichtbares Signal abzugeben. Vielleicht ist die Angst davor, seine Meinung kund zu tun, zu groß, was schon wieder fast nachvollziehbar ist, wenn selbst der Bürgermeister sagt, daß er keinen Aufkleber anbringen kann, weil er sich ja damit gegen Rassismus positionieren würde. Dies, so der Bürgermeister, sei eine politische Positionierung, und eine politische Positionierung sei an einem Rathaus nicht zulässig. Es wurde auch sehr deutlich, daß eine vom Bürgermeister ausgesprochene Verbotsverfügung an alle öffentlichen Einrichtungen, sich an der Aktion nicht mit dem dazugehörigen Aufkleber zu beteiligen, einen sehr großen Effekt auf die Stimmung in der Stadt hatte. Ebenso groß war der Einfluß auf die Bereitschaft der LadenbesitzerInnen, sich an der Aktion zu beteiligen bzw. nicht zu beteiligen. Menschen, die sich in der Testphase mit uns interessiert unterhalten hatten, wiesen uns jetzt die Tür. Aufkleber, die vorher angebracht waren, wurden jetzt abgenommen.

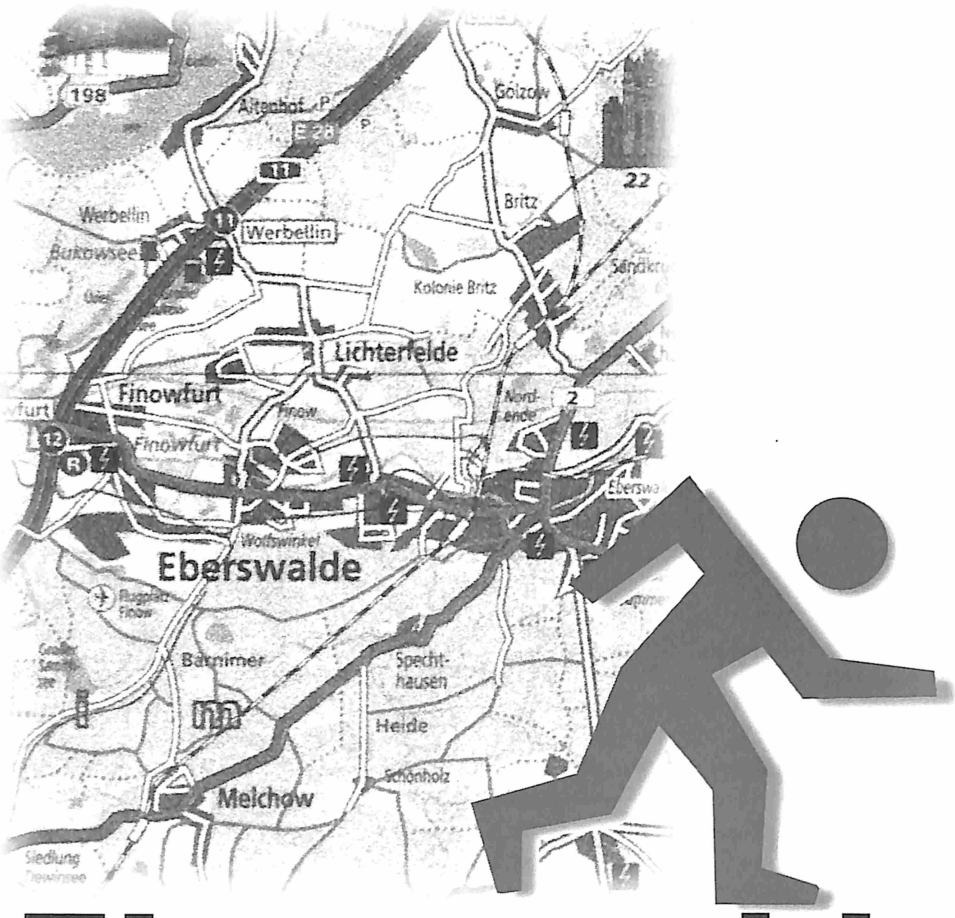
Als erste Zuspitzung stellte sich für uns ein Ladenbesitzer dar, der in der Testphase noch bereitwillig den Aufkleber angebracht hatte. Er nahm diesen nun nicht nur wieder ab, sondern sprach sich im Gewerbeverein der Innenstadt gegen die Aktion aus. Bei einer von uns initiierten Podiumsdiskussion zum Thema „Zivilcourage?" äußerte er, man müsse jetzt aufpassen, die gleichen Fehler von 1933 nicht noch einmal zu wiederholen - damals seien die Juden ausgegrenzt worden, und heute werden die Rechten ausgegrenzt... Dieses Beispiel zeigt für uns ganz deutlich, wie schnell offenbar politische Dämme brechen, wenn sich Personen einiger Reputierlichkeit, wie etwa ein Bürgermeister, mit Positionen gegen antirassistische Arbeit, wie etwa die „Aktion Noteingang", aus dem Fenster hängen.

Bilanz

Aus unserer Sicht wäre ein klares politisches Signal sehr sinnvoll und für das Gelingen von „Aktion Noteingang" in Bernau notwendig gewesen, da sich dann die LadenbesitzerInnen nicht so allein mit ihrer Zivilcourage gefühlt hätten. Die Mehrzahl der Stadtverordneten unterstützte „Aktion Noteingang" und befürwortete unsere Aktivitäten. Trotz vieler Gespräche, Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung und den damit verbundenen Diskussionen und der Tatsache, daß sich MitarbeiterInnen der Stadt an „Aktion Noteingang" beteiligen wollten, vermochte jedoch der Bürgermeister seine Meinung nicht ändern. Gerade er und vor allem das von ihm ausgesprochene Verbot, waren die Knackpunkte in der Frage, warum sich in Bernau, wo die Aktion am längsten lief und am meisten Diskussionen hervorgerufen hatte, keine so große Beteiligung seitens der angesprochenen LadenbesitzerInnen gewinnen ließ.

Obwohl es - vom Bürgermeister abgesehen - viele Vorschußlorbeeren und verbaler Hilfebekundungen für die „Aktion Noteingang" von Stadtverordneten und engagierten BürgerInnen gab, verteilte sich die konkrete Arbeit - das in die Läden gehen - auf wenige Schultern. Trotz eines breiten Bündnisses der einzelnen Jugendvereine und -einrichtungen, Unterstützungszusagen von anderen Vereinen und Parteien, blieben wir doch unter uns. Wir waren rund 15 Leute, die in Läden und Geschäfte gegangen sind, um „Aktion Noteingang" vorzustellen. Lediglich von der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Bernau und einzelnen Abgeordneten erhielten wir spürbare Unterstützung. Das sorgte auch irgendwann für Frust, wir nahmen Unterstützung nur als leere Lippenbekenntnisse wahr, es stellte sich schnell eine Überlastung ein und blieben Erfolgserlebnisse aus. Auch schafften wir es nicht, jüngere Menschen in „Aktion Noteingang" einzubinden.

Als positiv bewerten wir die vielen kleinen Gespräche am Rande. Wir haben bewiesen, daß wir handlungsfähig sind und daß wir vielen Menschen kleine und größere Denkanstöße geben konnten. Über einen langen Zeitraum hinweg war „Aktion Noteingang" in Bernau ein wichtiges Gesprächsthema und dadurch galt das auch für die rassistischen Übergriffe und die damit verbundenen Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten, während sich anderswo mit der rassistischen Unterschriftenkampagne der CDU auseinandergesetzt wurde. Bei zahlreichen Medienauftritten war es uns möglich, unsere Einschätzungen, Handlungsansätze und Inhalte einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Inwieweit sich längerfristige Erfolge ergeben, wird die Zukunft zeigen.



Eberswalde

Allgemeines zur Stadt

Die Stadt Eberswalde hat ca. 47.000 EinwohnerInnen. Derzeit liegt die Arbeitslosenzahl bei ca. 20%. Die Stadt ist in verschiedene Stadtviertel geteilt. Das bevölkerungsstärkste ist das Brandenburgische Viertel, ein Neubaugebiet am Stadtrand. Die Situation in diesem Viertel hat sich seit 1990 gravierend verändert. Dieser Stadtteil wird häufig als negatives Beispiel für die allgemeinen Situation der Stadt herangezogen. Vorwiegend leben dort mittlerweile sozial schwache Familien.

Wie viele andere ostdeutsche Städte, leidet die Stadt unter der hohen Arbeitslosigkeit und einer starken Abwanderung hauptsächlich junger Leute. Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich folgendermaßen zusammen: (Sitze) 18 SPD, 10 PDS, 6 CDU, 3 Bündnis'90/Die Grünen, 2 FDP, 1 fraktionsloser Stadtverordneter.

Situation bezüglich Rechtsextremismus

Eberswalde ist vielen im Zusammenhang mit dem Mord an dem Angolaner Antonio Amadeo bekannt (1990), der Opfer einer der ersten rechtsextremen Anschläge in den neuen Bundesländern war.

Als Reaktion auf den ausbrechenden Rechtsextremismus bildete sich der In- und AusländerInnenkreis, entstand ein jährlich stattfindendes Rockfestival und begann eine politische Arbeit im Evangelischen Jugendkeller.

Im Jahr 1992 begann die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen im Jugendclub „Domizil", welche durch das landesweite AGAG-Projekt unterstützt wurde.

Seit einem Jahr existiert das „Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde", das aus einer Aktion des „Bündnisses für Vernunft"

entstand. Dieses hatte im Wahljahr 1998 öffentliche Veranstaltungen gemacht, um die Menschen aufzurufen, wählen zu gehen und damit rechten Parteien keine Chance zu geben. Diese Aktion führte unter anderem zu einer Stellungnahme vieler verschiedenen Institutionen und Persönlichkeiten der Stadt zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Dieses Thema wurde auch schon durch die im Frühjahr stattfindende „Woche gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus" der FH (Fachhochschule) angesprochen.

Das Stadtbild ist geprägt von vielen Jugendlichen, die schon äußerlich der rechten Szene zuzuordnen sind. Ob es organisierte rechte Strukturen gibt, ist uns nicht eindeutig bekannt. Dazu treten rechte Gruppierungen zu selten politisch in den Vordergrund. Allerdings lassen Wahlwerbeaufkleber rechtsextremer Parteien, die Zusammenrottung vieler rechter Jugendlicher bei der Lichterkette im letzten Jahr, die Gründung des „Volkssturmes" und dessen Versuch, einen kirchlichen Jugendraum zu übernehmen, Kameradschaftstreffen und die Internetseite eines rechten Bündnisses von Forststudenten der FH auf Vernetzungen schließen.

Nach unserer Sicht sind aber die einzelnen linken Gruppen der Stadt zu zersplittert, da jede für sich allein arbeitet, ohne die anderen ausreichend mit einzubeziehen. So gibt es keine richtige Plattform, und der Sichtbereich und ein Gesamtbild über die Situation in der Stadt, sind nur sehr begrenzt.

Die „Aktion Noteingang"

Im März 1999 wurde die „Aktion Noteingang" an die Jugendlichen des Evangelischen Jugendkellers durch Bernauer VertreterInnen herangetragen, die uns über Sinn, Zweck und Durchführung dieser Aktion informierten. Es fanden sich etwa 15 Jugendliche, die Lust hatten, die Durchführung von „Aktion Noteingang" in Eberswalde zu übernehmen. Beim ersten Treffen einigten wir uns auf eine Testphase, die in der Hauptverkehrsstraße der Stadt durchgeführt werden sollte. Diese Straße teilten wir in verschiedene Bereiche, die dann von jeweils zwei Personen bearbeitet werden sollten. So wurde jedem Laden persönlich ein Brief, der die Aktion in Ansätzen erläuterte und einen baldigen Besuch von VertreterInnen der Aktion ankündigte, überreicht. Diese sollten nach zwei Wochen mit den Fragebögen und den Aufklebern in die Geschäfte gehen und die entscheidenden Gespräche führen.

Allerdings stellten sich bald Schwierigkeiten innerhalb der Gruppe heraus, auf die unten noch kurz eingegangen wird. Die Besuche, die stattfanden, zeigten erwartungsgemäß unterschiedliche Reaktionen: wir wurden freundlich aus den Läden gebeten, wir erlebten Angst aber auch Unverständnis („Wir sind doch nicht im Bürgerkrieg"), andererseits auch Zivilcourage und Dankbarkeit für diese Aktion.

Wie schon erwähnt, gab es innerhalb der Gruppe Probleme. Aus verschiedenen Gründen (Abitur, zu viele andere Aktivitäten einzelner Personen) fanden viele „Päarchen" keine gemeinsame Zeit, um die Aktion durchzuführen. So verlief diese meist nach dem Antrittsbesuch im Sande und weder Aufkleber noch Fragebögen wurden verteilt. Das schlechte Gewissen, der nahende Sommer und die schwierige Konstellation der Gruppe (Alter zwischen 14 und 21 Jahren) ließen die Motivation schnell sinken, viele vereinbarte Treffen fielen aus. So ist die „Aktion Noteingang" zur Zeit im Winterschlaf und ob sie daraus geweckt wird, ist leider noch nicht klar.

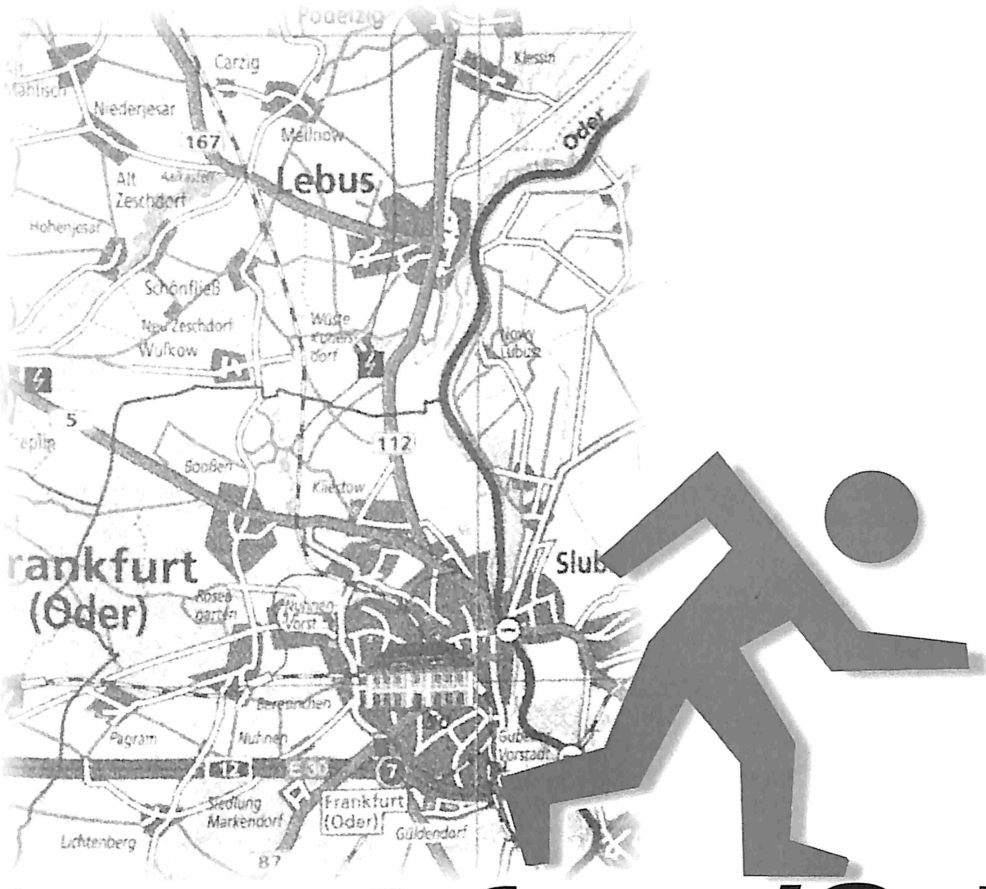
Es ergaben sich auch weitere Probleme. Die Rolle der Bernauer Gruppe ist uns nicht bewußt gewesen. So faßten wir Beschlüsse, ohne diese vorher mit Bernau zu klären. Die Fragebögen nahmen wir aus der Aktion heraus, da gerade diese häufig zu noch größerem Unverständnis führten. („Wir sind schon oft bespitzelt worden, wenn wir wieder was ausfüllen sollen, könnt ihr gleich gehen") Somit ist nun aber die "Aktion Noteingang" für die Gesamtauswertung nicht greifbar. Des weiteren übernahm des Netzwerk fast gleichzeitig die Aktion, jedoch ohne Absprache mit dem Jugendkeller und der Initiativgruppe. Es wandte sich an den Bürgermeister, der daraufhin die Aktion unterstützte und den öffentlichen Einrichtungen das Anbringen des Aufklebers nahelegte. Das widerspricht aber dem eigentlichen Konzept der Aktion nach unserer Sicht.

Es soll keine Aktion sein, die nur um ihretwillen stattfindet, wir wollen mit dieser Aktion den Diskurs in der Stadt, die Auseinandersetzung, eine Positionierung und die Themen „Faschismus & Rassismus" auf die Tagesordnung setzen. Wäre eine ganze Stadt begeistert von der Aktion, so wäre dies zu begrüßen und dennoch falsch. Wir wissen doch von dem Vorherrschen fremdenfeindlicher Tendenzen, wir wissen doch von Übergriffen, TäterInnen und der Mittäterschaft der großen schweigenden Masse. Wir hätten unsere Arbeit falsch getan, wir hätten die Inhalte nicht richtig rübergebracht, wäre solch „Wort von oben" (Bürgermeister & Gewerbeverbände) eine Anbiederung um das gute Bild der Stadt willen. Auch diese drohende Entwicklung hat uns untätiger werden lassen, zumal ein Gespräch zwischen einer Jugendlichen der Initiativgruppe und dem Bürgermeister ergebnislos verlief, wobei die Gründe dafür sicher auch in der ungenügenden Beachtung und Wertschätzung dieser Jugendlichen von Seiten des Bürgermeisters Schulz zu suchen sind.

Positiv zu beachten ist auch die Beteiligung der örtlichen Fachhochschule an der Aktion, die jedoch nur in soweit verlief, daß die Fachhochschule ohne Absprache mit der Initiativgruppe 20 Aufkleber bekam und diese dann öffentlichkeitswirksam an ihren Gebäuden anbrachte. Ebenso bekamen wir einen Anruf von der Polizeipräsidentin Uta Leichsenring. In dem teilte Sie uns mit, daß sie gleich einen Fahrer(!) schicken würde und 30 Aufkleber haben möchte. Ohne daß die Initiativgruppe je mit Frau Leichsenring Kontakt hatte, nahm sie diese Aktion dankbar auf. Wir wissen über den Verbleib der Aufkleber bis heute nichts.

Insgesamt hängen in Eberswalde 22 Aufkleber, davon zwei in Geschäften und 20 an der FH.

Die Entscheidung über die Weiterführung der „Aktion Noteingang" in Eberswalde wird nach den Sommerferien geklärt.



Frankfurt/Oder

Frankfurt/Oder ist Wohnort von etwa 3.000 AusländerInnen, davon sind etwa 300 AsylbewerberInnen. Sie gehören zur sozial ausgegrenztesten Gruppe der Stadt. Für AusländerInnen und nicht rechts denkende Jugendliche ist es nicht immer ungefährlich, sich in der Stadt zu bewegen. Besonders in Neuberesinchen, einem Neubaustadtteil, aber auch öfter in der Nähe des Bahnhofs und im Zentrum der Stadt, kommt es zu Bedrohungen und Überfällen durch rechtsradikale Schlägerbanden.

Rechte Übergriffe in der Stadt

So führten Mitglieder des NPD-Stadtverbandes den Mob an, der am 16. Januar 1999 den marokkanischen Asylbewerber El Yasid auf dem Bahnhof zusammenschlug. Häufig werden in rechten Cliquen organisierte Jugendliche zur Erfüllung der schmutzigen, menschenverachtenden Ziele der NPD mißbraucht. Der - selbst den Verantwortlichen der Stadt und der Polizei auffallende Anstieg rechter Einstellungen, rechten Auftretens und rechtsextremer Gewalt führte jedoch von ihrer Seite zuerst lediglich zu dem Versuch, „Friedensgespräche" zwischen Neonazis der NPD und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, zu organisieren. Des weiteren forcieren einige Verantwortliche der Stadt den Abbau von Mitteln auch auf dem Gebiet der Jugendsozialarbeit, was unsere Bedingungen für alles, was die Jugendarbeit betrifft, erheblich und zusätzlich erschwerte.

Gegenaktivitäten

Dem versuchen die in der „Plattform gegen Rechts" tätigen Gruppen und Einzelpersonen Alternativen entgegenzusetzen. Gemeinsame Flugblätter wurden erarbeitet, Diskussionsabende und antifaschistische Stadtspaziergänge organisiert, Infostände der NPD sowie deren Aufmarsch mit vielfältigen

Aktionen behindert. Gleichzeitig wird versucht, die PassantInnen über die menschenverachtenden Ziele der Rechten aufzuklären. So engagieren sich die KOWA (Koordinierungsstelle Wissenschaft und Arbeit), die JungdemokratInnen/Junge Linke, der BAFF (Bund der Antifaschisten Frankfurt/Oder) und die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) auf dem Gebiet der Bildungsarbeit, und Gruppen wie die „Schweißwarzen" und der „Utopia e.V." versuchen, Bildung mit der Schaffung von Gegenkultur zu verbinden. „Utopia e.V." hat es sich zur Aufgabe gemacht, Freundschaft und Solidarität bzw. mindestens Toleranz erfahrbar zu machen.

Beginn der „Aktion Noteingang"

- Öffentliche Einrichtungen -

Am 8. März 1999 startete „Aktion Noteingang" mit großer Medienaufmerksamkeit und dem öffentlichkeitswirksamen Anbringen des ersten Aufklebers durch den Oberbürgermeister Pohl. Im Vorfeld hatte es zahlreiche Möglichkeiten für Gespräche zwecks Arbeitsteilung unter den Gruppen und Möglichkeiten der Mitarbeit gegeben. Trotz starker Bemühungen, war kontinuierliche Zusammenarbeit nur bedingt möglich: Einige UnterstützerInnen beschränkten sich auf das Anbringen der Aufkleber in ihrem Umfeld, andere versuchten einen ganzen Stadtteil abzudecken, sahen aber bald ihre Hoffnungen angesichts der Ignoranz bzw. Angst vieler LadenbesitzerInnen enttäuscht. Das Anbringen recht zahlreicher Aufkleber an öffentlichen Einrichtungen und Behördengebäuden (sogar an der Ausländerbehörde - welch Hohn!!!) vollzog sich in einer Art Selbstlauf, verursacht durch die positive Einstellung der Verantwortlichen der Stadt. Wir können daher keine Schlußfolgerungen bezüglich der Einstellungen und Reaktionen der MitarbeiterInnen ziehen.

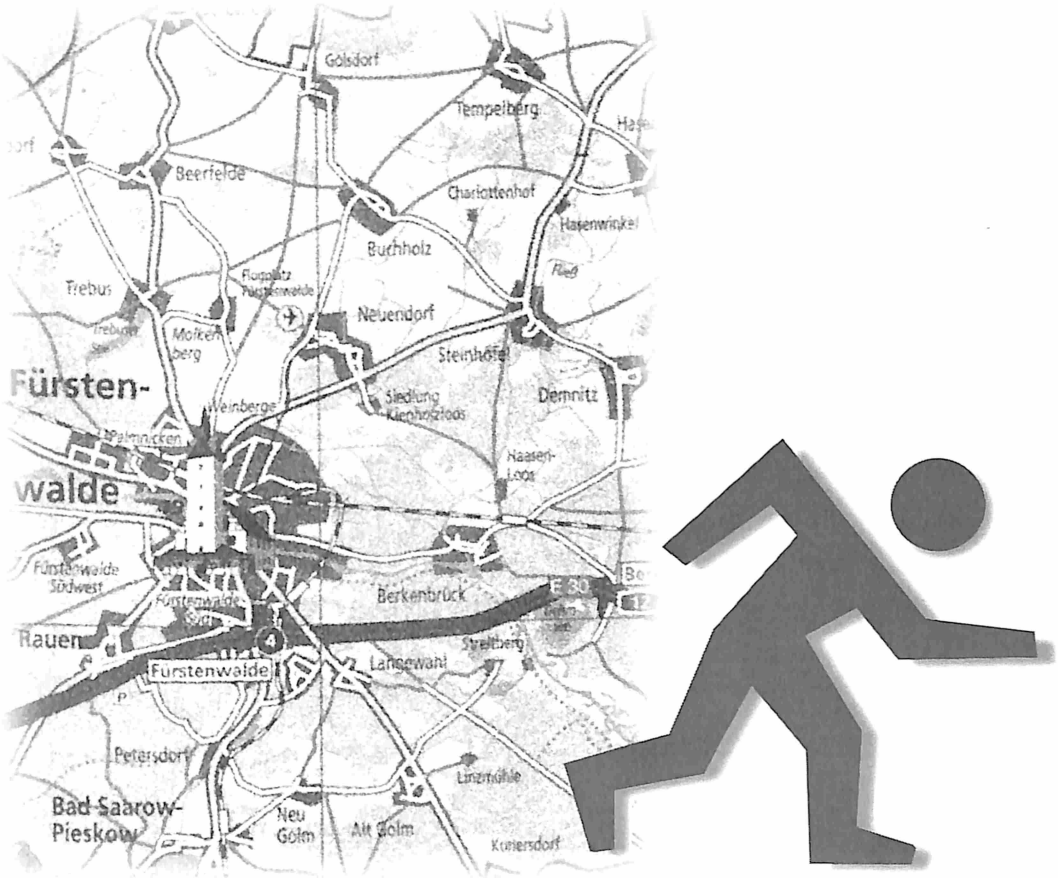
Ergebnisse der Befragungen

- private Geschäftsleute -

Anders bei den privaten Geschäften: von 113 besuchten Läden, Gaststätten etc. brachten gerade elf (11) den Hilfe anbietenden Aufkleber an. Selbstverständlich gab es auch sonst noch einige positive Reaktionen, die uns auch Mut gemacht haben, aber wir wollen die zahlreichen rassistischen Vorurteile und dieses Abwägen des Wertes einer Fensterscheibe gegenüber dem moralischen Wert der Zivilcourage, wie es die AktivistInnen der „Aktion Noteingang" zu hören bekamen, nicht unter den Teppich kehren.

Solche Äußerungen sind für uns ein Zeichen für den entstandenen Nährboden für rassistische Gewalt und für die gesellschaftliche Akzeptanz der Rechtsextremisten. Hinzu kommt, daß der Eindruck entstanden ist, daß Diskussionen und Kommunikation in den Kollektiven über gesellschaftlich relevante Themen in Frankfurt zur Seltenheit gehören. Mit dem Anliegen unserer Aktion haben sich die meisten Leute, denen wir die Fragebögen gaben, offensichlich nicht auseinandergesetzt - es gab kaum oder keine Debatte innerhalb der befragten Betriebe und Insitutionen. Eine Auseinandersetzung mit Rassismus findet nicht statt.

Solchen Tendenzen sollte auch entgegen gesteuert werden - hier müssen wieder Lernprozesse bezüglich innerbetrieblicher Demokratie einsetzen.



Fürstenwalde

Allgemeines zur Stadt

Auf halbem Wege zwischen Berlin und Frankfurt/Oder gelegen, zählt Fürstenwalde zu den ältesten Städten des Oder-Spree-Seengebietes. Mit ca. 34.000 Einwohnern, über 2.000 Gewerbebetreibenden und einer Stadtfläche von ca. 70,5 qkm ist Fürstenwalde nach Eisenhüttenstadt die zweitgrößte Stadt im Landkreis. In Fürstenwalde leben 1.028 (Stand September 1998) ausländische Bürger aus 68 Nationen, darunter sind 565 Flüchtlinge und 71 EU-Bürger. Das sind etwa 30% der ausländischen Bevölkerung des Landkreises. Die Stadtverordnetenversammlung hat aufgrund der Größe der Stadt 32 Sitze. Stärkste Fraktion ist die SPD. Mit den Wahlen vom September '98 ist die NPD mit zwei Mandatsträgern in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Rechtsextremistische Potentiale in Fürstenwalde

Innerhalb des Altersbereiches von Jugendlichen in der Stadt Fürstenwalde gibt es Gesellungen, die sich vorwiegend auf öffentliche Räume mit spezifischen soziokulturellen Merkmalen konzentrieren. Zu diesen Räumen gehören unter anderem Jugendclubs, Gaststätten, Spiel- und Kommunikationsplatz, Wohngebiet, Sporteinrichtung überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen und Schulen. Darüber hinaus werden durch diese Gesellungen Wohnungen für Zusammenkünfte und Feierlichkeiten genutzt. Von ihrer Entstehung her handelt es sich zumeist um peer-groups, die sich in einem Entwicklungsprozeß zu einer Szene verknüpfen und intensiv örtlich und überörtlich miteinander kommunizieren. Dies stellt eine besondere Form von Organisiertheit dar, über die jederzeit kri-

minelle, ideologische und politische Aktionspotentiale entstehen können. Innerhalb der Gruppierungen und der Szene gibt es im städtischen Kontext hierarchische Statusmuster. Eingeschlossen hierin ist das Funktionsmoment der Führung der Gruppe und der Szene im Sinne von An- und Meinungsführerschaft. Bei den jüngeren rechtsorientierten Jugendlichen sind es zumeist ältere Geschwister oder die „Großen", die zum Teil schon aus der Schule 'raus sind. Identitätsstiftend sind dabei die „Heldentaten" der älteren Jugendlichen. Sie haben für die Kids zu meist eine Art „Vorbildfunktion". Eine hohe Gewaltbereitschaft und verstärkte Aggressionspotentiale werden so befördert. Wobei die Gewalt auf bestimmte Opfergruppen zielgerichtet ist. Es geht dabei kaum um übergreifende politische Zusammenhänge, sondern um subjektive Ideologien, die davon ausgehen, daß Fremdes - wie andere Kulturen, Lebensweisen, politische Auffassungen - „undeutsch" ist und deshalb mit Mitteln der Gewalt bekämpft werden muß. Marginalisierte Jugendliche verfügen dabei über sehr hohe Aggressionspotentiale bei einer gleichzeitig geringen Ausprägung von Hemmschwellen. Ca. 20 Schüler der Förerschule befinden sich in solchen Zusammenhängen. Sie haben im öffentlichen Raum kaum Anlaufpunkte und treffen sich daher oft in den Wohnungen ihrer Eltern. In anderen Gruppen tritt das direkte Moment der Führung hinzu, wenn die Gruppe in den Kontext einer politischen Struktur eingebunden ist oder über sogenannte „Freie Nationalisten" angeleitet wird. Insbesondere die NPD/JN agieren hier in Fürstenwalde aktiv. Im Zusammenhang mit verschiedenen Wahlkampfaktivitäten rekrutieren sie eine zunehmende Zahl von insbesondere jungen Menschen. Der Einzug von zwei Kandidaten der NPD bei den letzten Kommunalwahlen in das Stadtparlament verweist auf eine zunehmende Akzeptanz der NPD auch innerhalb der Wahlbevölkerung. 5,2% der Fürstenwalder Wähler gaben ihre Stimme zugunsten der NPD ab. Zu den Bundestagswahlen im Herbst 1998 erhielt die DVU: 429 Stimmen, die REP: 325 Stimmen und die NPD: 322 Stimmen. Zusammen sind das 6,32% aller in Fürstenwalde abgegebenen Stimmen.

Subkulturelle rechte Strukturen

Nicht neu für Fürstenwalde sind verschiedene Strukturierungsversuche im Bereich rechter Subkulturnetzwerke. Diese Netzwerke wie „Blood & Honour" haben sich bereits vor einigen Jahren - zunächst im Ausland - aus Teilen der Skinhead-Bewegung gebildet. Sie untergliedern sich in nationale „Divisionen" und regionale „Sektionen". Die Brandenburger Sektion der „Blood & Honour" - Bewegung ist insbesondere durch Fürstenwalder Jugendliche aufgebaut worden. Gegenwärtig gibt es Verquickungen zwischen rechtsextremistischen politischen und subkulturellen Optionen mit Bestandteilen des sog. Organisierten Verbrechens (Schutzgelderpressung u.a.m.), in welche auch Fürstenwalder Skinheads involviert sind. Deren hiesige Untergliederungen unterhalten Kontakte insbesondere zu den entsprechenden Sektionen in Berlin und Sachsen. Andere rechtsextremistische Zusammenhänge zeigen sich in Gruppierungen wie der „National White Hope", den „Urban Fighters" oder der „National White Youth" die sich nach eigener Aussage „ausschließlich dem Fußball" widmen wollen. Das dominante Wesensmerkmal dieser Gesellungen und der Szene ist die kulturelle, ideologische und politische Orientiertheit in den Bereich des Rechtsextremismus hinein. Gleichzeitig ist damit die Repräsentanz des Rechtsextremismus in der Stadt errichtet. Das Stadtbild wird so auch durch die Präsenz von Jugendlichen mit klassischem rechten Outfit geprägt. Derweil zeichnen sich bei den jüngeren rechtsorientierten Jugendlichen keine festen Anlaufpunkte ab. Zugleich gibt es eine untrennbare Kombination mit der Kriminalität, insbesondere der Gewaltkriminalität, die sich gegen Personen und Sachen richtet. Überwiegend handelt es sich bei derartigen Straftaten um Handlungen, die einen direkten Bezug zur Identität der Szene besitzen und zu deren Erhalt unternommen werden. Das sind keine direkt politisch motivierten Straftaten, sondern ideologisch-symbolistische Handlungen, die auch einen objektiven politischen Funktionalwert haben. Die Gewalttaten richten sich zumeist gegen Linke („Zecken"), Ausländer, „Assis". Das Feindbild „Jude" ist präsent und wurde in Straftaten umgesetzt.

Neben Straftaten gibt es Machtdemonstrationen, die für sich nicht immer einen kriminellen Gehalt haben, aber einen öffentlichen Druck ausüben, der bis zur Selbstzensur demokratischer Artikulation gehen kann. Durch rechtsextreme Organisationen und kulturelle Anbieter konnten in den letzten zehn Jahren dauerhaft in einem anwachsenden personellen Raum Jugendlicher Basisgruppierungen strukturiert werden, die als soziale Generatoren der Orientierung hin auf den Rechtsextremismus wirken. Es gibt seitens rechtsextremer Organisationen Ansätze einer offenen Jugendarbeit mit „ganzheitlichem" Ansatz, der kulturelle, ideologische, politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte einschließt und darauf hinarbeitet, die Szene als eine Kontrastgesellschaft zu formatieren.

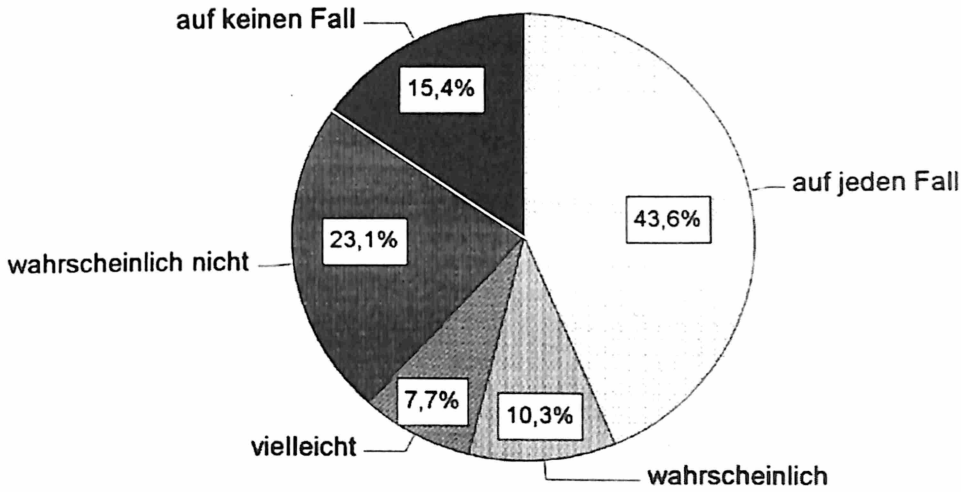
Gegenwärtig ist festzustellen, daß ideologische und kulturelle Komponenten des Rechtsextremismus über die Szene hinaus bei vielen Jugendlichen als Lifestyle-Muster verinnerlicht sind, wie das öffentlich dargestellte Erfahrungen von Lehrern und Sozialarbeitern sowie

eine Untersuchung u.a. in Fürstenwalder Schulen belegen. Auffällig ist, daß es Fälle gibt, in denen Kinder außerhalb der Strafmündigkeit mit Gewalt gegenüber Kindern von Ausländern aus suggerierter Ausländerfeindlichkeit in Erscheinung traten. Von besonderer Bedeutung ist die Vermittlung rechtsextremer sozialer Werte und ideologischer Orientierungen über Kulturangebote. Zum einen setzt hier die Musik der rechtsextremen Skinheadbands (einschließlich ihres Zine-Wesens) Zeichen. Zum anderen gibt es eine wachsende Akzeptanz rechtsextremer Liedermacher, wie Hähnel oder Rennicke, die mittlerweile Kultstatus genießen. Die Ästhetik wird zielgerichtet für den Transfer von ideologischen Symbolen, von Feindbildern, Visionen, von Geschichts- und Politikbildern eingesetzt. Besonders häufig werden in Fürstenwalde CD-Produktionen aus dem rechtsextremen Label Moderne Zeiten konsumiert. Kultbands sind u.a. Freikorps, Stuka, Noie Werte, Kahlschlag, Volkstroi, Macht und Ehre, Landser... Die Bemühungen von Fürstenwalder Rechten, ein eigenes Bandprojekt wie seinerzeit Querschläger (Fürstenwalde) oder Volkstroi (Beeskow) wiederzubeleben, sind nicht aufgegeben. In den Kontext relativer organisatorischer und kommunikativer Strukturierung direkt eingebunden sind gegenwärtig ca. 40 Jugendliche und Heranwachsende. Im grauen Umfeld muß man ca. 80 weitere Jugendliche hinzuzählen.

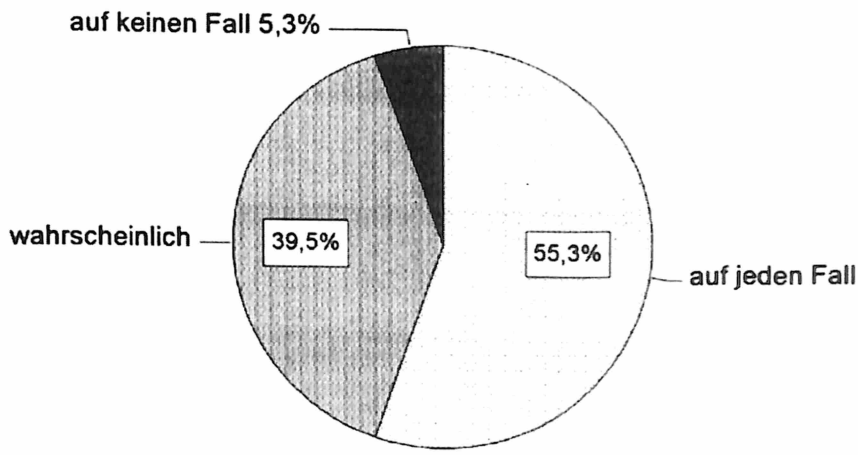
Antirassistische Initiativen

Für Toleranz, Humanismus und Menschenrechte engagieren sich in Fürstenwalde die im September 1998 gegründete „Plattform gegen Rechts" (mit Vertretern der SPD, PDS, FDP, Bündnis'90/Die Grünen, Neues Forum, die antifaschistische Gruppe Weiße Rose, Institutionen, Vereine und Persönlichkeiten aus gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen der Stadt), die Koordinierungsgruppe für gemeindliche Zusammenarbeit beim Bürgermeister, das Projekt „Jugend gegen Gewalt" der Rahn-Schule, das Mobile Beratungsteam der RAA, Opferperspektive, Club im Park und weitere progressive Einrichtungen und Vereine, die besonders alternative Initiativen für verschiedene Bevölke-

Ich bringe den Aufkleber an...



Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...



rungsgruppen bieten. Die Volkshochschule positionierte sich z.B. mit dem im letzten Jahr gelaufenen Projekt „Rechtsextremismus heute". Sie bot unter anderem Bildungsveranstaltungen zu folgenden Themen an.: „Rechtsextremismus heute - Ursachen und Auswirkungen", „Was ist Rechtsextremismus", „Die neue Rechte und Demokratie" und „Rechtsextremismus in Brandenburg". Gegenwärtig engagiert sich die Volkshochschule in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt im Bereich der Umschulung von Arbeitslosen. Das gemeinsam entwickelte Curriculum beinhaltet Unterrichtseinheiten, in denen die Umschüler Informationen zu der Situation der Ausländer in Deutschland erhalten.

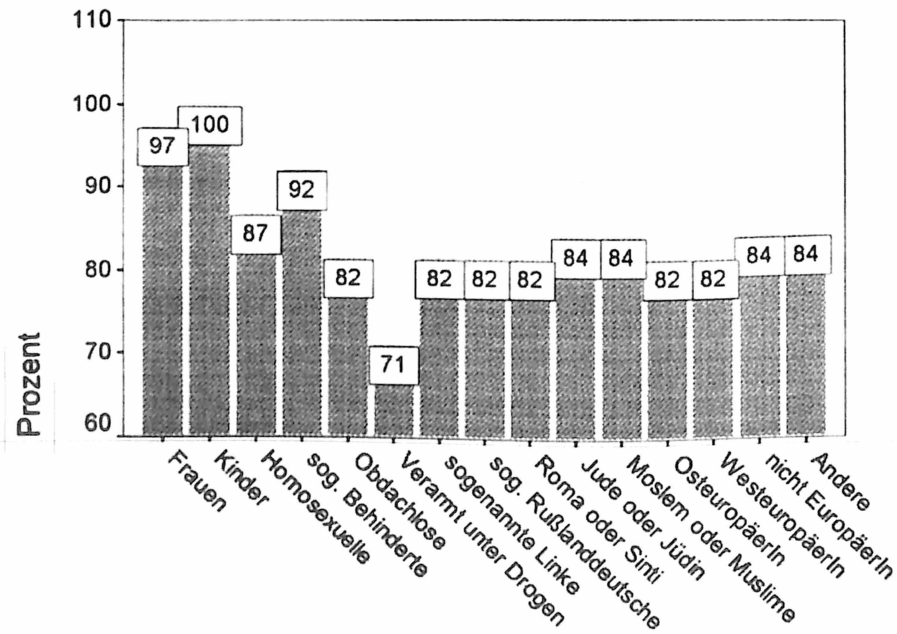
Erste Schritte in Fürstenwalde

Erste Information über die „Aktion Noteingang" erhielten wir, die „Plattform gegen Rechts - Fürstenwalde", von Mitgliedern der Plattform - Frankfurt/Oder und entschlossen uns nach heftigen Debatten des „Für und Wider", die Aktion auch in unserer Stadt zu starten. Noch im Dezember 1998 wurde dafür die Mehrheit der Mitglieder der Plattform gewonnen. Hemmend wirkte sich aus, daß zu diesem Zeitpunkt noch Unklarheit über die zu verwendenden Materialien bestand und lediglich Entwürfe für den Aufkleber und das Plakat bekannt waren. Nach Informationen durch Strausberger Aktionsteilnehmer, nochmaliger Diskussion mit ihnen in der Plattform und tatkräftiger Unterstützung von Mitgliedern des Mobilen Beratungsteam RAA, übernahm im Februar 1999 der „Arbeitskreis Jugend" der Plattform die Bildung der AG „Aktion Noteingang" und begann mit zehn Jugendlichen und drei weiteren Mitgliedern die Arbeit. Die Aktion wurde durch die AG zentral geleitet und basiert bis heute auf dem Prinzip der persönlichen Verantwortung. Über Gespräche zum Projekt, dem Austausch von Fragen und Argumenten zum „Für und Wider", kamen wir zu einem besseren Selbstverständnis für den Sinn der Aktion. Unterstützung bekamen wir besonders von der Ausländerbeauftragten des Landkreises Oder-Spree, von Vertretern der Evangelischen Kirche, den Moderatoren der Plattform, R. Killisch und Pfarrer M. Haupt, von Abgeordneten des Bündnis'90/Die Grünen und der PDS und von Geschäftsleuten, wie z.B. Elektromeister H. Luban, dem Geschäftsführer des Wirtschaftsfördervereins H. Sobe, von Ärzten, vom Leiter der Kulturfabrik H. Stachat und weiteren Mitgliedern der Plattform. Unser Hauptziel war und ist das persönliche Gespräch mit den Geschäftsleuten, Ärzten, Vertretern öffentlicher Einrichtungen, Firmenbesitzern und ihren Mitarbeitern über die gesellschaftliche und politische Notwendigkeit einer solchen Aktion. Dabei steht nicht der Faktor Schutz im Vordergrund, dieser kann real nicht zu jeder Zeit geleistet werden, sondern das Erkennen und Begreifen der Gefahr von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und die Notwendigkeit, davor nicht die Augen zu verschließen. Gemeinsam das Bild der Stadt mit Toleranz und Humanismus zu prägen - dieses Gefühl der Gemeinsamkeit läßt Zivilcourage wachsen.

Vorbereitungen für die „Aktion Noteingang"

Bewährt hat sich die Straßenaufteilung nach Schwerpunkten und die Zusammenarbeit von je zwei AG-Mitgliedern. Bei der Weiterführung der Aktion im Sommer/Herbst '99 werden die Jugendlichen mehrere Erwachsene der Plattform an ihrer Seite haben. Bei einigen Gesprächen zeigte sich, daß nicht jeder Geschäftsmann bereit ist, sich auf unser Anliegen einzulassen, wenn es nur von Jugendlichen angetragen wird. Das engagierte Wirken unserer Ausländerbeauftragten ermöglichte uns, die Aktion ganzen Geschäfts- und Unternehmensgruppen vorzustellen. Auch hierbei bewährte sich, daß die Jugendlichen von Erwachsenen der Plattform unterstützt wurden. Wenn nicht die große Mehrheit der Gesprächsteilnehmer sofort bereit waren, den Aufkleber anzubringen, so zeigte sich doch Wirkung. Zu den Ergebnissen gehört, daß NCC-Siab an allen fünf Niederlassungen den Aufkleber anbringt, beide großen Ärztehäuser in Fürstenwalde, das Katholische, das Städtische und das Geschwister-Scholl-Gymnasium, Geschäfte im Stadtkern, in der August-Bebel-Straße, der Eisenbahnstraße, der Wriezener Straße, das Rathaus mit seinem Rathauscenter, die Kulturfabrik, der Sitz der Kreishandwerkerschaft, die

Wem wird nach gewalttätigen Übergriffen Hilfe eingeräumt?



	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	130	40	68
Prozent		31 %	52 %

Fleischerei Henkel, Stinnes-Baumarkt, das Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof", Einrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche sowie Jugendeinrichtungen, Gaststätten und Apotheken den Aufkleber als Zeichen von Toleranz und Zivilcourage angebracht haben.

Die AG Noteingang setzte nicht nur auf die Form der persönlichen Gespräche, sondern nutzte alle Möglichkeiten im Rahmen der Plattformarbeit. Eine ausgesprochen spannende Zeit war der März/April 1999, als R. Killisch und I. Czerwinski die Koordinierungsgruppe für gemeindliche Zusammenarbeit beim Bürgermeister über die Arbeit der Plattform und die „Aktion Noteingang" informierten, sich mit der Vielzahl von Gegenargumenten, Vorbehalten und auch Desinteresse auseinandersetzten. Fazit war eine grundsätzliche Verständigung zum gemeinsamen Anliegen, zum gemeinsamen Interesse - für eine demokratische, tolerante Stadt -, und im Ergebnis erarbeitete eine Gruppe von Vertretern beider Gremien die „Fürstenwalder Erklärung". Diese Erklärung, deren Inhalt sich konsequent gegen Rechtsextremismus richtet und der Prozeß, der zu ihrem Entstehen führte, halfen uns wesentlich. Wir nutzten aber auch das Jugendwochenende „Vielfalt statt Einfalt" im April, um Medienvertreter aus Berlin-Brandenburg und Fürstenwalde zusammenzuführen, und mit ihnen gemeinsam zu beraten, wie die „Aktion Noteingang", die Arbeit der Plattform, sowie die Ängste und Nöte ausländischer Bürger, der Jugend und ihre Aktionen Eingang in Presse, Funk und Fernsehen finden können.

Reaktionen in Fürstenwalde

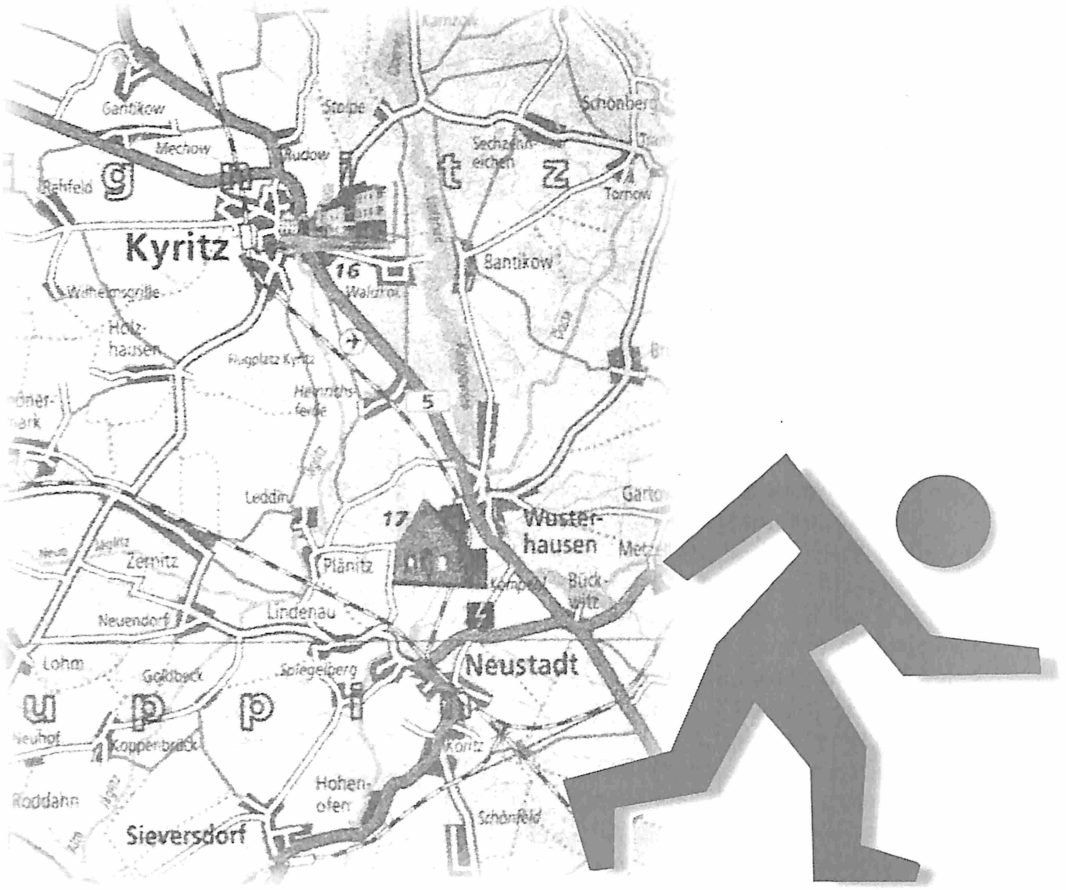
Nach vier Monaten, die geprägt waren von über 120 Gesprächen, Teilnahmen an öffentlichen Veranstaltungen, Unternehmentreffs, Straßeneinsätzen im Rahmen der Plattform, Plakataktionen, usw., eröffneten wir am 19. Mai 1999 mit einer zentralen Kundgebung die „Aktion Noteingang". Von den 80 Geschäftsleuten, die ihre Teilnahme zusagten, haben 68 den Aufkleber angebracht. Zurückgetretene und Nein-Sager begründeten ihre Ablehnung sehr unterschiedlich. Die Argumente reichten von: Formulierung „rassistische-faschistische Gewalt" ist zu eingeengt, zu links und zu konkret, zu antifaschistisch,..., „mein Geschäft soll politisch neutral sein, ich will mein Kundschaft nicht verlieren, der Aufkleber reizt zu Gewalt", bis zu „ich bekomme Drohungen, man fragt, ob die Scheiben noch ganz sind...". Nicht wenige Geschäftsleute erklärten, daß sie jedem Menschen in Not helfen würden. Eine solche Aktion könne nichts bewirken. Regierung, Politiker, Justiz und Polizei müßten endlich wirklich etwas gegen Ausländerhaß und die Gefahr des Faschismus tun. „Wenn es darauf ankommt, werden doch die Rechtsextremisten geschützt.".

Die Beweggründe für die nunmehr 68 Teilnehmer der „Aktion Noteingang" in Fürstenwalde sind von folgenden Grundaussagen geprägt: Die Aktion hilft Humanismus, Toleranz und Zivilcourage zu zeigen; wir würden sowieso helfen, machen aber mit, weil es an der Zeit ist zu zeigen, daß viele Fürstenwalder gegen Fremdenfeindlichkeit, Jagd auf Andersdenkende, Behinderte oder Schwächere sind; wir wollen ein buntes und kein braunes Fürstenwalde, wir wollen helfen, das Stadtbild zu verändern, den Ruf der Stadt zu verbessern; aus den Parteien kommt zu wenig bzw. gar nichts gegen die Gefahr des Rechtsextremismus, Reden von Wertegemeinschaft, Toleranz, Gleichheit und Brüderlichkeit verkommen angesichts des Verschweigens oder Verdrängens der Probleme zu Floskeln; diesem Ausländerhaß muß endlich eine öffentliche Meinung entgegengesetzt werden, wir wollen nicht zusehen, wie eine breite Masse Auge und Hirn verschließt vor dem, was sich breit macht; die Formel „Wehret den Anfängen..." stimmt schon lange nicht mehr, das sind keine Anfänge mehr, das hat sich etabliert und wird zur Normalität, wir wollen, daß die Teilnahme an der Aktion den noch Zögernden Mut macht, daß man stolz auf diese Stadt und ihre Bürger sein kann.

Weiterarbeit mit der „Aktion Noteingang"

Mit folgenden Zielen wird die „Aktion Noteingang" in Fürstenwalde weitergeführt:
Weitere Persönlichkeiten, private und öffentliche Institutionen der Stadt für die Teilnahme zu gewinnen; mit einer Vielzahl von Bürgern über die Gefahr des Rechtsextremismus und die Rolle der rechtsextremistischen Parteien ins Gespräch kommen; Denkanstöße setzen, daß die Aktion Mut zur Zivilcourage wachsen läßt, der Aufkleber das Stadtbild durchaus im Sinne einer menschenfreundlich-toleranten Stadt prägt; Gegenöffentlichkeit gegen die Verharmlosung rechter Gewalt, das Wegschauen, die Gleichgültigkeit schaffen, Bürger aufrütteln, etwas für Toleranz, Menschlichkeit und Demokratie zu tun.
So kann die „Aktion Noteingang" die Achtung des Menschen überhaupt mehr ins öffentliche Bewußtsein rücken. Sie wird in Fürstenwalde ohne Zeitbegrenzung - durch den Arbeitskreis Jugend bei gewachsener Beteiligung von Plattform-Mitgliedern - weitergeführt.

Plattform gegen Rechts - Fürstenwalde
MBT- Fürstenwalde
- für Toleranz, Humanismus und Menschenrechte
- gegen Rechtsextremismus, Rassismus, und Antisemitismus



Kyritz

Allgemeines zur Stadt

Kyritz hat etwa 10.000 EinwohnerInnen, nur wenig TouristInnen, einen Verein der Gewerbetreibenden, kaum kulturelles Angebot (kein Kino, kein Theater, kein Museum...). Neustadt, ein in der Nähe liegendes Dorf, hat ca. 7.000 EinwohnerInnen und ist als „Stadt der Pferdezucht" bekannt (Haupt- und Landgestüt), auch hier gibt es kaum kulturelles Angebot.

Situation

Auffällige Rechte durch Outfit etc. sind in einer überschaubaren Zahl vorhanden. Übergriffe fanden in den letzten Jahren nicht statt oder wurden nicht bekannt. Der letzte Übergriff in Neustadt (Dosse) fand im Jahre 1995 statt, bei dem zwei rechte ortsansässige Jugendliche einen alten Mann (Asylbewerber) zusammenschlugen. Die Jugendlichen kamen nach einer Nacht Untersuchungshaft wieder frei.

Bis auf einen Zwischenfall in diesem Jahr in Kyritz, bei dem ca. 15 offensichtlich Rechte aus Kyritz und Umkreis (Wittstock, Pritzwalk etc.) eine Geburtstagsparty störten, die in den Räumen der Aktionsgruppe durchgeführt wurde, konnte Schlimmeres verhindert werden. Die Polizei erschien trotz mehrmaliger Anrufe und persönlichen Aufsuchens auf dem Revier, nicht vor Ort. Pöbeleien gegenüber ausländischen MitbürgerInnen und offensichtlich Linken, kommen des öfteren vor. Rechtes Propagandamaterial (bis auf Parteienwerbung) kommt verhältnismäßig wenig vor.

Situation von Betroffenengruppen

Nichtrechte Jugendliche und Rechte leben meist nebeneinander her oder gehen sich aus dem Weg. Gewisse Lokale, Clubs oder Spielotheken, die meist von Rechten besucht werden, werden gemieden. Am Tage ist es im gesamten Stadtgebiet möglich, sich ohne Angst zu bewegen. Im Kyritzer Einkaufscenter schloß jedoch ein italienisches Restaurant, nachdem der Besitzer des öfteren von Rechten bedroht wurde.

Dominanz von Rechten im öffentlichen Raum

Im Alltag fallen die Rechten nur durch auffälliges Benehmen oder Autoaufkleber, T-Shirts, Aufnäher etc. (White Power, Ich bin stolz..., Skrewdriver) auf. Spuckis und ähnliches tauchen eher selten auf. Zur Zeit der Wahlen mehrte sich jedoch beachtlich NPD- und DVU-Propagandamaterial.

Fast jeden Dienstag (Markttag in Kyritz) ist auf dem Markt ein Stand zu finden, der Armeeartikel und diverse T-Shirts und Aufnäher verkauft. Im letzten Jahr wurden hier auch NPD-Flyer gesehen. Dieser Stand wird von rechten Jugendlichen gerne aufgesucht. Kameradschaften oder ähnliche Strukturen sind nicht bekannt, jedoch kennt sich ein großer Teil der rechten Jugendlichen untereinander.

Die Parteien haben in Neustadt (Dosse) und Kyritz folgende Rangfolge:

1. SPD
2. CDU
3. PDS
4. FDP

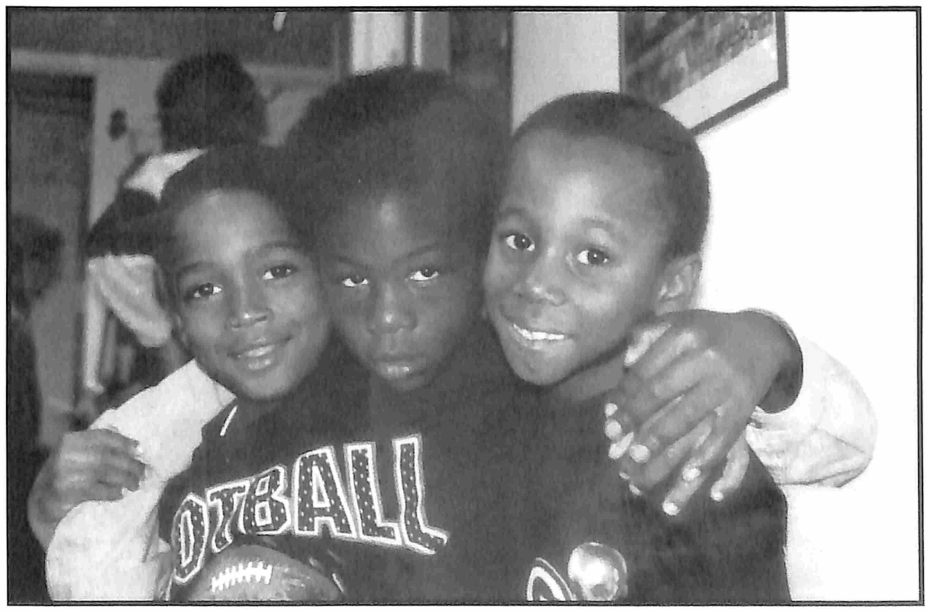
Die Bürgermeisterin aus Kyritz, Frau Stewin, ist parteilos. Die Bürgermeisterin aus Neustadt (Dosse), Frau Genger, gehört der SPD an. Die meisten Gewerbetreibenden in Kyritz sind jedoch Mitglieder der CDU, die Unterschriftenkampagne gegen die Initiative von SPD/Bündnis´90/Die Grünen zur sogenannten „Doppelten Staatsbürgerschaft" wurde auch in deren Geschäften und nicht „öffentlich" durchgeführt. Rechte Par-teien - wie REP, NPD und DVU - spielen noch nicht die große Rolle. In beiden Städten jedoch versucht der „Bund freier Bürger" Fuß zu fassen.

Es gibt in Kyritz kein nicht-rechtes Jugendprojekt, es finden sich jedoch für Aktionen meist untereinander bekannte Jugendliche aus dem gesamten Bereich Ostprignitz-Ruppin zusammen. Gerne wird mit dem Neuruppiner Aktionsbündnis zusammengearbeitet. Es gibt auch noch eine Gruppe von circa 20 kirchlichen Jugendlichen, die sich regelmäßig treffen. Zu fünf Personen von amnesty international (Kyritz), die an „Aktion Noteingang" mitarbeiten, wurde der Kontakt erst im Rahmen der Aktion hergestellt und besteht seitdem.

„Aktion Noteingang"

Die „Aktion Noteingang" ist nach Kyritz und Neustadt (Dosse) gekommen, nachdem sie im Neuruppiner „MittenDrin" vorgestellt wurde, und die Aktion durch die Presse bekannt wurde. Getragen wird die Aktion von 14 aktiven Personen im Alter von 15 bis 40 Jahren. Gestartet wurde sehr spät - gegen Ende Mai, was sich auch sehr nachteilig ausgewirkt hat. Da die Aktion mit sehr viel Arbeit zu tun hat, war es anfangs schwer, Leute hierfür zu mobilisieren. Getroffen wurde sich in einem von Kyritzer Jugendlichen eingerichteten Club, der jedoch jetzt nicht mehr zur Verfügung steht. Die Möglichkeiten, Aktionen zu organisieren, wird dadurch erschwert, daß keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und daß es sehr schwer ist, alle Personen an einen Ort zusammenzuführen, da viele auch aus den umliegenden Gemeinden stammen und teilweise schwer erreichbar sind.

Wir wollten „Aktion Noteingang" nach Kyritz bzw. nach Neustadt (Dosse) holen, weil wir nicht wollten, daß es hier nicht soweit kommt mit rechten Übergriffen, wie in anderen Städten Brandenburgs. Wir halten es für notwendig, diese Aktion zu unterstützen und den BürgerInnen und Rechten in unserem Gebiet zu zeigen, daß wir rechtes Verhalten und Gedankengut nicht akzeptieren.



Nachdem wir auch eine Infoveranstaltung in Kyritz mit den interessierten Jugendlichen durchgeführt hatten, besuchten wir die Stadtverordnetenversammlung und stellten „Aktion Noteingang" vor. Diese wurde nach einigem Hinterfragen positiv aufgenommen, und die Bürgermeisterin, Frau Stewin, sicherte uns zu, daß die Stadt Kyritz sich an der Aktion beteiligen würde. Des weiteren erklärte der Behindertenbeauftragte der Stadt Kyritz, Tasch, die Aktion zu unterstützen. Dies wurde dann auch erstmalig in der Presse erwähnt. Da die Bürgermeisterin von Neustadt (Dosse), Frau Genge, auch vor Ort war, wurden wir von ihr eingeladen, unser Projekt auch in Neustadt (Dosse) bei der Amtsversammlung der Gemeindevertretung vorzustellen. Bei dieser Versammlung wurde alles wieder genau hinterfragt, jedoch wurde sich darauf geeinigt, die Aktion auch in Neustadt (Dosse) durchzuführen. Die Gemeindevertreter der umliegenden Gemeinden erklärten sich bereit, das Plakat der „Aktion Noteingang" in Ihren Schaukästen oder auf entsprechenden Schwarzen Brettern anzubringen, was dann auch geschah.

Zwischenzeitlich hatten wir einen Mangel an Material (Aufkleber, Fragebögen etc.), der jedoch schnell behoben werden konnte. Schwierig wurde es, eine Kontaktadresse für das Faltblatt zu finden, glücklicherweise erklärte sich ein Aktivist von amnesty international bereit, seine Telefonnummer als Kontaktnummer für Kyritz abdrucken zu lassen. Zeitgleich betreuten einige aktive Jugendliche auch die Ausstellung „Fluchtwege", welche sich zu dieser Zeit in Neustadt (Dosse) befand; das führte zu Arbeits- und Zeitüberschneidungen. Durch das Fehlen von Computer, Kopierer etc. erschwerte und verzögerte sich die Arbeit, so daß mit dem Aufsuchen der Geschäfte endgültig erst gegen Ende Juni begonnen werden konnte.

Die Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen wurden von je ein bis zwei Personen aufgesucht. Die Besitzer erhielten den Fragebogen und Briefumschlag, den Aufkleber, Infoblätter zur „Opferperspektive", Infoblätter zum „Toleranten Brandenburg", Faltblätter zur „Aktion Noteingang" in Kyritz und ein Kärtchen mit den wichtigsten Rufnummern.

Die ersten Artikel über die „Aktion Noteingang" in Neuruppin erschienen bereits im „Märker", der auch in Kyritz und Neustadt (Dosse) ausgeliefert wird. Ein Artikel erschien nach der Stadtverordnetenversammlung im Kyritzer Tagesblatt der MAZ, welche sich danach nur widerwillig bereit erklärte, einen weiteren Artikel über das Anbringen des ersten Aufklebers zu veröffentlichen, nachdem sie ja schon einen veröffentlicht hatte. Weitere Artikel erschienen im „Märker".

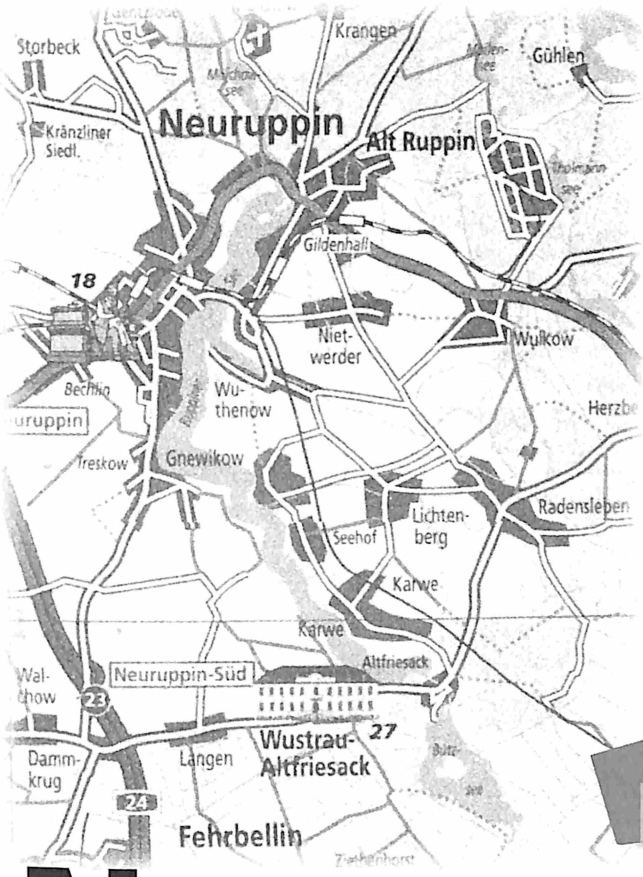
Foto:©Chr.Ditsch/version

Ergebnisse, Einschätzungen

Es war schon einmal sehr gut, daß wir einige Leute mobilisieren konnten und durch die Aktion neue Leute kennengelernt haben (amnesty international etc.), mit denen eine weitere Zusammenarbeit angestrebt wird. Des weiteren hat diese Aktion unter allen Beteiligten zu Diskussionen angeregt, ob sie in Kyritz wirklich nötig sei etc., und die Jugendlichen konnten sich positionieren, neue Ideen einbringen und Meinungen austauschen. Ob es in den Städten etwas gebracht hat, ist noch unklar. Wir haben das Gefühl, daß niemand so richtig mitbekommen hat, daß die Aktion läuft, obwohl es ausreichend in der Presse publik gemacht wurde. Wir sind jedoch der Meinung, daß das bisher erreichte Ergebnis unter den schon genannten Umständen in Ordnung und vertretbar ist, zumal es unsere erste Aktion ist.

Wir denken, daß einige Personen auch weiterhin auf diesem Gebiet aktiv bleiben und immer wachsam sein werden, wie sich der Rechtsextremismus in unserem Gebiet entwickelt. Weiterhin werden wir Aktionen wie Ausstellungen, Solikonzerte etc. organisieren. Negativ wirken sich nur fehlendes Interesse mancher Jugendlicher an der Arbeit und das Fehlen der Räumlichkeiten, Kopierer, Computer etc. aus. Dies sollte uns aber in Zukunft nicht abhalten.

Leider hängen zur Zeit erst zwölf Aufkleber. Ursache hierfür ist teilweise fehlendes Verständnis der LadenbesitzerInnen, Informationsmangel, Angst vor Übergriffen oder um die Schaufensterscheibe, und - wie und gesagt wurde -, würden sie auch so helfen - ohne diesen Aufkleber. Einige erklärten sich dennoch bereit, den Fragebogen auszufüllen, gaben jedoch das ganze Material zurück.



Neuruppin

Neuruppin ist mit seinen ca. 30.000 EinwohnerInnen eine der nördlichsten Städte Brandenburgs und liegt etwa 80 Kilometer von Berlin entfernt. Als Kreisstadt von Ostprignitz-Ruppin steht Neuruppin im politischen Mittelpunkt der Region. Dadurch bedingt, beweist Neuruppin eine Spur mehr Weltoffenheit als andere Städte im Kreis, wie zum Beispiel das nahegelegene Wittstock, welches als braune Hochburg verrufen ist.

Rechte Aktivitäten sind jedoch auch in Neuruppin seit Jahren zu spüren. Gerade unter Jugendlichen finden Rechtsextremisten und entsprechende Organisationen ihre Anhänger. Saufen und Prügeln gehört zur hauptsächlichen Freizeitbeschäftigung. Mit dem Jugendclub „Bunker" schuf ihnen die „Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin" (IJN) im Rahmen der akzeptierenden Jugendarbeit einen Treff, den sie als „ihren" Treffpunkt verstehen und nutzen. Der „Bunker" ist des öfteren Anlaufpunkt vor und nach rechtsextremen Übergriffen. In jüngster Vergangenheit wurde der „Bunker" auch als Stützpunkt für politische Aktionen u.a. von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) genutzt.

Übergriffe auf Linke, Obdachlose und MigrantInnen

Rechtsextreme Gewalt forderte in Neuruppin bereits im Sommer 1992 ein Todesopfer. Der Neuruppiner Obdachlose Emil Wendtland mußte einen Angriff von mehreren Neuruppiner Rechtsradikalen mit seinem Leben bezahlen. Er wurde brutal zusammengeschlagen und mit mehreren Messerstichen getötet. In den folgenden Jahren waren immer wieder Ausländer und linke Jugendliche das Angriffsziel der Rechten. Das im Sommer 1993 entstandene alternative JugendWohn-Projekt „MittenDrin e.V." mußte in den letzten Jahren zahlreiche Übergriffe über

sich ergehen lassen. Seit Beginn diesen Jahres gab es bereits drei Angriffe auf das Info-Café. Strafverfolgung der Täter ist zumeist Fehlanzeige. Jüngstes Opfer ist der aus der Türkei stammende Asylbewerber Rüstem Karakas. Im Herbst 1998 schlugen und traten ihn ca. 30 Naziskins auf dem Martinimarkt im Zentrum Neuruppins brutal zusammen. In den vergangenen Jahren wurden auf dem Martinimarkt immer wieder ausländisch aussehende Menschen angegriffen und verletzt. Die Folgen des Übergriffes auf Rüstem Karakas wird er sein Leben lang spüren. Seine Schulter wurde stark verletzt. Er verlor einen Teil seines Sehvermögens und hat seitdem Konzentrationsschwie-igkeiten. Mit der Hilfe von „Opferperspektive" (eine Beratungsinitiative für Opfer rechter Gewalt) kümmerten sich linke Jugendliche um einen Anwalt und um eine psychologische Betreuung, die gerade nach solchen Übergriffen extrem wichtig ist.

Nicht nur Übergriffe auf Menschen, sondern auch Sachbeschädigung ist eine Form der Gewalt, der sich die Neuruppiner Rechten gern bedienen. Immer wieder werden Fensterscheiben von alternativen Projekten oder ausländischen Geschäften zerstört. Auch Autos von ihnen bekannten AntifaschistInnen wurden beschädigt.

Wie bereits erwähnt, sind linke Jugendliche und Ausländer das Hauptziel rechter Gewalt. Homosexuelle trauen sich größtenteils nicht, sich in Neuruppin öffentlich zu bekennen. Obdachlosigkeit gibt es nur in dem Maße, daß sie nicht so offen zu Tage tritt. Im Gegensatz dazu, sind Neonazis in Neuruppin optisch stark präsent. Viele der bekennenden Rechten sind Skinheads. Aufnäher und T-Shirts mit eindeutigen Motiven können sie über einen Verkaufsstand auf dem Wochenmarkt beziehen. Durch Druck von AntifaschistInnen und der Innenstadt AG, welche die Marktstände vermietet, ist der Betreiberin der Verkauf allerdings fast nur noch versteckt möglich. Es wäre übertrieben, davon zu sprechen, daß die Rechten das Straßenbild bestimmen, sie sind jedoch stetig präsent.

Übergriffe, politische Aktivität: Im Zentrum die NPD

Über ihre Gewalttaten hinaus beweisen sie in letzter Zeit, daß sie auch zu politischer Arbeit in gefestigten Strukturen fähig sind. Im Mittelpunkt steht - ein Trend im gesamten Bundesland Brandenburg - die NPD. Die Rekonstruktion und Neuentwicklung der rechten Szene - nach den Verboten von NF, FAP u.a. - war auch in Neuruppin zu beobachten. Nach einem Zwischenstop bei den NATIONALEN e.V., ging der Weg schnurstracks Richtung NPD.

Unterstützt werden die jungen Nazi-Skins von dem bekennenden Altnazi Wilhelm Lange. Lange, der schon in der Hitlerjugend diente, kann auf eine lange Karriere als Verfechter des Nationalsozialismus zurückblicken. Tätig war er in der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der Deutschen Volksunion und nicht zuletzt natürlich auch in der NPD. Erste Aktionen der NPD gab es zu den Bundestagswahlen 1998. Ein Informationsstand wurde organisiert und Plakate im Neubauviertel der Stadt aufgehängt. Bis zur Europa-Wahl kehrte Ruhe ein. Im April 1999 wurde eine NPD-Demonstration veranstaltet. An dieser beteiligte sich fast ausschließlich nur die lokale Szene. Mit nur etwa 90 Teilnehmern bei einem Aufmarsch der NPD in Neuruppin im April '99, war dieser sicherlich kein großer Erfolg für sie. In den Kreistag oder in die Stadtverordnetenversammlung schaffte es bis jetzt keine rechte Partei.

In Hinblick auf die Landtagswahlen im September 1999 werden nochmals erhöhte Aktivitäten vor allem der NPD aber auch der DVU zu erwarten sein. Zumal die NPD mit Renald Christopeit auch einen Direktkandidaten für den Altkreis Neuruppin hat.

Der Ausländeranteil in Neuruppin liegt im brandenburgischen Durchschnitt. Im Stadtbild sind ausländische Mitbürger durchaus vertreten und können sich auch uneingeschränkt bewegen. Obwohl viele von ihnen, wie auch alternative Jugendliche, die Neubausiedlungen der Stadt meiden. In der Beweglichkeit werden die Asylbewerber jedoch in Zukunft stark eingeschränkt sein. Etwa 180 der 300 Asylbewerber, die in Neuruppin leben, werden nach Treskow (einem Neuruppiner Vorort) umgesiedelt. Die anderen wurden in umliegende Heime verteilt. Einige erhielten, vor allem durch Engagement einzelner AktivistInnen des „Aktionsbündnisses gegen Rechts", Wohnungen in der Neuruppiner Innenstadt. Aufgrund der menschenunwürdigen Bedingungen im neuen Heim (verschuldet durch den Betreiber Wiesemann) wird auch weiterhin versucht, die Menschen in Wohnungen anstatt in diesen „Löchern" unterzubringen. Aber die zuständigen Ämter sind nur schwer zu überzeugen.

Antifaschistisch und antirassistisch orientierte Jugendliche

Ein gewichtiger Gegenpol zu den jugendlichen Nazis ist in Neuruppin eine etablierte Skateboard-Szene. Diese vertritt über den sportlichen und vom Zeitgeist beeinflußten Gedanken hinaus, eine klare antirassistische Einstellung. Attraktiv ist die Szene vor allem für Jugendliche zwischen zehn und 18 Jahren. Eigene schlechte Erfahrungen mit Neonazis haben auch dazu beigetragen, daß unter den Boardern eine eindeutige Anti-Nazi Stimmung vorherrscht. Durch eigene Musikgruppen gewinnt die Szene auch an Standhaftigkeit und beginnt sich über den Sport hinaus, als eigenständige Kultur zu definieren. Somit wird auch das Stadtbild von Skateboardern bestimmt. Neben diesen gibt es auch kleine Gruppen von Punks und antifaschistisch motivierten Skinheads. Als Treffpunkte nutzen alle Gruppen hauptsächlich das „Jugendfreizeitzentrum" (JFZ), mit seinen wöchentlichen Diskotheken/Konzerten und Kinoveranstaltungen, sowie das Infocafé des „MittenDrin". Im „MittenDrin" werden regelmäßig warme Mahlzeiten und billige Getränke angeboten. Wöchentlich gibt es Veranstaltungen, Diskusionsrunden, Ausstellungen usw. zu den verschiedensten politischen Themen. Anti-Rassismus und Anti-Faschismus bilden hierbei den Schwerpunkt. Jugendliche unter 15 Jahren reflektieren größtenteils die Angebote des „Café Hinterhof", ein Projekt der „Jungen Gemeinde" der evangelischen Kirche.

Handlungsfähige Bündnisstrukturen etabliert

Antirassistische und antifaschistische Arbeit leisten in der Stadt verschiedene Gruppen. Die „Initiativgruppe Ausländerarbeit Neuruppin" (IGAAN) hat sich die soziale und kulturelle Betreuung von Asylbewerbern zur Hauptaufgabe gemacht. Im Umfeld und Besucherkreis des „MittenDrin" gibt es eine aktive Antifa- sowie eine Jugendantifagruppe. Verschiedene Kampagnen wie „Stoppt Nazizeitungen" oder aber auch die „Aktion Noteingang" haben im „MittenDrin" ihren Ursprung.

Eine hauptamtliche Mitarbeiterin des Mobilen Beratungsteams (MBT) arbeitet kontinuierlich in Neuruppin. Zusammen mit Politikern von PDS, SPD und Bündnis'90/Die Grünen, mehreren Gewerkschaftern, Kirchen- und Jugendvertretern bilden diese Gruppen das „Aktionsbündnis gegen Rechts Neuruppin". Dies entstand spontan, nachdem Ende März 1999 bekannt wurde, daß die NPD versucht, in Neuruppin aufzumarschieren. Die Arbeit konnte über diesen Ansatz hinaus auf andere Themen erweitert werden. Mittlerweile wird das Bündnis nicht nur in der Presse als kompetenter Gesprächspartner betrachtet. Der öffentliche Einfluß steigt ebenfalls und der außerparlamentarische Zusammenschluß könnte zu einer gesellschaftlichen Institution wachsen. Informationsaustausch und inhaltliche Diskussionen, trotz unterschiedlicher Standpunkte und Praktiken, machen das Bündnis sehr interessant und extrem wichtig.

Auftakt der „Aktion Noteingang"

Nachdem bereits im Sommer '98 eine kleine Gruppe versuchte, die „Aktion Noteingang" in Neuruppin zu etablieren, was jedoch an der Gruppenstärke scheiterte, gab es im Juni '99 einen zweiten Anlauf. Das Bündnis unterstützt und trägt die „Aktion Noteingang" in Neuruppin. Eine Gruppe von etwa zehn Personen hat sich dafür zusammen gefunden. Offizieller Starschuß war der 7. Juni 1999. Neuruppins Bürgermeister Otto Theel (PDS) brachte den ersten Aufkleber persönlich an einer Scheibe des Rathauses an. Unter dem Beisein der Presse sprach er einige Ladenbesitzer an, ob sie sich an der Aktion beteiligen wollen. Des weiteren beteiligt sich der Kreistagsabgeordnete der Bündnis'90/ Grünen, Wolfgang Freese, aktiv an der Suche nach Unterstützung für die „Aktion Noteingang" und ist einer der Hauptinitiatoren in Neuruppin. Durch diese „amtliche Note", welche die „Aktion Noteingang" damit einnahm, konnten schon an den folgenden drei Tagen fast 20 Aufkleber erfolgreich angebracht werden. Besonders öffentliche Einrichtungen und an Öffentlichkeit interessierte Gruppierungen ließen sich schnell gewinnen. Parteibüros von Bündnis'90/Die Grünen, SPD und PDS sicherten ihre Teilnahme sofort zu. Ebenso die regionale Jugendkunstschule, die bereits vor dem Start eine Zusage erteilte, die Schwimmhalle, die Bibliothek und andere ähnliche Institutionen. Schwieriger gestaltete es sich, an die EinzelhändlerInnen heranzutreten. Die evangelische Kirche beteiligte sich durch das Engagement des Stadtjugendwartes, Eckhard Häßler, geschlossen an der Aktion und brachte die Aufkleber an all ihren Gebäuden an.

Dieser anfänglich große Erfolg der Aktion ist sicherlich auf die Vorgehensweise zurückzuführen. In den Monaten vor dem Start der Aktion wurden die NeuruppinerInnen durch eine intensive Pressearbeit immer wieder mit dem Thema konfrontiert und sensibilisiert. Es wurden intensiv Kontakte zu Einzelpersonen und Organisationen gesucht, um sie mit der Aktion schon im voraus vertraut zu machen.

Erfolgreiche Kommunikation

Zu Beginn sprachen die an der „Aktion Noteingang" Beteiligten die Ladeninhaber an, zu denen sie persönlichen Kontakt pflegen. Die einzelnen AktivistInnen schätzten bei einem Vorbereitungstreffen ab, welche Einzelhändler sie gut genug kennen, um sie in einem privatem Gespräch für die Aktion zu begeistern. Das Vorgehen erwies sich als überaus erfolgreich. Die Chance eine Zusage bei diesen Geschäften zu bekommen, war ein Vielfaches größer, als bei solchen, zu denen erst ein Kontakt aufgebaut werden mußte.

Foto: ©Chr. Ditsch/version

Erfolgserlebnisse stärkten die Motivation der Beteiligten. Darüber hinaus konnte der Aufkleber schon das Stadtbild beeinflussen, und der Erkennungswert stieg. Auch die AktivistInnen konnten somit ihre ersten, zumeist positiven Erfahrungen im Umgang mit LadenbesitzerInnen sammeln. Beim „Abtingeln" der verbliebenen Läden sprang mensch somit nicht ins kalte Wasser. „Aktion Noteingang" war den meisten Ladenbesitzern bereits vor dem ersten Gespräch bekannt. Um abzusichern, daß alle Geschäfte angesprochen werden, teilten sich die Beteiligten die Stadt in verschiedene Viertel auf. Diese wurden von Zweiergruppen bearbeitet. In wöchentlichen Treffen wurden die Ergebnisse der einzelnen Gruppen zusammengetragen und ausgewertet. Die Erfolgsquote beim Verteilen der Aufkleber nahm mit der Zeit erwartungsgemäß ab. Potentielle Noteingang-Befürworter waren bereits geworben. Nun war Überzeugungsarbeit gefragt.

Aus rassistischen Motiven heraus wurde der Aufkleber so gut wie nie offen abgelehnt. Meist äußerten die Ladeninhaber jedoch Bedenken, sich mit der Aktion zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Sie haben Angst, selbst zum Angriffsziel rechter Gewalt zu werden. Juweliergeschäfte lehnten den Aufkleber geschlossen ab. Werde ihnen die Scheibe eingeworfen, wenn sie sich an „Aktion Noteingang" beteiligen? Müßten sie diese auf eigene Kosten reparieren? Bei Nachfragen bei ihren Versicherungen, die diejenigen Neuruppiner Juweliere stellten, die eigentlich mitmachen wollten, wurde dies bejaht. Daraufhin wurde der Aufkleber der Aktion abgelehnt. Da half auch die Überzeugungsarbeit nicht, daß bisher kein Fall von Vandalismus wegen des Aufklebers dokumentiert wurde.

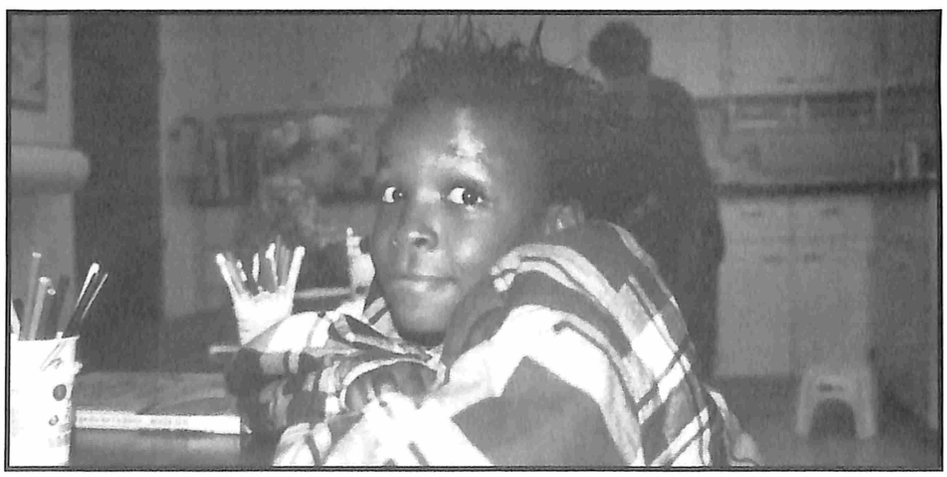
Die Betreiberin eines Eisenwaren-Geschäftes hingegen erwähnte, sie sei schon mehrfach in ihrem Laden bedroht worden und möchte sich „nicht noch mehr Ärger einhandeln". Andere konnten durch mehrfache Gespräche doch noch für Noteingang geworben werden. Entgegen allen Befürchtungen, wurden die Fragebögen von fast allen Angesprochen ausgefüllt. Viele versuchten so, die Aktion zu unterstützen, wenn der Mut fehlte, den Aufkleber anzubringen. Im „Aktionsbündnis gegen Rechts" hatten viele Beteiligte erhebliche Probleme mit Aufbau und Fragestellungen des Fragebogens. Auch wurde der Zweck grundsätzlich in Frage gestellt. Auch die Professionalität der Fragestellungen wurde bemängelt. Bedenken gab es, daß mit einigen Formulierungen zuviel Druck aufgebaut werden würde, bzw. Rassismen eher billigend in Kauf genommen würden, als verhindert. Dennoch wurde sich gemeinschaftlich darauf geeinigt, daß trotz dieser Unstimmigkeiten der Fragebogen mit zur Aktion gehört, und auch entsprechend angewandt wird.

Erste Zwischenbilanz

Bisher beschränkte sich die Aktion in Neuruppin auf die Innenstadt. Da wir uns zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch mitten in der Aktion befinden, können endgültige Zahlen nicht genannt und abschließende Erklärungen nicht gegeben werden. Dennoch ist nach knapp acht Wochen eine Einschätzung möglich. In Neuruppin ist die Aktion erfolgreich. Dies ist unserer Meinung nach hauptsächlich auf die geleistete Vorarbeit zurückzuführen. Wir konnten aber auch von den Erfahrungen und Lernprozessen der anderen Städte profitieren, welche die Aktion schon viel früher begannen. Von etwa 80 angesprochenen Einrichtungen haben sich knapp die Hälfte aktiv an der Aktion beteiligt. Dieses Verhältnis wird sich wahrscheinlich noch etwas zum Negativen hin ändern, ist aber dennoch als Erfolg zu werten.

Wann Noteingang beendet wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzusehen. Es konnte erreicht werden, daß sich die Bürgerschaft zum Thema Rassismus positionieren mußte. Mit Noteingang zog ein Stück antirassistische Alltagskultur in Neuruppin ein. Nicht geschafft wurde es jedoch, diese Positionierung in einen innerstädischen Kontext zu stellen. Für die alltägliche Praxis der Geschäfte ist es nahezu unerheblich, ob sie den Aufkleber angebracht haben oder nicht. Die Aktion hatte aber dennoch erreicht, daß zumindest die direkt mit dem Thema konfrontierten LadenbesitzerInnen sich auseinandersetzen und bekennen mußten. Über die Aktion hinausgehende, sich selbst entwickelnde oder fortlaufende Prozesse werden nach unserer Einschätzung kaum eintreten. Andere bürgerliche Parteien, außer den bereits erwähnten, beteiligten sich zwar nicht an der „Aktion Noteingang", Distanzierungen aus politischen Gründen sind jedoch nicht bekannt geworden.

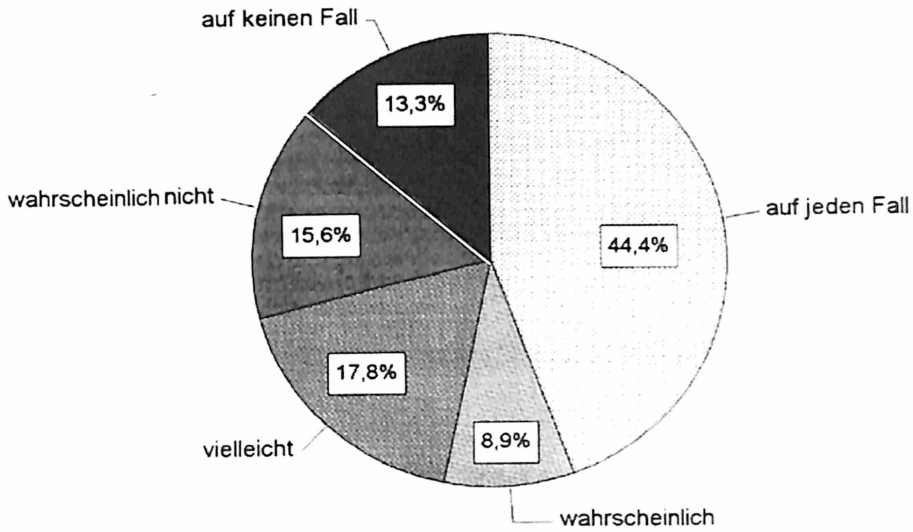
In der regionalen Presse fand die „Aktion Noteingang" bereits vor dem Start in Neuruppin erhebliche Beachtung. Mehrfach wurde auf die Notwendigkeit der Initiative hingewiesen und der Verlauf in anderen Städten analysiert. Am 7. Juni versammelten sich sämtliche örtliche Medien, um über den Start der Aktion zu berichten. Die Tageszeitungen „Märkische Allgemeine Zeitung" (MAZ) und der „Ruppiner Anzeiger" (RA) nahmen dies zum Anlaß für eine Titelgeschichte. Der örtliche Fernsehsender „Ruppig TV" strahlte einen mehrminütigen Bericht und Kommentar aus. In der wöchentlichen Verbraucherzeitschrift „MÄRKER" erschien am 3. Juli ein zwei Seiten langer Hintergrundbericht über den Verlauf von Noteingang in Neuruppin und Kyritz. Die Stellungnahmen der Medien waren durchweg positiv. Die Beteiligten selbst stehen mit den Journalisten in engem Kontakt.



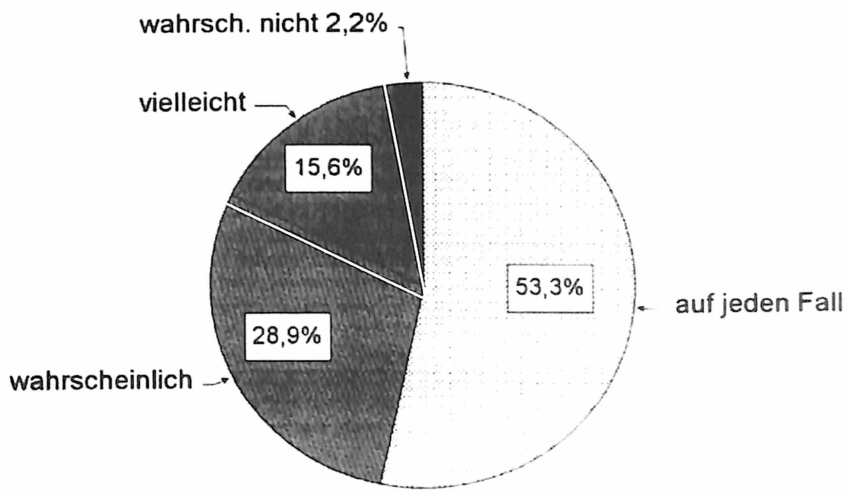
Durch die „Aktion Noteingang" war es dem „Aktionsbündnis gegen Rechts" möglich, eine gemeinsame Initiative zu starten, ohne dabei nur auf rechte Aktivitäten zu reagieren. Das Bündnis konnte so weiter zusammenwachsen und persönliche Kontakte ausgebaut werden. Dies hat eine positive Auswirkung auf die künftige Arbeit. Als Kritikpunkt, der jedoch unumgänglich scheint, ist die Tatsache, daß jedoch ängstliche Menschen ungewollt so in Erklärungsnot gerieten, keine Rassisten zu sein, obwohl sie den Aufkleber nicht anbringen wollten/konnten. Auf diese Situation mußte im Gespräch eingegangen werden. Für die Beteiligten eine neue Erfahrung.

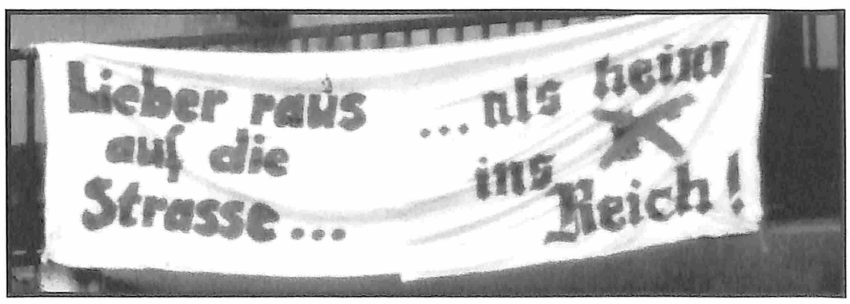
Im Rahmen der „Aktion Noteingang" können Menschen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem Wissensstand und Voraussetzungen zusammenarbeiten. So etwas ist nicht nur in Neuruppin selten. Einige Beteiligte sammelten durch Noteingang erstmalig Erfahrungen mit antirassistischer Arbeit. Ähnliche Aktionen werden von der Gruppe in Zukunft wieder mitgetragen. Eigene Impulse sind durch geschlossenes Auftreten nun leichter in Aktivitäten umzusetzen. Schade nur, daß sich in Neuruppin nur sehr wenige junge Menschen (14-18) beteiligten. Schade deswegen, weil wir die „Aktion Noteingang" für einen sehr guten praktischen Einstieg in antirassistische Arbeit halten.

Ich bringe den Aufkleber an...



Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...



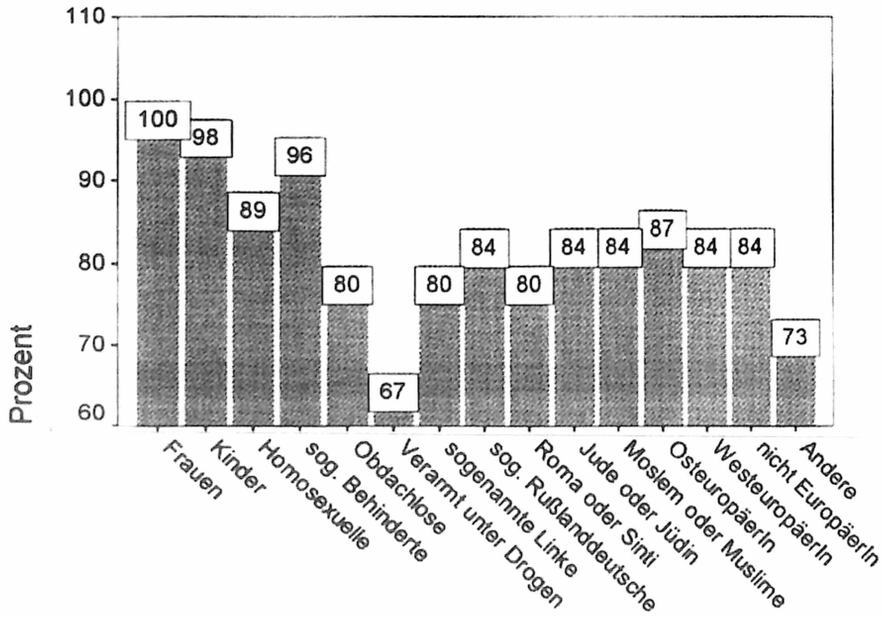


Abschließende Zusammenfassung

Als einen Grund für den Erfolg der „Aktion Noteingang" sehen wir die Pressearbeit im Vorfeld. „Aktion Noteingang" war bereits ein Begriff, mit dem ohne längere Erklärungen gearbeitet werden konnte. Positionen der Angesprochenen waren oftmals bereits schon gefestigt. Was sich meist zugunsten der Aktion auswirkte. Auch die Beteiligung von Personen des öffentlichen Interesses trug gerade deswegen zum Gelingen bei, weil dies über Parteigrenzen hinweg geschah. Die Aktionsform Noteingang besitzt das Potential, alle antirassistisch arbeitenden Spektren zu vereinen. Da dieses in Neuruppin ausgeschöpft werden konnte, kann die Arbeitsweise und Umsetzung von Noteingang als Grundlage für folgende gemeinschaftliche Projekte genutzt werden.

	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	84	47	40
Prozent		56 %	48 %

Wem wird nach gewalttätigen Übergriffen Hilfe eingeräumt?



Potsdam

Allgemeine Entwicklung und Situation

Nachdem mit der Wende ´89 und den darauffolgenden Jahren bis etwa 1994 vermehrte Naziaktivitäten zu verzeichnen waren - wie Überfälle auf besetzte Häuser und Auseinandersetzungen auf der Straße - war es dann verhältnismäßig ruhig in Potsdam. Während aus fast allen brandenburgischen Städten immer wieder von Übergriffen auf AusländerInnen und Andersaussehende zu hören und zu lesen war, beliefen sich derartige Meldungen hier auf ein Minimum. Mensch hörte vielleicht einmal von einer Pöbelei oder derartigen Dingen - nichts ließ jedoch darauf schließen, daß Potsdam die Brandenburgische Landeshauptstadt ist, wo sich Naziaktivitäten normalerweise sammeln oder zumindest vermehrt zeigen. Vielen AntifaschistInnen gab dies zu denken und führte zu verschiedenen Spekulationen.

Mit dem „Einschlafen" zumindest der sichtbaren Aktivitäten von Neonazis, wurden auch die Informationen immer spärlicher, die mensch über deren Zusammenhänge und ihr eigentliches Tun bekam.

Auffallend war natürlich, daß bestimmte Stadtteile zunehmend in Nazihand übergingen. Dies betraf und betrifft auch nicht nur die vielbesagten Neubaughettos wie Stern, Schlaatz, Waldstadt, Drewitz, obwohl sie hier eindeutig das Bild beherrschen. Immer mehr dringen Nazis in die Straßenbilder ehemals eher alternativer Bezirke wie Potsdam/West oder die Innenstadt vor. Hier sind sie zwar noch nicht prägend, aber immerhin schon allgegenwärtig, und es kommt auch hier vermehrt zu Übergriffen. Hierbei treten vermehrt die Prügelnazis in Erscheinung, und die werden immer jünger und in ihrem Vorgehen brutaler.

Die Situation seit 1998

1998 änderte sich die Situation in Potsdam dann auch spürbar. Immer häufiger wurden „bunte Leute" angepöbelt, sah mensch Grüppchen von Kurzhaarigen flankieren, häuften sich Berichte über Auseinandersetzungen.

Einen relativen Höhepunkt nahm das ganze mit dem Aufdecken der „Proissenhead-Geschichten" in einem städtisch geförderten Jugendclub. Aufgrund der massiven Probleme mit Rechten 1993, beschließt die Stadt Potsdam eine Strategie der „Integration". Einem Ex-Mitglied der Nationalistischen Front (bis zu deren Verbot 1992) wird durch die Jugendgerichtshilfe angeboten, an einem Band-Projekt im Club 18 am Stern teilzunehmen. 1994 gründet sich die Band „Proissenskins" und nimmt an diesem Projekt teil. Die Möglichkeit, daß die Band im Jugendclub proben kann, wird legitimiert durch den Jugendhilfeplan Teil A (Akzeptierende Jugendarbeit) und den Teil B (Oi-Musik). In recht kurzer Zeit avanciert die Band zu einer lokalen und später überregionalen bis internationalen Berühmtheit in der rechten Szene, ganz besonders als Blood-and-Honour- und Hammerskin-Band. Die Mitglieder der Band und ihr unmittelbares Umfeld sind maßgeblich beteiligt an der Organisation von bundesweiten Nazikonzerten sowie beim Vertrieb und der Herstellung rechter Tonträger und der Koordination von Anti-Antifa-Aktionen. Aus Sicht des Jugendamtes galt die Band bis zu diesem Zeitpunkt nur als „rechtsorientierte" Oi-Band, die im Rahmen akzeptierender Jugendarbeit in erträglichem Maße agiere. Aufgrund massiver Kritik von antifaschistischen Gruppen und einer breiten Öffentlichkeit wurden der Band die Räume im „Club 18" mit Beschluß vom 6. April 1998 gekündigt.

Militante Angriffe der rechten Strukturen

Bei einer zum Thema „Proissenheads" organisierten antifaschistischen Demonstration durch die Neubaugebiete von Schlaatz und Waldstadt zeigten sich die Nazis seit Jahren einmal wieder zahlreich, um diese zu verhindern. Von einigen hundert aus Potsdam, aber auch aus Berlin und dem Umland war hierbei die Rede. Ein Treffpunkt für die Nazis war der Bahnhof Rehbrücke. Von dort aus versuchten sie, zur Antifa-Demo zu gelangen, wobei es zu Rangeleien mit der anwesenden Polizei und einigen Platzverweisen kam. Mehrere Nazi-Autos wurden im Umkreis der Demo beobachtet, wobei nicht klar ist, ob diese zu Recherchezwecken oder zum Koordinieren ihrer Kameraden vor Ort waren. Nach Beendigung der Demo kam es zu einzelnen Auseinandersetzungen zwischen Nazis und AntifaschistInnen. Im Umland hielten sich außerdem Faschos abrufbereit. Nach unbestätigten Angaben wurde eine relativ große Gruppe Nazis von der Polizei daran gehindert, nach Potsdam zu fahren. Dieser Umstand macht deutlich, daß die auch bei anderen Anlässen beobachtete Zusammenarbeit von Potsdamer Nazis mit anderen faschistischen Strukturen und Zusammenhängen, so z. B. mit „Kameraden" aus Brandenburg, Lehnin, Rathenow oder Berlin, gut organisiert worden ist.

„Lange Kerls" und Nazistrukturen

Ein Zusammenwirken Potsdamer Nazis mit besagten Zusammenhängen wurde ebenfalls zu verschiedenen anderen Anlässen beobachtet. Vor allem auch das Potsdamer Touristenhighlight, die Wachparaden der „Langen Kerls", machte deutlich, daß die Nazis schnell und zahlreich zur Stelle sein können. Diese Wachparaden wurden von städtischer Seite den Besuchenden angeboten, und es war noch vor der ersten Parade klar, daß mit solcherlei Preußentümelei nicht nur konservative Kräfte auf den Plan gerufen werden, sondern daß auch die Neonaziszene sich immer wieder gern auf die preußisch-deutschen Tugenden beruft. Es wurden von AntimilitaristInnen und AntifaschistInnen Aktionen gegen die Wachparaden vorbereitet und durchgeführt. Die Potsdamer Nazis traten auf den Plan, um die „Preußischen Tugenden", deren Pflege sich der Verein „Lange Kerls" verschrieben hat, vor „Zecken" und anderen zu schützen. Die schon erwähnte Band und andere Nazigrößen mobilisierten ihre Kameraden zu den Wachparaden. Diese erschienen dann recht zahlreich, und die Bands waren auch vertreten. Es kam vermehrt zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und Linken, wobei die massive Polizeipräsenz verhinderte, daß diese - zumindest im direkten Umkreis der Paraden - größere Ausmaße annahmen. Den Nazis wurde oftmals freie Hand gelassen. So konnte ein bereits verhafteter Paradegegner, der von der Polizei weggetragen wurde, ohne größere Konsequenzen von einem Nazi geschlagen werden.

Am 18.07.98, nach Beendigung einer solchen Militärparade, erreichte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär eine Morddrohung. Die zweite Morddrohung kam am 05.09.98 nach wiederholtem Erscheinen der Nazis. Durch eine Fangschaltung wurde festgestellt, daß sie aus dem „Proissenheads"-Umfeld kam. Die Ermittungen diesbezüglich wurden von der Polizei eingestellt, obwohl die Ursprungsadresse bekannt war. Auch die parteilich organisierten Nazis nutzten die Wachparaden zu ihren Zwecken. Am 15.08.98 verteilten junge Nazis der NPD, sowie ein Funktionär aus Michendorf während eines weiteren Auftritts der „Langen Kerls" NPD-Propagandamaterial.

Im Dezember 1998 verschickte eine „Potsdamer Anti-Antifa" an die Kandidaten zur Kommunalwahl und die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Drohbriefe. Der Inhalt richtete sich gegen Zecken, Studenten, Ausländer sowie gegen etablierte Parteien wie die PDS und die SPD.

Die Situation zu Jahresbeginn 1999

Gegen Ende des Jahres und besonders mit Beginn 1999 häuften sich auch Angriffe auf AusländerInnen drastisch, und es war eigentlich jede Woche über teilweise lebensbedrohliche Übergriffe in den Zeitungen zu lesen. Vielfach fällt dabei der Potsdamer Stadtbahnhof als Tatort von Pöbeleien und Übergriffen auf, aber auch Bushaltestellen, öffentliche Verkehrsmittel, Wohngebiete. Auch ist festzustellen, daß die Tatzeiten eben nicht in dunkler Nacht liegen, sondern oftmals am hellichten Tage.

Im Zusammenhang mit der unsäglichen Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft fühlen sich gerade die Jungnazis bestätigt und treten immer offener auf. Sie haben von der CDU die Impulse bekommen, daß ihre Aktivitäten bis hin zu etablierten Parteien Bestätigung finden. Die CDU nutzte eine ausländerfeindliche Grundstimmung in der Bevölkerung, schürte Ängste und bestätigte Naziaktionen. Bei einer Demonstration linker Gruppen gegen diese Unterschriftenkampagne der CDU wurden „begleitende" Naziautos beobachtet, aus denen heraus Fotos von DemonstrationsteilnehmerInnen gemacht wurden. Nachdem die Ankündigungsplakate für die Demo in den Plattenbauvierteln von der Anti-Antifa überklebt wurden, blieb es von Naziseite jedoch während der Demo ruhig.

Die Brandenburger Straße, Haupteinkaufsmeile Potsdams, ist seit längerem Ort von Pöbeleien und kleineren Auseinandersetzungen. Im Juni 1999 werden einige davon breiter bekannt. So wird ein Motz-Verkäufer (Obdachlosenzeitung) von Glatzen geschlagen und über den Broadway (=Brandenburger Straße) gejagt. Zwei Nazis laufen grölend über den Broadway und beschimpfen dabei die Inhaber und Gäste einer Dönerbude und weiterer Läden mit Sieg-Heil-Rufen und ausländerfeindlichen Parolen und werden schließlich von der Polizei festgenommen. Immer wieder ist von Plänkeleien mit flankierenden Nazis zu hören.

Die rechte Parteienlandschaft in Potsdam

Die Republikaner stellten zur Bundestagswahl 1998 einen Direktkandidaten: Hans Joachim Ritter. Dieser erreichte in Potsdam 1,15%. Das sind 929 Stimmen. Ansonsten traten die Republikaner in Potsdam eher nicht offensichtlich in Erscheinung. Im April 1999 teilte der Kreisvorstand der REP den Mitgliedern den einstimmigen Beschluß mit, sich mit sofortiger Wirkung aufzulösen, da festgestellt wurde, daß kaum oder gar keine Mitglieder mehr vorhanden sind, bzw. viele Republikaner zur DVU gewechselt sind. Der Kreisvorstand war verärgert, daß das Geld für die Brandenburger Landtagswahlen nach Berlin fließen würde, da sich dort die Bundespartei größere Chancen auf Wählerstimmen erhofft. Die Ex-Republikaner kritisierten, daß jegliche Unterstützung des Landes- und Bundesvorstandes für Potsdam ausblieb. Die bisherigen Potsdamer Mitglieder wurden aufgefordert, dem DVU-Kreisverband beizutreten. Der DVU-Landesverband gründete sich im Februar 1999. DVU-Kreisvorsitzender ist Karl Hentze. Stellvertretender Kreisvorsitzender ist Hans-Dieter Müller.

Zur Bundestagswahl 1998 machte der Bund Freier Bürger (BFB) mit seinem Kandidaten für den Bundestag, Dr. Johannes Rey, eher negativ in Potsdam von sich reden (siehe auch Chronologie im Anschluß). Nach dem Ergebnis der Wahl für die Stadt Potsdam erreichte Rey 0,83% oder 677 Wählerstimmen.

Mit 0,2% oder 164 Stimmen fiel die ÖDP (ökologisch Deutsche Partei) mit ihrem Direktkandidaten Eberhard Mauderer nicht ins Gewicht in Potsdam.

Die NPD taucht in den Ergebnissen der Bundestagswahl 1998 nur in der Auflistung der vergebenen Zweitstimmen auf. Hierbei erreicht sie in der Stadt Potsdam 0,56% oder 453 Wählerstimmen. Trotz dieses eher verschwindenden Ergebnisses ist ein Anstieg der Aktivitäten der NPD in Potsdam zu verzeichnen. NPD-Propagandamaterial tauchte 1998 unter anderem bei den Wachtparaden der Langen Kerls auf, Wahlwerbung zur Bundestagswahl wurde allerdings nur in einigen Stadtbezirken wie Stern, Schlaatz, Babelsberg vereinzelt plakatiert. Ebenfalls wurde beobachtet, daß die NPD vor verschiedenen Schulen Wahlwerbung betrieb. Auch tauchten dort - aber auch an anderen Stellen - vermehrt Aufkleber auf. So z.B. NPD- und „Gegen-Zecken"-Aufkleber am Stadtbahnhof, in Babelsberg, Waldstadt und am Schlaatz. Ein weiteres Beispiel sind geklebte Flugblätter in Babelsberg, Potsdam/West und Berliner Vorstadt, die einen Wehrmachtssoldaten zeigen und mit „Anti Star" unterschrieben sind.

Zur Europawahl 1999 unternahmen NPD-Anhänger eine einmalige weiträumige Plakatieraktion in Potsdam. Ausgehend vom Stern, über Schlaatz, Drewitz, zog sich ihre Unternehmung durch Babelsberg bis in die Innenstadt Potsdams. Hierbei kam es allerdings zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen, so daß das Plakatieren abgebrochen werden mußte. Der Schluß liegt nahe, daß im Vorfeld der Landtagswahl im September mit massiven Aktivitäten solcher Art zu rechnen ist.

Ergebnisse der Europawahl 99

Aufgelistet werden die Wahlkreise, in denen im Vergleich vermehrt rechte Parteien gewählt wurden. 33,29 % aller Wahlberechtigten in Potsdam gaben ihre Stimme ab.

NPD

Ergebnis insgesamt: **0,96%**

Zentrum Ost
Hans-Marchwitza-Ring: **3,40%**

Schlaatz-Inselhof: **3,33%**

Babelsberg Nord
Klein Glienicke: **3,14%**

Republikaner

Ergebnis insgesamt: **0,99%**

Die Republikaner blieben in allen Potsdamer Wahlkreisen unter 3%.

Im Vergleich zum Gesamtwahlergebnis fielen folgende Wahlkreise auf (Ergebnisse über **2%**):

Bornstedt/Ortslage;
Potsdam West - Wall am Kiez;
Zentrum Ost;
Schlaatz - Sperberhorst u. Bisamkiez;
Waldstadt - Zum Kahleberg;
Drewitz - Oskar-Meßter-Straße;

Stern-Gaußstraße: **2,90%**

Stern-Joh.-Kepler-Platz: **2,76%**

Stern-Lilienthalstraße: **2,76%**

Waldstadt II
Sonnentaustraße: **2,54%**

Schlaatz-Binsenhof: **2,48%**

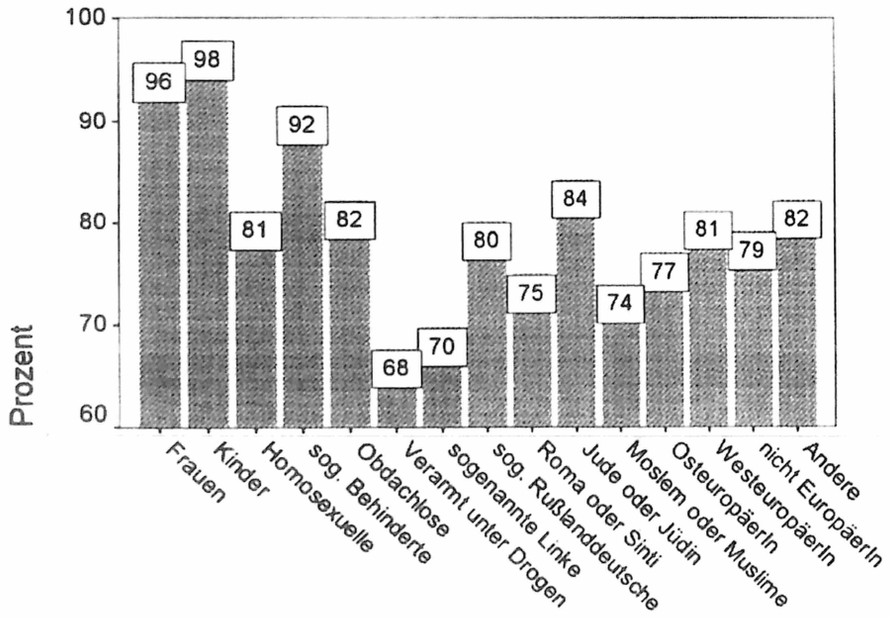
Schlaatz-Milanhorst: **2,40%**

Schlaatz-Biberkiez: **2,38%**

Alt Nowawes: **2,28%**

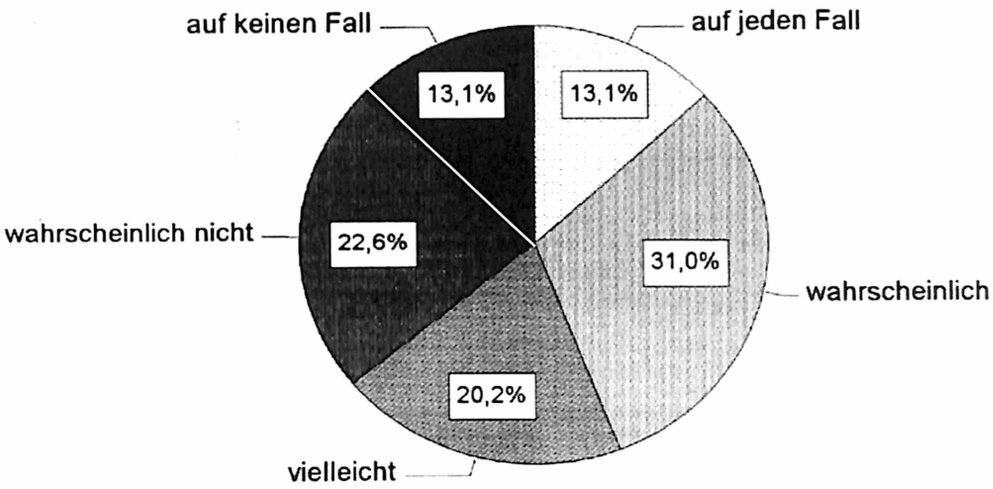
	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	130	98	10
Prozent		75 %	7,7 %

Wem wird nach gewalttätigen Übergriffen Hilfe eingeräumt?

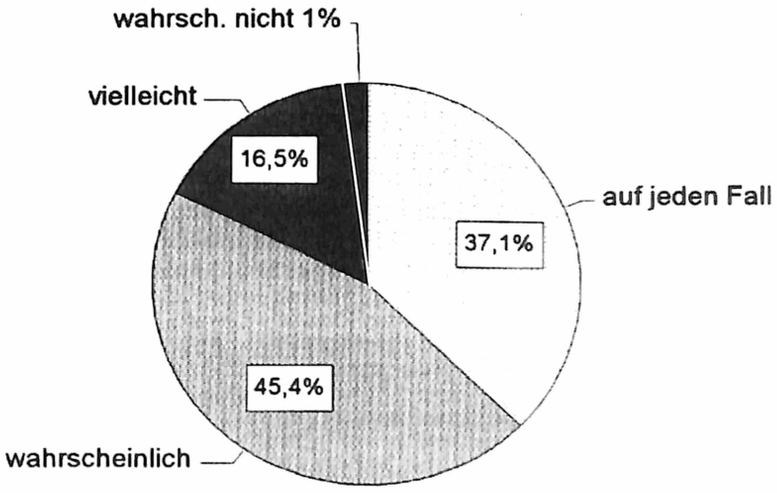


AKTION NOTEINGANG

Ich bringe den Aufkleber an...



Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...



Kleine Chronologie von Ereignissen

Dezember 1997

• Ein Türkischer Asylbewerber wird am Bassinplatz von drei Jugendlichen geschlagen und beraubt.

Februar 1998

• Prozeßauftakt: Sven G., Sven R., Sven W., Jens L., Tamara W., die im Mai 1997 einen Mann in seiner Wohnung ermordeten, weil sie dachten, er wäre Ausländer.

April 1998

• Haftstrafe für einen Mann, der einen Jugendlichen zusammengeschlagen hatte, da er dachte, dieser sei Türke.

• Hitler-Geburtstagsfeier von Polizei aufgelöst.

Juni 1998

• Morddrohungen auf Anrufbeantworter der „Kampagne gegen Wehrpflicht,..." im Vorfeld einer antifaschistischen Demonstration.

• Die Antifaschistische Demonstration mit ca. 300 TeilnehmerInnen gegen Aktivitäten der „Proissenheads" verlief friedlich, u.a. weil die Polizei Rechte abdrängte und 48 Platzverweise gegen diese aussprach. Etwa 100 Rechte hatten sich in der Nähe des Abschlußplatzes gesammelt und lieferten sich eine Prügelei mit den Absperrketten der Polizei.

• Artikel zu Wachparaden; Anfang Juni: Auftauchen mutmaßlich nationalistischer Burschenschaftler bei Parade, außerdem Flugblätter mit typischen Oi-Skin-Parolen wie „Doitschland den Deutschen". Polizei sieht deren Ursprung bei „Kampagne gegen Wehrpflicht,...", diese distanziert sich vom rechten Inhalt und weist Vorwurf zurück.

• Prozeß gegen André D. (29), der im April 1995 vier Personen angegriffen, mißhandelt und beraubt hatte: einen behinderten Obdachlosen, zwei Arbeitslose und einen Jugendlichen. Vorwand: Lappalien wie falsche Schuhgröße. Mittäter Wolfgang F. schon vorher nach Geständnis verurteilt. Beide mögen „Penner" nicht.

Juli 1998

• Rechtsgerichtete Jugendliche, die für die „Bewahrung preußischer Tugenden" eintreten, tauchen bei der Wachparade der „Langen Kerls" auf und kündigen ihr Erscheinen für jede weitere an. Unter den Augen der Polizei gibt es Übergriffe von Neonazis auf Passanten. Einzelne Personen werden namentlich bedroht.

August 1998

• Johannes Rey, Kandidat des BFB für Bundestagswahl und Immobilienhai aus Oberursel, ekelt MieterInnen seiner Villen mit fiesen Tricks und auch Gewalt heraus.

September 1998

• Ein Reisebus wird am Stadtbahnhof von Vermummten angegriffen. Das Fahrzeug war auf dem Weg zu einer DVU-Wahlkampfveranstaltung.

• J. Rey (BFB) erpreßt Unterschriften für seine Kandidatur von Handwerksbetrieben und bedroht diese telefonisch.

Oktober 1998

• Durchsuchungen, unter anderem auch in Potsdam, im Zusammenhang mit der rechten CD „Rock gegen oben" von der Band „Landser".

• Afrikaner am Stadtbahnhof von acht Jugendlichen bedroht. PassantInnen griffen ein und verhinderten weiteres.

November 1998

• Mosambikaner in Straßenbahn rassistisch beschimpft, geschlagen und getreten. Täter flohen, nachdem das Opfer die Notbremse zog.

• Polizei ermittelt gegen drei Männer aus Werder wegen Volksverhetzung und Bedrohung mit der Waffe. Sie sollen drei Schwarze angepöbelt haben. Widersprüche bei Ermittlungen.

Dezember 1998

• Artikel: In Potsdam häufen sich rassistische Überfälle.

Januar 1999

• 300 rechtsradikale Jugendliche randalieren in der Silvesternacht am Schlaatz und greifen Polizei an: Fünf Festnahmen.

März 1999

• Mann bedroht Frau, weil sie mit ihrem ausländischen Mann in seine Nachbarschaft ziehen will.

• Prozeß wegen gefährlicher Körperverletzung gegen Jens K.: Mißhandelte einen 19-jährigen Bewohner des Internats im Oberlinhaus aus Eifersucht (Datum: Juni 98). Zweiter Anklagevorwurf: Tragen verfassungsfeindlicher Kennzeichen (Koppelschloß mit Hakenkreuz). Jens K. ist wegen ähnlicher Delikte mehrfach vorbestraft.

• 18-jähriger schlägt Fußgängerin ins Gesicht und tritt sie am Boden liegend. Junge Frau hatte ihn zur Rede gestellt, nachdem er aus Gruppe von vier Jugendlichen heraus den Hitlergruß gezeigt hatte.

• Fensterscheiben der Landesgeschäftsstelle der PDS werden eingeworfen.

April 1999

•16-jähriger, bereits mehrfach wegen Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestrafter Jugendlicher, stößt eine ausländische Frau auf die Straße. Ein nahendes Auto mußte eine Vollbremsung machen.

Begründung und Zusammensetzung: „Aktion Noteingang" in Potsdam

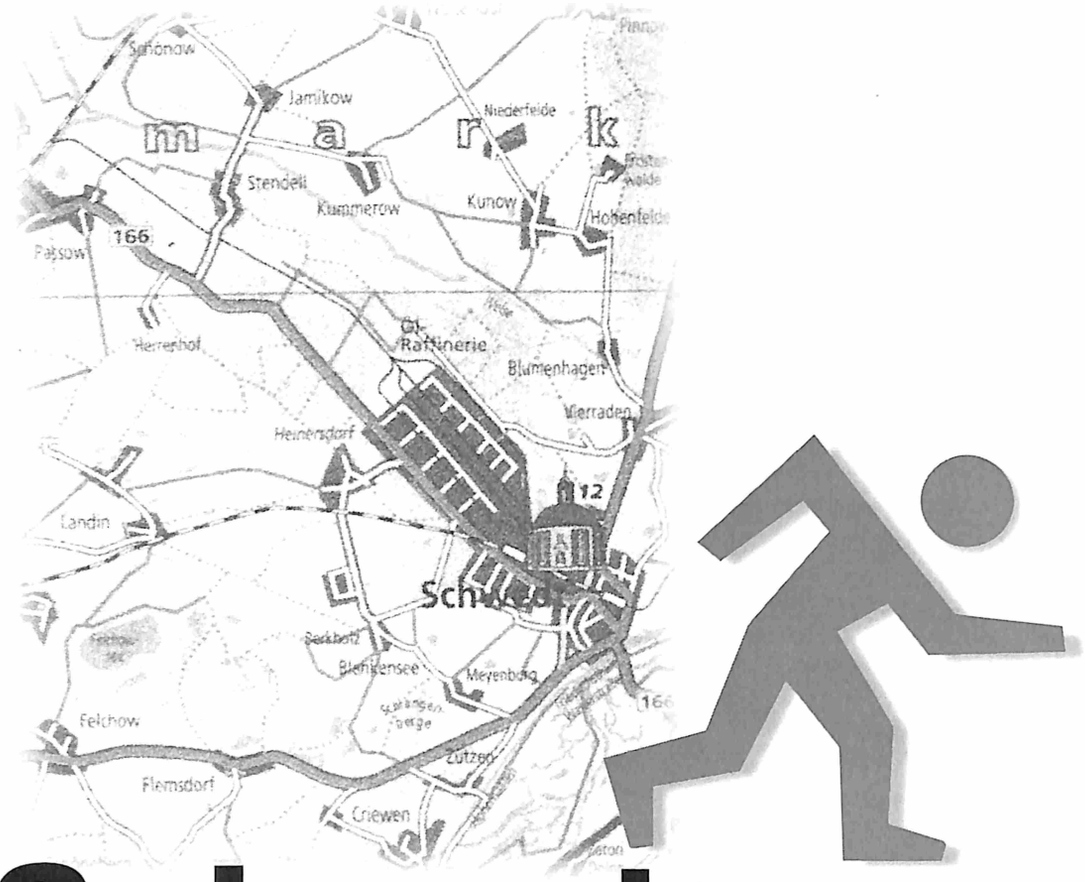
Die Aktion sollte und soll - wie in anderen Brandenburger Städten auch - dazu anregen, über bestimmte gesellschaftliche Normen, Werte und Moralvorstellungen nachzudenken und diese in die Öffentlichkeit bringen. Vor allem soll sie zu Zivilcourage animieren und eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema rassistisch und faschistisch motivierter Gewalt bewirken.

Ausschlaggebende Anlässe waren auch hier offene rassistische und faschistische Übergriffe, vornehmlich auf AusländerInnen und auf andere, nicht ins Bild passende Personen. Gerade in letzter Zeit haben sich solche Übergriffe immer häufiger wiederholt. Dabei spielten sich die meisten Überfälle am hellichten Tag ab. Am 21. Oktober 1998 wurde beispielsweise am Stadtbahnhof ein Afrikaner von acht Nazis attackiert. Nur das beherzte Eingreifen von PassantInnen konnte verhindern, daß die Nazis den Afrikaner brutal zusammenschlugen. Die Kette der Übergriffe und Bedrohungen ließe sich beliebig fortsetzen. Am 28. März 1999 bedrohte ein Mann eine 31-jährige Potsdamerin, die mit ihrem afrikanischen Mann in die Nachbarschaft ziehen wollte. Ein jüngeres Beispiel ist der Versuch eines 16jährigen, eine dunkelhäutige Frau zu töten. Am 06. April 1999 umklammerte er die Frau von hinten und versuchte, sie auf eine verkehrsreiche Straße zu werfen. Nur durch eine Vollbremsung konnte ein Unfall verhindert werden. Ein Taxifahrer beobachtete den Vorfall, konnte den flüchtenden Täter stellen und der Polizei übergeben. Wie sich herausstellte, war der Täter der Polizei schon durch andere fremdenfeindliche Delikte bekannt.

Mit der „Aktion Noteingang" sollen Übergriffe, deren rassistischer und faschistischer Hintergrund oft genug verleugnet wird, öffentlich thematisiert werden. Wir wollen Solidarität mit den Betroffenen zeigen, eine mögliche Unterstützung für Leidtragende schaffen und dazu animieren, sich derartigen Übergriffen offensiv entgegen zu stellen. Das soll das Stimmungsbild in der Stadt nachhaltig positiv beeinflussen. Viele Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen, leben zur Zeit in ständiger Angst, auf offener Straße von diesen angegriffen zu werden und mit dem Gefühl, keinerlei Schutz oder Hilfe von ihren Mitmenschen zu erhalten. Sie sehen sich selbst häufig in einer isolierten Position und bringen nicht den Mut auf, andere gezielt um Hilfe zu bitten. Deshalb betrachten wir es als wichtig, die Bereitschaft zur Hilfe zu signalisieren. Dies soll den Betroffenen das Gefühl vermitteln, bei gewalttätigen Ausschreitungen nicht allein zu sein, und ihr subjektives Sicherheitsempfinden wäre außerdem gestärkt.

Besonders wichtig war und ist es uns, die Befragungen und Aufkleberverteilaktionen möglichst mit Schülern und Schülerinnen zusammen zu machen. Wir wollen eben gerade jüngere Leute für das Thema Antifaschismus sensibilisieren und finden, daß die „Aktion Noteingang" ein Schritt in die richtige Richtung dabei sein kann. Durch mehrere Veranstaltungen in Schulen sind wir dann auch bestätigt worden, und somit ist es nicht verwunderlich, daß der größte Teil der praktischen Befragungs-arbeit von Schülern und Schülerinnen ausging.

Die Aktionsgruppe Potsdam war ein Zusammenschluß von verschiedenen Initiativgruppen und Einzelpersonen, die gemeinsam die Aktion koordinierten und durchführten. Ganz bewußt haben wir darauf verzichtet, mit Parteien oder politischen Größen in der Stadt zu kooperieren. Wir wollten keiner Partei ein Alibi verschaffen und uns auch nicht ausnutzen lassen, gerade in Wahlkampfzeiten kann dies nicht ausgeschlossen werden.



Schwedt

Stadtgeschichte und Strukturen

Schwedt liegt im Nordosten von Brandenburg und befindet sich im Landkreis Uckermark. Die 1265 erstmals urkundlich erwähnte Stadt liegt an der Oder, unmittelbar an der Grenze zu Polen. Nachdem die Stadt zweimal fast vollständig zerstört wurde, 1637 und 1945, wo 85% aller Wohnhäuser im Artilleriebeschuß vernichtet wurden, registrierte Schwedt 1981, mit 52284 EinwohnerInnen die bisher höchste Anzahl. In der Zeit der DDR hatte Schwedt das größte Erdölverarbeitungswerk des Staates. Durch die Grundsteinlegung dieses Werkes im Jahre 1960 und der weiteren Entwicklung zu einem wichtigen Standort wurde Schwedt zu einer typischen Industriearbeiterstadt der ehemaligen DDR mit ihren Plattenbauten und überwiegend tristen Erscheinungsbild. Nach der Angliederung der DDR in die BRD (nach Art.23 GG) im Jahre 1989, kam es zu neuen Entwicklungen in den Strukturen und im Stadtbild. Betriebe, wie das Petrolchemische Kombinat (PCK) wurden privatisiert (Petrol Chemie und Kraftstoffe) und es kam zu diversen anderen Investitionen. Durch Entlassungen und Umsiedlungen von Betrieben kam es, wie in vielen anderen ostdeutschen Städten, zu einem Rückgang der Bevölkerung. Am 31.12.1998 waren in Schwedt nur noch 43.248 Personen mit Haupt- und Nebenwohnsitz gemeldet. Gegenüber dem Jahr 1990 liegt der Bevölkerungsstand bereits unter 85 Prozent. Das Durchschnittsalter der Schwedter Bevölkerung beträgt 39,5 Jahre. Viele Menschen im arbeitsfähigen Alter verlassen die Stadt, da sie keine Perspektive für ihre Weiterentwicklung sehen. Die Arbeitslosenquote der Stadt betrug 1998 - 22,4%, wobei sie im Vorjahr noch bei 26% lag. Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahre betrug 1998 - 1.4%.

Laut des statistischen Kurzberichtes der Stadt vom Februar 1999 leben zur Zeit 615 AusländerInnen in Schwedt. Das ist ein Anteil von 1,39 Prozent der Gesamtbevölkerung. 79% der AusländerInnen stammen aus 25 europäischen Staaten, 19% kommen aus asiatischen Staaten und 2% aus Amerika, Afrika und Australien. Die Stelle des Ausländerbeauftragten lief Ende 1998 aus und es gab eine Zeit, in der unsere Stadt keinen Ausländerbeauftragten mehr hatte. Seit etwa Mai 1999 ist die Stelle wieder besetzt durch die ehrenamtliche Arbeit von Herrn Harney, dem ehemaligen Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Schwedt. Die evangelische Beratungsstelle für AsylbewerberInnen, Flüchtlinge und AussiedlerInnen läuft demnächst aus (ABM). Es existiert eine zweite Beratungsstelle vom Uckermärkischen Berufsbildungsverein (UBV), welches eine Strukturanpassungsmaßnahme (SAM) ist und Ende 1999 ausläuft. Im Jahr 2000 wird jedoch eine neue Stelle entstehen. Außerdem ist in dieser Beratungsstelle nur eine Einzelfallbetreuung möglich. Die Beratungsstelle des UBV kümmert sich zudem um die Betreuung der BewohnerInnen des Asylbewerberheimes in Crussow. Die Situation wird von beiden Beratungsstellen so eingeschätzt, daß sich Menschen anderer Herkunft in unserer Stadt meist bedroht fühlen. Es ist bekannt, daß es Diskriminierungen nicht nur im Berufsleben gibt, sondern auch im Lebensalltag haben AusländerInnen mit Diskriminierungen zu kämpfen.

Das eine Gefahr auch in Schwedt besteht und viele Menschen sich mit ständiger Angst in unserer Stadt bewegen, ist auch an den Übergriffen zu sehen. Dabei scheint das Interesse der Presse, diese Gewalttaten zu thematisieren, nicht sehr groß zu sein. Viele Übergriffe werden nicht veröffentlicht und es kommt oft aus Angst vor Konsequenzen erst gar nicht zu Anzeigen.

Übergriffe in der Stadt

Einige der uns bekannten Übergriffe werden wir hier noch einmal kurz darlegen. Am 7. August 1998 wurde ein 14jähriger chinesischer Jugendlicher von einem 19jährigen rechten Jugendlichen mit einer Bierflasche geschlagen und anschließend mit Stahlkappenstiefeln getreten. Eine neu zugezogene afghanische Familie wird seit ihrem Umzug nach Schwedt tagtäglich bedroht und lebt, seit sie hier ist, in ständiger Angst. Am 31.12 1998 wurden zwei Spätaussiedler aus Kasachstan von zwei jungen männlichen Rechten angegriffen und verletzt. Sie mußten ambulant behandelt werden. Am 27.03. 1999 wurde der libanesische Asylbewerber Yasser auf offener Straße von einem 19jährigen Rechtsextremen niedergestochen. Er wurde schwer verletzt und mußte notoperiert werden. Die Tat sei „rein ausländerfeindlich, von niederen Beweggründen geprägt und heimtückisch" gewesen, sagte Staatsanwalt Michael Neff in der MOZ vom 29.3.99. Solange es jederzeit zu solchen Taten kommt, ist es unmöglich, sich in dieser Stadt mit diesem rassistischen Klima sicher zu fühlen.

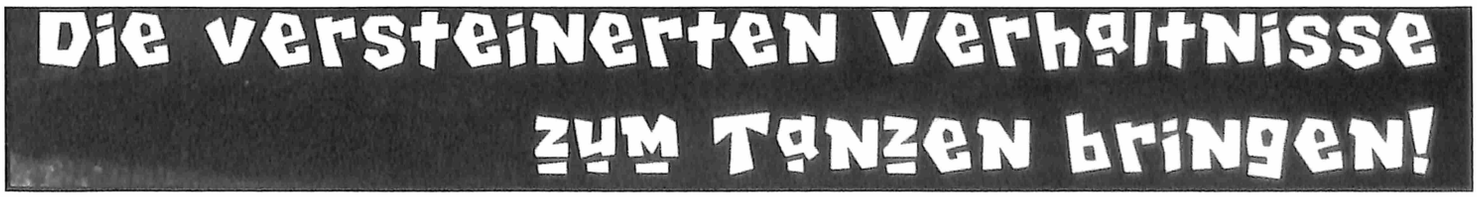
Jugend/ kulturelle Situation

Auch die Angebote auf kultureller oder politischer Ebene für AusländerInnen und nicht rechte Jugendliche sind eher spärlich. Es existieren derzeit 4 Jugendklubs, 5 Jugend- bzw. Freizeittreffs und diverse Diskotheken. Diese sind überwiegend von rechten Jugendlichen dominiert und entsprechen oft nicht den Erwartungen anderer Jugendlicher. Es gibt keine Einrichtungen, in denen es möglich ist, einem partizipatorischen und selbstbestimmten Ansatz der Jugendarbeit nachzugehen. Es gibt keine parteiunabhängigen Politikveranstaltungen.

Folgende Einrichtungen bieten die Möglichkeit, sich in Schwedt kulturell, aber nicht politisch, zu betätigen: Musikschule, Kunstschule, Theater und Kunstverein. Desweiteren findet man ca. 30 Sportvereine. Die Dominanz rechter Jugendlicher und Gruppen fällt vor allem den Betroffenen von rechter Gewalt auf. Die politischen Sympathien der rechten Jugendlichen spiegeln sich in ihrem äußeren Erscheinungsbild wieder. Auffällig sind hierbei Schnürstiefel, Bomberjacken, kurze Haare, Aufnäher und Tätowierungen mit eindeutig zuzuordnenden Symbolen. Oft kommt es zu Provokationen durch abwertende Gesten und beleidigende Aussprüche. Besonders die Stadtteile Talsand, Am Waldrand und Kastanienallee sind Brennpunkte.

Kommunalpolitische Situation

Dies wurde auch bei den Europawahlen in diesen Stadtteilen deutlich. Hierbei erhielt die NPD beispielsweise im Wohngebiet Talsand 2,77% und im Wohngebiet Am Waldrand 3.19%, bei einer Gesamtanteil der Stimmen von 1,99% in Schwedt. Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) von Schwedt stellt sich aus folgenden Parteien zusammen: SPD 19, Offene Liste PDS 10, CDU 6, F.D.P. 3 und B90/Grüne 2 Sitze. Der Oberbürgermeister der Stadt, Herr Peter Schauer, ist von der SPD und erhält auch einen Sitz. Trotz dieser Zusammensetzung führen rechte Parteien jedes Mal erneut einen sehr aggressiven Wahlkampf. Die NPD geht beispielsweise auf die Straße und versucht durch Mundpropaganda neue Mitglieder zu werben. Der Sitz des Kreisverbandes ist in Schwedt. Der stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende und 3 weiteren Kameraden wurden vom Jugendschöffengericht zu Geldstrafen verurteilt, weil sie am 9. November 1998, nach einer Gedenkveranstaltung für die jüdischen Opfer der Reichsprogromnacht am 9. Nov. 1938, auf Kerzen vor einer jü-

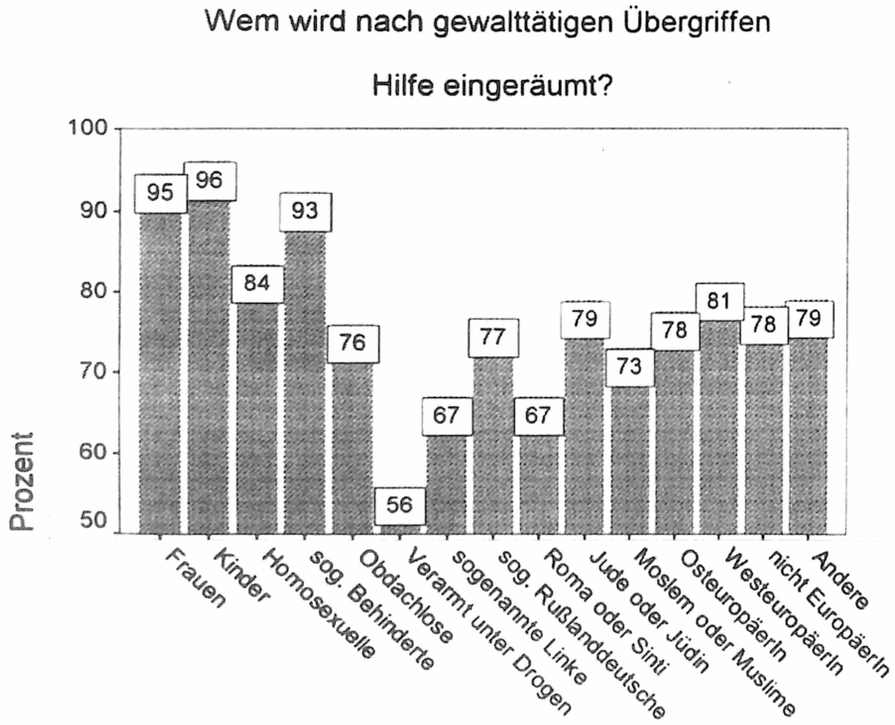


dischen Gedenktafel urinierten und so das Andenken Verstorbener schändeten. Es existiert eine Nationale Bürgerinitiative Uckermark, die in mindestens einer Schule Flugblätter mit rechten Inhalten verteilte. Vor allem vor Wahlen wird die Präsenz rechter Parteien in Schwedt immer wieder deutlich. Vor den Bundestagswahlen 1998 organisierte die NPD auch in Schwedt eine Demonstra-tion für Anhänger und Sympathisanten. Diese Veranstaltung war für sie als Erfolg zu werten, da sie eine sehr attraktive Strecke zugewiesen bekamen und auch die am Rand stehende Bevölkerung scheinbar den Zug unterstützte. Die vom Oberbürgermeister initiierte Gegenveranstaltung, mit dem Motto: „Sagen Sie NEIN zu Rechtsextremismus und Gewalt", rief zu Humanität, Toleranz und Solidarität auf. Herr Schauer kündigte an, ein Bündnis gegen Rechts ins Leben zu rufen. Auch nach mehrmaligem Einfordern dieses Bündnisses durch verschiedenste Gruppen, kam es bisher nicht zu dessen Realisierung. Neben nicht-rechten Gruppen, deren Arbeit sich auf Kulturarbeit beschränkt, gibt es derzeit keine Gruppen, die sich politisch gegen Rechts engagieren. Ein Zusammenschluß von Gruppen für gewaltpräventive Arbeit stellt die KKV (Kommunale Kriminalitätsverhütung) dar. Dieses Bündnis besteht überwiegend aus Einzelpersonen, wie der Leiter der Schutzbereiches 2 der Polizei, der Leiter des Ordnungsamtes, der Schulverwaltung, des Schulamtes usw., die je nach der anstehenden Problematik eingeladen werden. Da sie kaum öffentlich auftreten, war es schwer für uns, mit ihnen in Kontakt zu treten. Als es uns gelang, konnten wir uns nicht bei ihnen vorstellen, da wir nicht in ihren Themenkreis paßten.

Zum Verlauf der Aktion

Die Aktion wurde vor allem durch persönliche Kontakte zu der Initiativgruppe in Bernau und durch die Teilnahme am Antirassismuscamp im November 1998, wo die Aktion erstmals in die Städte getragen wurde, nach Schwedt gebracht. Außerdem wurden einige engagierte Leute durch die Medien auf sie aufmerksam. Durch das persönliche Engagement von Jugendlichen, die die Notwendigkeit sahen und ein gemeinsames Interesse hatten, etwas gegen rassistische und faschistische Tendenzen in Schwedt zu tun, fand sich im November 1998 eine Gruppe, die sich zum Ziel setzte, „Aktion Noteingang" in Schwedt zu verwirklichen. Unsere Motivation war überwiegend eigene Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt oder eine tiefgründige Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Möglichkeit der Schaffung eines Bündnisses zur Verwirklichung der Aktion war nicht gegeben. Wir erhielten von verschiedenen Stellen (UBS, Kinder- und Jugendparlament, MBT) Unterstützung, Gewerkschaften und das Zollamt beteiligten sich durch einen Zeitungsartikel an der Öffentlichkeitsarbeit, die PDS gab uns die Möglichkeit, der Darstellung auf ihren Veranstaltungen. Außerdem wollen wir uns an dieser Stelle bei Herrn Kupke für die aktive Beteiligung und das rege Interesse an der Aktion bedanken. Bei der Suche nach Räumlichkeiten stießen wir beim Stadtjugendring (eine Veranstaltung), Karthausclub und der „Neuen Zeit" auf offene Ohren. Trotz der oben genannten Unterstützung waren wir bei der Durchführung der Aktion weitgehend auf uns selbst gestellt. Da wir den Ablauf und die Umsetzung der Aktion jedoch nicht gefährden wollten, beschlossen wir, sie auch ohne vorhandene BündnispartnerInnen zu starten, und den erheblichen Zeitaufwand auf uns zu nehmen. Anfänglich hatten wir verstärkt Kontakt zum damaligen Ausländerbeauftragten, der uns die Situation der AusländerInnen, AsylbewerberInnen und AussiedlerInnen verdeutlichte, uns somit in unserer Arbeit bestärkte und die Notwendigkeit einer solchen Aktion bekräftigte. Auch der Bürgermeister positionierte sich im Februar 1999 öffentlich und verschaffte uns damit Rückhalt durch die Presse, die seitdem auch Artikel von uns veröffentlichte. Es war vorher sehr schwer, in der Presse wahrgenommen zu werden, da die

	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	206	138	41
Prozent		67 %	20 %

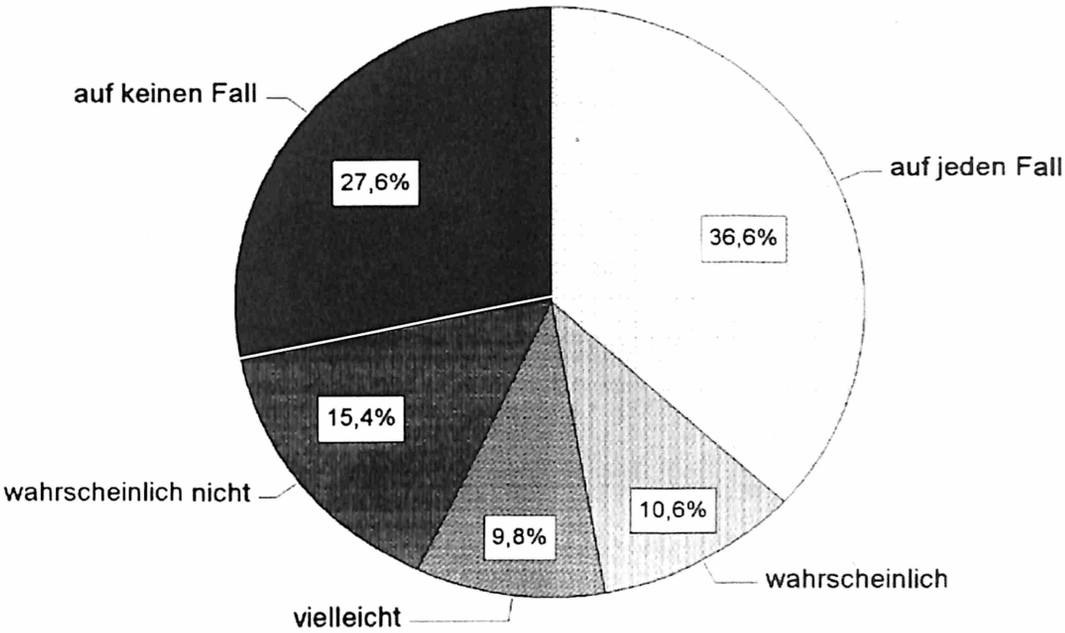


Gruppe noch keinen Status hatte und nicht bekannt war. Die Startsituation für unsere junge und unerfahrene Gruppe war nicht leicht, da sich keinerlei Rahmenbedingungen für eine organisierte und kontinuierliche Arbeit boten. Nachdem uns der Karthausklub die Möglichkeit gab, einmal die Woche für ca. 2 Stunden einen Raum als Treffpunkt zu nutzen, war das ein erster Anlaufpunkt für interessierte Leute. Da uns untersagt wurde, dies zu veröffentlichen, war es anfangs schwierig, Kontinuität in die Arbeit zu bringen. Die Gruppe lernte sich kennen und es folgten Auseinandersetzungen und Weiterbildungen zu den Problematiken.

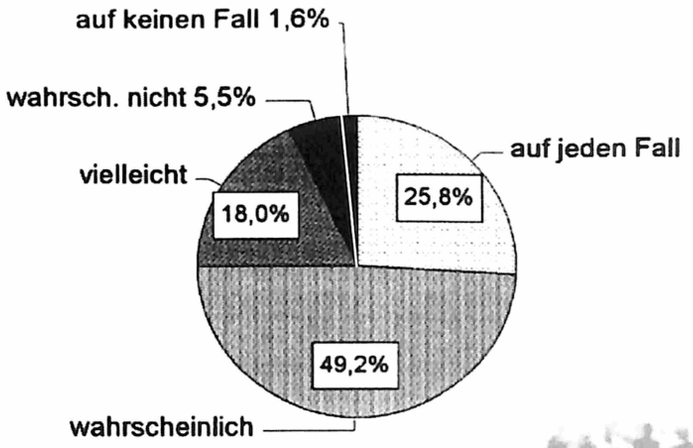
Überfälle in Schwedt

„Aktion Noteingang" war der gemeinsame Nenner der Gruppe, die Motivationen und Inhalte wurden durch das Hinzukommen neuer Leute immer wieder transparent gemacht und zur ständigen inhaltlichen Diskussion gestellt. Der antirassistische und antifaschistische Ansatz stand im Mittelpunkt bei der Suche nach BündnispartnernInnen. Die Gruppe wurde durch die direkte Befragung der Läden und eine intensive Vorbereitung darauf, weiter gefestigt. Durch das Hinzukommen neuer Menschen war es notwendig, einen neuen Treffpunkt zu finden, und der bot sich im Kulturhaus „Neue Zeit". Dort hatten wir die Möglichkeit, uns zu treffen und unsere Arbeit zu organisieren. Es entwickelte sich eine Regelmäßigkeit der Treffen und ein verstärktes Auftreten in der Öffentlichkeit. Wir führten Pressegespräche und konfrontierten die regionalen Medien (MOZ, Angermünde TV, Kabel 12) mit der Problematik, um damit die LadenbesitzerInnen auf die Aktion vorzubereiten. Auch das ZDF zeigte Interesse an unserer Arbeit und im März drehten sie einen Beitrag in Schwedt, der am 2.Mai in „Blickpunkt" gesendet wurde. Durch diese gewollte Transparenz wurden auch Gruppen auf uns aufmerksam, die nicht unsere politischen Interessen vertreten. So kam es auch dazu, daß einige unserer Treffen von NPD-Mitgliedern besucht wurden und wir dies als sehr störend für die Koordinierung der weiteren Arbeit empfanden.

Ich bringe den Aufkleber an...



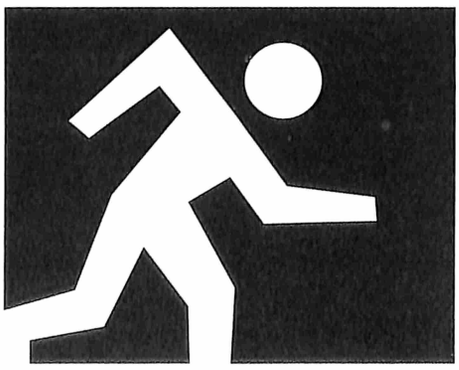
Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...



Da Noteingang eine brandenburgweite Aktion war, erhielten wir auch Unterstützungen von anderen Städten und von der Bildungsoffensive 2000 (BO2000), die mit uns gemeinsam ein Seminar zu den Themen Gruppenstrukturen und Umgang in der Gruppe durchführten, was sich in der weiteren Arbeit als sehr hilfreich erwies. Die Gruppe, die nun seit November 1998 zusammenarbeitet, besteht derzeit aus 15 bis 20 Menschen, die sich aktiv daran beteiligten, in die Läden zu gehen und die Ergebnisse zusammenzutragen und auszuwerten. Nachdem der lange Vorbe-reitungsprozeß abgeschlossen war, gingen wir „auf die Straße". In den Läden führten wir Gespräche mit Angestellten und InhaberInnen und stellten ihnen unser Projekt vor. Um eine Stigmatisie-rung der LandeninhaberInnen zu vermeiden, boten wir ihnen die Möglichkeit, sich in einem Fragebogen differenziert zu Fragen zu äußern, wie: „Warum bringen ich den Aufkleber an oder warum nicht ?" oder „Warum werde ich helfen oder nicht ?". Anhand dieses Frage-bogens wollen wir eine Situationsanaly-se betreiben und das Stimmungsbild in unserer Stadt erfassen. In den Gespräche gingen wir auf alle Fragen ausführlich ein und stellten außerdem Informationsmaterial zur Verfügung. Wir händigten den Filial- und Geschäftslei-tungen ein Faltblatt aus, das über die Situation in Schwedt informierte und die wichtigsten Kontakttelefonnummern enthielt. Außerdem gaben wir ihnen eine Auflistung von Hinweisen zum Umgang mit direkter Gewalt. Durch die Pressearbeit und die Gespräche in den Läden war es uns möglich, eine öffentliche Diskussion zum Thema zu fördern und in gewissem Maße Zivilcourage zu fordern.

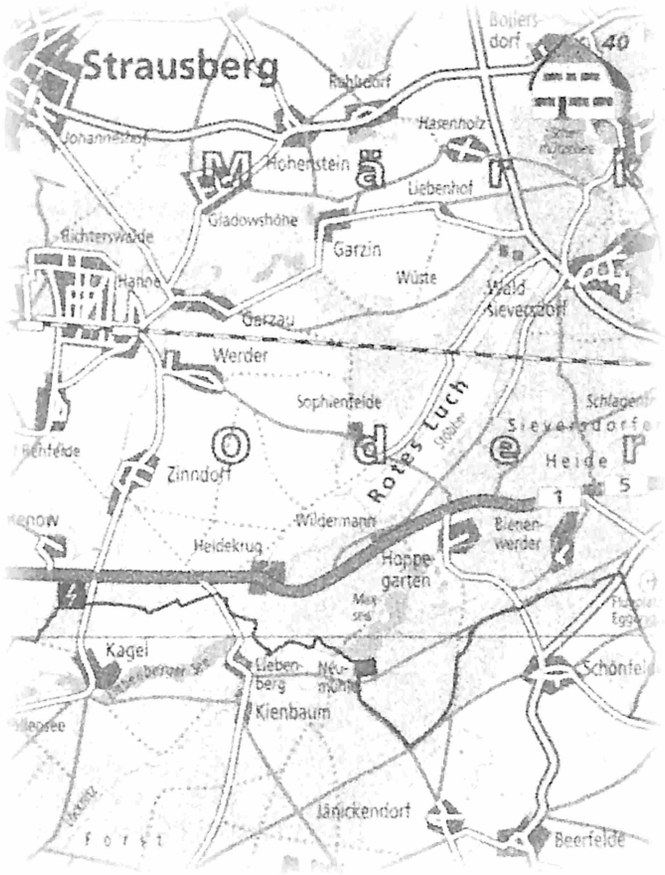
Erfahrungen

Unsere Erfahrungen in den Geschäften waren sehr unterschiedlich und reichten von absoluter Zustimmung bis hin zu Rausschmissen. Teilweise hatten wir das Gefühl, daß wir als Jugendliche nicht ernst genommen wurden, da sich nur selten einer längeren Auseinandersetzung gestellt wurde. Die Kenntnisnahme der Aktion von LadeninhaberInnen und Filialleitungen war trotz massiver Pressearbeit für uns nicht befriedigend, was sicherlich oft damit zusammenhing, daß viele BetreiberInnen nicht hier ansässig sind und sich kaum in städtischen Strukturen auskennen. Die Resonanz in den öffentlichen Einrichtungen war positiv, nur mußten wir auch häufig feststellen, daß die Aufkleber, ohne daß es von den Angestellten bemerkt wurde, wieder entfernt wurden. So mußten beispielsweise in Schulen, an Turnhallen, am „HIT" und am Bürohotel die Aufkleber mehrmals erneuert werden. Vor allem das Einsammeln der Fragebögen war sehr zeitaufwendig, da wir die Fragebögen persönlich wieder abholten. Aus den Gesprächen ergab sich der Eindruck, daß das Problem des Rechtsextremismus wahrgenommen wird, aber es den meisten schwer fällt, sich dagegen zu positionieren. Viele haben schlechte Erfahrungen und daraus resultiert oft Angst vor kaputten Fensterscheiben, Randale und dem Verlust von Kund-schaft, was uns signalisiert, daß ein großer Teil der Kunden eher rechts orientiert ist und dies auch nach außen trägt. Die öffentliche Darstellung rechtsextremer Ideologien hat eine einschüchternde Wirkung. Oft wird argumentiert, daß es selbstverständlich sei zu helfen, aber warum ist es dann nicht auch selbstverständlich, das nach außen zu signalisieren? Oftmals war es für uns sehr schwer, den Chef zu erreichen, und wir sahen uns nicht selten mit ignorantem oder gleichgültigem Verhalten konfrontiert. Vor allem erschreckte es uns, als wir vom Management des Oder-Centers ein Verbot erhielten, die Aufkleber zu befestigen, mit der Begründung, sie würden das Einheitsbild stören, und die Leute sollten zum Einkaufen in das Center kommen und sich wohl fühlen, nicht um sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen. Die Fragebögen wurden überwiegend gut angenommen und beantwortet, was uns jedoch etwas enttäuschte, war die oft fehlende Diskussion. Jedoch wird die Auswertung der Fragebögen eine gute Situationsanalyse ergeben, anhand der wir ein aktuelles Stimmungsbild über Schwedt erhalten und nach weiteren Handlungsmöglichkeiten suchen können.



Evaluation und Perspektiven

Die Aktion stellte für die junge Gruppe einen idealen Einstieg für eine inhaltliche Arbeit in Schwedt dar. Es war die Möglichkeit, endlich den vielen Worten der vergangenen Jahre, Taten folgen zu lassen. Dabei war es uns sehr wichtig, die öffentliche Debatte anzuregen, wobei wir diese selbst mitgestalten wollten und an persönlichen Erfahrungen und Meinungen anderer sehr interessiert waren. Diesem Anspruch sind wir auch weitestgehend gerecht geworden. Hierbei wurde deutlich, daß sich viele SchwedterInnen nur oberflächlich mit den Lebensbedingungen anderer Menschen befassen und sich nicht ihnen gegenüber positionieren wollen, sondern meist gar keine Meinung zu bestimmten Problemen entwickelt haben bzw. diese nicht kund tun. Diese Gleichgültigkeit erschreckte uns oft bei unseren Gesprächen und intensivierte unsere eigene Auseinandersetzung mit der Thematik. Zu diesem Zweck nutzten wir die Schulprojektwoche am C.-F.-Gauß-Gymnasium vom 05. bis 09.07.99, indem wir in Zusammenarbeit mit der BO2000, RAA, dem Asylbewerberheim und der Ausländerberatungsstelle in Prenzlau, ein Projekt zum Thema Rassismus organisierten. Auch das Auftreten von Mitgliedern der Aktionsgruppe Noteingang in Frankfurt/Oder bei einer Konferenz zum Thema Rechtsextremismus in Brandenburg und die Präsentation der Aktion im Rahmen einer Veranstaltung der Heinrich Böll-Stiftung half uns, neue Kontakte zu knüpfen. Die Ergebnisse können sowohl positiv als auch negativ bewertet werden. Auf der einen Seite sehen wir jeden angebrachten Aufkleber als Erfolg, jedoch haben wir die Befürchtung, daß sich mit dem Thema nur oberflächlich auseinandergesetzt wurde. Als großen Erfolg werten wir die Entwicklung unserer Gruppe, die sich perspektivisch das Ziel gesetzt hat, in den aufgebauten Strukturen weiterzuarbeiten, die Arbeit jedoch auch auf andere Bereiche auszuweiten. Hierbei hoffen wir auf die Unterstützung der Stadt bei der erneuten Suche nach Räumlichkeiten.



Strausberg

Unsere äußerlich schöne Stadt

Strausberg (SRB) liegt östlich von Berlin, genauer im Landschaftsschutzgebiet Strausberger und Blumenthaler Wald - und Seengebiet. Es leben dort 28.000 EinwohnerInnen auf einer Fläche von 235 qkm. Im idyllischen Städtchen mit See befindet sich die einzige elektrische Drahtseilfähre Europas. Die Stadt erstreckt sich über zehn Kilometer in der Länge und teilt sich in drei große Abschnitte: Strausberg-Nord, Strausberg-Stadt und Strausberg-Vorstadt.

Strausberg war und ist eine Garnisionsstadt. Heute befinden sich auf ehemaligem NVA - Gebiet, die Bundeswehrakademie und das Kreiswehrkommando Ost.

Strausberg ist eine der PDS-Hochburgen des Landes Brandenburg. Durch die hohe Zuzugsrate von NVA-Offizieren zu DDR-Zeiten ist ein Großteil der „alten Genossen" in Strausberg geblieben, verbringt hier seinen Lebensabend und engagiert sich zum Teil ehrenamtlich in Bürgervereinen und politischen Parteien, vertritt aber durchaus auch kleinbürgerliche Ansichten.

Die Parteienlandschaft

Im Stadtparlament vertreten sind die PDS, die SPD, die CDU, die Unabhängige Freie Wählergemeinschaft, ein Einzelkandidat und die Alternative Jugendliste.

Rechte Parteien sind im Stadtparlament nicht vertreten. Jedoch lebt der Vorsitzende der DVU Brandenburg (Axel Hesselbarth) in Strausberg. Des weiteren hat sich im November 1998 ein NPD-Stadtverband gegründet, der durch den Sprecher Matthias Obst z.B. mit einer Gewaltverzichtserklärung in die Öffentlichkeit trat. Auch existiert in Strausberg

eine Kameradschaft mit dem Namen ANSDAPO, die durch Rene Berger in Nazipublikationen in Erscheinung trat. Berger saß wegen Mordes an einem Obdachlosen einige Zeit in der JVA Brandenburg und erhielt dort tatkräftige Unterstützung von der rechtsextremen „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene (HNG)". Auch verstehen sich einige Jugendliche der Hertha BSC-Fangemeinde in Strausberg als rechts. In den letzten Jahren ist ein prägnantes Wachstum und eine zunehmende Organisiertheit von Neonazis und deren Mitläufern zu beobachten. Deutlich wird dies durch vermehrt auftretende rechtsextreme Propaganda (Aufkleber, Plakate etc.).

Zur Jugendkultur in der Stadt

Durch die ständige Präsenz von linken Jugendlichen in der Stadt, die - durch die Besetzung der Villa Eckertstein (1991) und die Fortführung des Projektes im HORTE (seit 1995) - immer vorhanden war, gab es in Strausberg auch immer eine nicht rechte Jugendkultur. Besonders in den Neubaugebieten hat sich in den letzten Jahren eine recht vielschichtige Skater- und HipHop-Szene entwickelt, die immer eine Opposition zum rechten Mainstream darstellten.

Durch das Projekt (HORTE) haben die Jugendlichen ein Sprachrohr und können ihre Ideen in die Öffentlichkeit tragen. Für die Durchführung der „Aktion Noteingang" war das Vorhandensein eines alternativen Projektes in der Stadt von immensem Vorteil.

Es gibt diverse Jugendclubs in Strausberg, in denen auch teilweise rechtsgerichtete Jugendliche verkehren, aber es gibt zur Zeit keinen Club, den sie dominieren. Vielmehr trifft sich die organisierte Naziszene in der Restauration „Fantasia" in Strausberg-Vorstadt, teilweise auch mit Nazikadern aus Berlin. Als die ersten Überlegungen zur „Aktion Noteingang" in Strausberg getroffen wurden, gab es verschiedene öffentliche Treffpunkte von rechtsgerichteten Jugendlichen z.B. am S-Bahnhof Vorstadt. Dort befanden sich täglich zwischen zehn und zwanzig rechtsextreme Jugendliche. Einige von ihnen tragen auch offen Aufnäher, T-Shirts etc. mit rechtsextremistischen Symbolen und Inhalten. Es gab wiederholt Anpöbeleien und Bedrohungen gegen Andersaussehende in SRB-Vorstadt. Auch Strausberg hatte bis dahin schon eine Geschichte von rassistisch und faschistisch motivierten Übergriffen. Beispielsweise wurde 1993 ein Ghanaer von Nazis zusammengeschlagen. Anfang 1999 verprügeln drei rechte Jugendliche eine 14jährige Schülerin, wegen ihres „zeckigen" Aussehens, in der S-Bahn zwischen Stadt und Hegermühle. Es gab zahlreiche weitere Zwischenfälle. Mitglieder des Baseballvereins wurden auf dem Weg zum KSC-Gelände rassistisch beschimpft. Genannt seien noch der Überfall von ca. 15 Neonazis, die im Winter 1998 das HORTE angriffen und der Überfall auf den „Chaoskeller" in Strausberg am 6. März 1999, bei dem die Inneneinrichtung von Strausberger, aber auch Eisenhüttenstädter und Fürstenwalder Neonazis verwüstet wurde.

„Aktion Noteingang" die Anfänge

Über die Zusammenarbeit mit dem Bernauer Jugendclub „Dosto" kamen Informationen über die „Aktion Noteingang" nach Strausberg ins HORTE. Dort fanden sich interessierte Jugendliche und übernahmen die Organisation zur Durchführung der Aktion in Strausberg. Es schlossen sich noch weitere Jugendliche z.B. aus dem Gymnasium Strausberg an. So existierte anfänglich eine Gruppe von ca. zwanzig Engagierten. Es waren Jugendliche von 14 bis 27 Jahren vertreten, einige mit Erfahrungen in der Organisierung von Projekten und einige, die auf diesem Gebiet noch gar keine Erfahrungen gesammelt hatten.

Diese trafen sich Anfang März das erste Mal und legten die Schwerpunkte zur Durchführung der Aktion fest. Die Hoffnungen und Erwartungen der Einzelnen waren zum Teil unterschiedlich. Als positiv wurde das Eingreifen in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge gesehen. Auch gab es die Hoffnung der Stadtbildprägung durch die Aufkleber. Das Thema Antirassimus lag allen am Herzen, und durch die „Aktion Noteingang" wurde eine Möglichkeit gesehen, auf diesem Gebiet aktiv zu werden. Mit den Menschen in der Stadt über das Thema Rassismus ins Gespräch zu kommen, wurde auch als Vorteil betrachtet. Ein breites, sich eindeutig als antirassistisch bekennendes, langfristig arbeitendes Bündnis zu schaffen, war eine weitere Idee, die im Rahmen von „Aktion Noteingang" entstand.

Der schwere Weg der Bündnissuche

Im Sommer vor den Bundestagswahlen konstituierte sich in Strausberg ein „Bündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt", in welchem die Parteien (PDS, SPD, CDU, Unabhängige Freie Wählergemeinschaft, Grüne) sowie LehrerInnen, Kirchenvertreter, Polizei, Bürgervereine, HORTE und engagierte Einzelpersonen zusammenkamen. Das Bündnis wurde genutzt, um über rechtsextremistische Tendenzen in Schulen zu diskutieren, eine Gegenmobilisierung zum NPD-Infostand am 08.08.1998 zu organisieren oder mit einer Veranstaltung am 9. November 1998 an die Pogrome gegen jüdische Einrichtungen 1939 zu erinnern.

Einige VertreterInnen der Aktionsgruppe Noteingang versuchten Anfang 1999 ein Treffen des Bündnisses gegen Rechts einzuberufen, was sich als schwierig herausstellte. Als es dann am 22. März 1999 endlich stattfand, war die Grobkonzeption zur Durchführung der „Aktion Noteingang" in Strausberg schon vorbereitet. Ein Flugblatt wurde verfaßt, in dem erklärt wurde, warum die „Aktion Noteingang" in Strausberg durchgeführt werden soll. Unter anderem wurden dort die Situation von nicht rechten Jugendlichen in Strausberg-Vorstadt dokumentiert und die bevorzugten Treffpunkte der Rechtsradikalen benannt. Außerdem wurden zwei konkrete Übergriffe von Rechtsradikalen auf Andersdenkende beschrieben. Dieses Flugblatt wurde zum Streitpunkt der Diskussion. Ein Großteil der im Bündnis Vertretenen wollte dieser Darstellung keinen Glauben schenken und empfand die Dokumentation als übertrieben. Sätze wie: „Strausberg ist keine rechte Stadt."(SPD) oder „ Dieses Flugblatt vermittelt eine Schreckensvision von unserer Stadt." (evangelischer Kirchenvertreter) oder „Wir wollen und können hier keine Partikularinteressen vertreten." (PDS) wurden geäußert. Der Vertreter der CDU sagte: „Ich will, daß jeder zweite Laden den Aufkleber anbringt." Erst dann halte er die Aktion für unterstützenswert. Diese Art von Lippenbekenntnissen half uns aber in der konkreten Umsetzung der Aktion nicht weiter.

Auch der Polizeisprecher konnte zu den auf dem Flugblatt aufgeführten Vorfällen keine Auskunft geben, da die betroffenen Jugendlichen keine Anzeige gestellt hatten. Außerdem wurde darüber diskutiert, daß das Hauptaugenmerk ausschließlich auf rassistische und faschistische Gewalt zu lenken, ein falscher Ansatzpunkt sei. Das Bündnis kam dann zu dem Ergebnis, daß ein Aufruf für Toleranz und Demokratie, den jeder Strausberger Bürger unterschreiben könne, viel sinnvoller sei. Die Erklärung in Auszügen: „Für ein tolerantes Brandenburg, für ein gewaltfreies Strausberg!... Ein hohes Gewaltpotential findet sich besonders im Rassismus und Radikalismus... Polizei und Justiz werden die Probleme nicht alleine lösen... Vermitteln wir jedem, der sich in Strausberg aufhält, das Gefühl von Sicherheit, Hilfsbereitschaft und offenen Türen im Notfall...".

Diese Erklärung blieb als tragfähig für das Bündnis gegen Rechtsradikalismus und Gewalt in Strausberg übrig. Das liegt nach unserer Einschätzung daran, daß das Bündnis keine gemeinsame Basis in Form eines politischen Selbstverständnisses hat, welches es ermöglichen würde, aktiv zu agieren. Sondern auf der Suche nach breitester Konsensfähigkeit wird lieber auf direkte Aktionen und politische Kontroversen verzichtet.

Die VertreterInnen des HORTE und die Aktionsgruppe Noteingang schlossen sich dieser Erklärung nicht an und führten statt dessen die Aktion vor Ort durch. Interessant war auch, daß der Vorschlag von den Initiatoren des Bündnisses gegen rechts kam, das Bündnis umzubenennen und zwar für Demokratie, Toleranz, Zivilcourage...

Das Problem Rechtsextremismus wird - wie in vielen anderen Brandenburger Städten - als solches geleugnet. Dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft etwas entgegen zu setzen, sieht sich das Bündnis nicht in der Lage. Statt dessen gibt es allgemeine Statements gegen Gewalt, für Toleranz.

Jetzt geht's richtig los

Ungeachtet dessen begannen wir als Gruppe mit der direkten Durchführung der Aktion. Zehn Grüppchen von jeweils zwei bis drei Leuten zogen durch aufgeteilten Bereiche der Innenstadt und versuchten, mit den Gewerbetreibenden ins Gespräch zu kommen. Nach einer Woche wurde auch der Bürgerverein Vorstadt mit Material versorgt und die dort aktiven SeniorInnen sprachen 25 GeschäftsinhaberInnen in Strausberg-Vorstadt an.

Die Grüppchen suchten unabhängig voneinander die Geschäfte und Einrichtungen in der Innenstadt auf. Es gab Reaktionen unterschiedlichster Art und Weise. Als schwierig stellte sich heraus, die GeschäftsinhaberInnen persönlich anzutreffen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Es gab offene Ablehnung „Ausländer schütz´ ick nicht!"(Serviceeinrichtung) oder „Die Polen klauen mir hier meine Auslagen, und ich soll denen helfen?" (Einzelhandel) oder „Die Polizei soll sich darum kümmern. Ich will damit nichts zu tun haben."(Einzelhandel), über zögerliche, eher ängstliche Reaktionen „Dann kommen diese Schläger und hauen hier alles kaputt."(Einzelhandel) bis hin zu „Ich finde die Aktion gut, weil ich will, daß auch mir jemand hilft, und weil mein Sohn letztens bedroht wurde, und ihm auch geholfen wurde." (Einzelhandel) oder „Für Strausberg ist es wichtig, daß ein öffentlichen Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt wird."(Einzelhandel) oder aber „Persönlich teile ich ja Ihre Meinung, aber das mit dem Geschäft verbinden möchte ich nicht." (Serviceeinrichtung).

Etwa ein Drittel der Angesprochenen füllte die Fragebögen aus, und ein sehr geringer Bruchteil von diesen klebte auch einen Aufkleber an die Scheibe. Oft gewannen wir den Eindruck, daß sich viele der Angesprochenen nicht trauten, die Aktion offen abzulehnen und immer nach Wegen suchten, sich irgendwie der Positionierung zu entziehen.
Auch der Bürgerverein Hegermühle hatte seine aktive Teilnahme zugesichert. Es liegen aber bis heute keinerlei Ergebnisse vor.

Bei unregelmäßigen Treffen (ein- bis zweimal im Monat) wurden Erfahrungen ausgetauscht und die weitere Herangehensweise geklärt. Anfang Juni wurde die Aktion dann beendet.

Gelingen oder Mißlingen der Aktion ?

Als Mißerfolg kann auf jeden Fall die Bündnisarbeit in der Stadt gewertet werden. Es war nicht möglich, ein breit gefächertes Bündnis für die Aktion zu gewinnen. Das finden wir traurig und bezeichnend. Die Arbeit des Bündnisses gegen Rechtsradikalismus und Gewalt ist nicht kontinuierlich und war bis jetzt nicht in der Lage, eine verbindliche kommunale Struktur aufzubauen, die die gesellschaftlichen Kräfte und Aktivitäten in der Auseinandersetzung mit rassistischen, rechtsextremistischen und faschistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft bündelt.

Hätte es diese Struktur in Form eines arbeitsfähigen Bündnisses gegeben, so wäre die „Aktion Noteingang" von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen und durchgeführt worden. Dadurch hätte die Aktion wesentlich breiter in die Kommune getragen werden können, und die Wirkung hätte sich erhöht.

Als direktes Ergebnis der Aktion sind nur sehr wenige Aufkleber in der Stadt zu sehen. Die Stadtbildprägung konnte demzufolge nicht erreicht werden. Als positiv ist zu werten, daß es rege Diskussionen mit vielen Gewerbetreibenden gegeben hat und auch zu merken war, daß in den Geschäften über die Aktion diskutiert wurde (z.B. in den Großraumbüros der Krankenkassen). Weiterhin ist es ein Erfolg, daß neue Leute in die politische, außerparlamentarische Arbeit miteinbezogen wurden. Es entstand durch die „Aktion Noteingang" eine überregionale Vernetzung mit anderen ähnlich arbeitenden Gruppen.

Die Aktionsgruppe Noteingang Strausberg führte auch für das landesweite Aktionsbündnis die Pressearbeit durch. Diese Aufgabe bedeutete einen Zugewinn an Erfahrung im Umgang mit den Medien und öffentlichen Stellen und setzte eine kontinuierliche Arbeit voraus.

Wir haben bestätigt bekommen, daß von Parteien bzw. Parteienvertretern im Wahlkampf großes Getön und viele Versprechen zu hören sind, aber im Nachhinein das konkrete Handeln fehlt. Wir mußten feststellen, daß Zivilcourage nicht erwartet werden kann und alleine durch die „Aktion Noteingang" nicht erreicht werden kann. Dafür ist langfristige Arbeit notwendig. Dadurch, daß wir als Gruppe eher isoliert waren, konnten wir keine gesamtgesellschaftliche Diskussion in Strausberg ankurbeln.

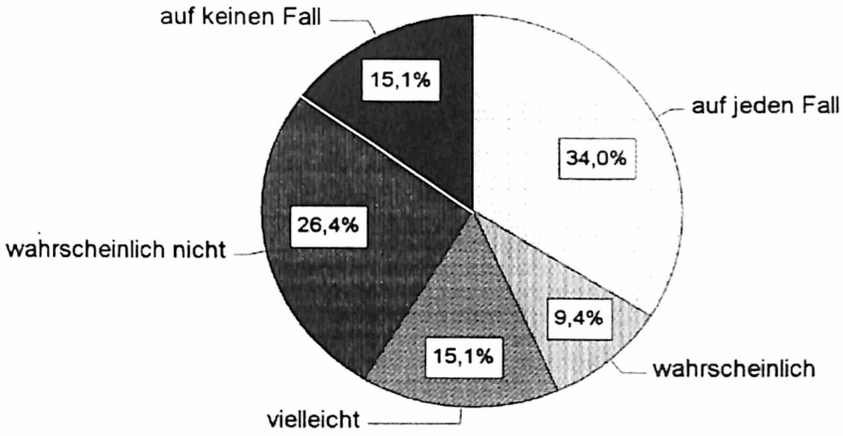
Direkte Reaktionen auf die Aktion

Bei einem Laden, der den Aufkleber im Schaufenster befestigt hat, wurde die Schaufensterscheibe bespuckt. Auch wurde eine Verkäuferin von einen jungen Mann (kein typisches Nazioutfit) mit den Worten bedroht: „Aber sie wissen hoffentlich, daß es fünf vor zwölf ist!" Des weiteren gab es Äußerungen von NPD-Mitgliedern einigen Stadtverordneten gegenüber, daß sie bei der Aktion mitgemacht hätten, wenn es sich nicht nur ausschließlich um rassistische und faschistische Gewalt gehandelt hätte.

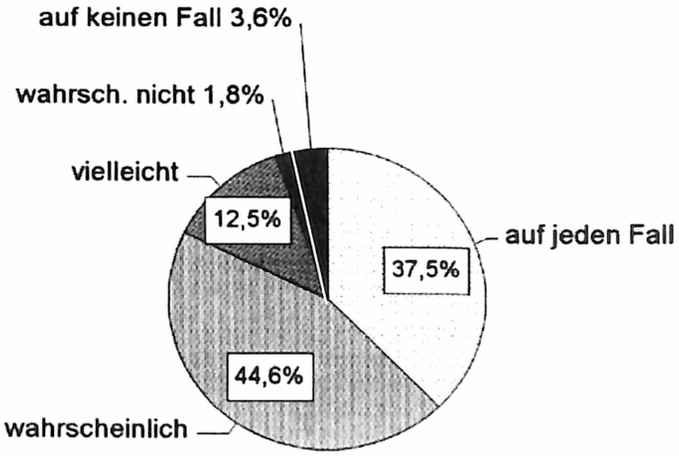
Was wollen wir weiter tun ?

Ziel ist es, die aufgebauten Strukturen zu festigen und weiter auszubauen. Es ist deutlich geworden, daß wir uns mehr auf uns als auf staatliche Institutionen und deren Hilfe verlassen können. Unser Interesse ist es, weiterhin Mißstände öffentlich zu thematisieren und Lösungskonzepte zu entwickeln. Als direktes Ergebnis der Aktion sind nur sehr wenige Aufkleber in der Stadt zu sehen. Die Stadtbildprägung konnte demzufolge nicht erreicht werden.

Ich bringe den Aufkleber an...



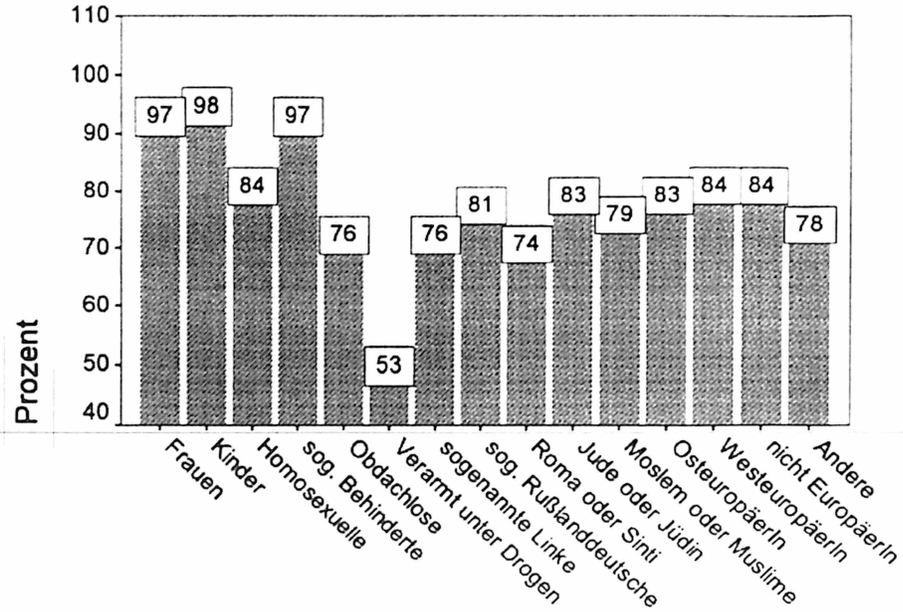
Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...



	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	151	58	21
Prozent		38 %	14 %

Aus den nebenstehenden Grafiken wird ersichtlich, wieviele Personen wir in Strausberg ansprechen konnten. Nur 38% aller Befragten gaben uns die Fragebögen zurück und leider nur 14% brachten einen Aufkleber an.

Wem wird nach gewalttätigen Übergriffen Hilfe eingeräumt?



Eine erste Auswertung der „Aktion Noteingang"

Die „Aktion Noteingang" hat, beginnend als lokale Jugendinitiative in Bernau, eine - von den Beteiligten zwar gewollte, aber dennoch überraschende - breite Wirkung entfaltet. Für die im Demokratischen Jugendforum Brandenburg e.V. zusammengeschlossenen Jugendinitiativen ist das eine positive Entwicklung -, angesichts der (Lebens-) Bedrohlichkeit des mit der Aktion thematisierten Problems jedoch noch lange nicht ausreichend. Lokale Initativen, die rassistische und faschistische Tendenzen benennen und nach Möglichkeiten suchen, diesen zu begegnen, scheitern zu oft daran, auf kommunalpolitischer Ebene als Störfaktor und nicht als Partner angesehen zu werden. Über die Gründe dafür wird zu reden sein.

Die im landesweiten Zusammenschluß der „Aktion Noteingang" arbeitenden Gruppen haben eine Medien- und Öffentlichkeitspräsenz erreicht, die es vielerorts erleichterte, als politische Aktion im kommunalen Alltag zu wirken. In den Kommunen ist es weitgehend gelungen, die Auseinandersetzung mit Rassismus im Alltag anzustoßen, indem von einem sehr konkreten Teil der Bevölkerung eine öffentliche Positionierung und ein Hinterfragen der eigenen Verantwortung eingefordert wurde.

Das Thema

Hier haben Basisinitiativen ein Thema von Brisanz aufgegriffen. Brisanz deshalb, weil unterschiedliche Gruppen unserer Gesellschaft - von LehrerInnen über den Kommunalpolitiker bis zu VertreterInnen der Landesregierung - konfrontiert sind.

Die einen wollen den Wirtschaftsstandort sichern und den Tourismus befördern. Da stört ein schlechtes Image bis über Europas Grenzen hinaus. Betroffene erleben einen unerträglichen Zustand - bis zum unlebbaren Zustand. Alle kennen die Problematik, doch gering ist die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, da sich die Frage nach der Ursache oder der Schuld aufdrängt. Zu gerne wird auf die Untätigkeit der Anderen verwiesen, in breiten Bündnissen der Handlungsbedarf thematisiert und gleichzeitig von dem eigenen Nichtverhalten abgelenkt.

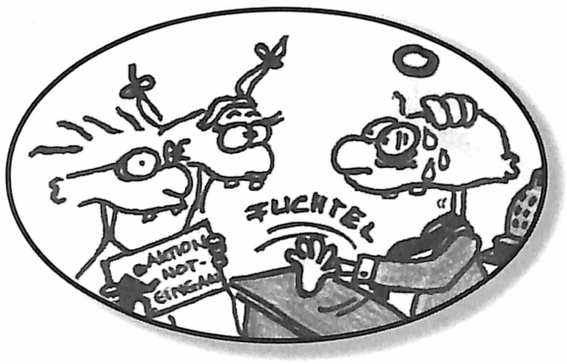
Die Reaktion

Die Kommunalpolitik fordert die Schule auf, die Schule sagt, die Politik soll reagieren, die Politik meint, alle BürgerInnen und die Polizei müssen handeln. Die eigene Verantwortung in konkrete Taten zu überführen, wird vergessen.

Das war an den äußerst unterschiedlichen und zum Teil heftigen Reaktionen festzustellen, sowohl bei der Suche nach BündnispartnerInnen als auch im direkten Kontakt mit den von der Aktion Angesprochenen, den BesitzerInnen und BetreiberInnen von Einzelhandelseinrichtungen, Ladenketten, öffentlichen Einrichtungen etc. (siehe Städteberichte). Die Diskussionen in den Einrichtungen und bei potentiellen BündnispartnerInnen haben den für die herbeigewünschte Zivilgesellschaft notwendigen antirassistischen und antifaschistischen Konsens nicht erkennen lassen.

Auf der Suche nach Unterstützung für die Aktion waren die örtlichen Bündnisse oder Plattformen gegen Rechtsradikalismus und Gewalt o.ä. oft die ersten Ansprechpartner (so es sie in den Kommunen gab).

Kein Bündnis, keine Plattform entwickelte die notwendige Dynamik, um mit den InitiatorInnen gemeinsam die Aktion zu tragen. Eher zeigte sich mensch verunsichert, wenn die in der „Aktion Noteingang" tätigen Jugendlichen - also engagierte BürgerInnen - nun direkt an Bündnis- und Plattform-BürgerInnen herantraten und sie im persönlichen Gespräch für eine antirassistische Initiative gewinnen und zu konkret-praktischer Arbeit auffordern wollten. Einige „Gegen-Rechts-Bündnis-Aktive" wollten sich beispielsweise erst für die Aktion einsetzen, wenn mindestens 2/3 oder mehr der LadenbesitzerInnen den Aufkleber angebracht hätten. Ein Bürgermeister erklärte gar, die Aktion verlange eine symbolische antirassistische Positionierung ab und sei somit eine politische Aktion. Er als Bürgermeister habe sich aber, im Interesse der BürgerInnen selbstverständlich, einer politischen Positionierung zu enthalten.



Gründe, warum ich den Aufkleber anbringe.

	ja %
Weil ich es notwendig finde, ein Zeichen gegen Faschismus und/ oder Rassismus zu setzen.	***33,8%***
Weil es die Attraktivität unserer Stadt als Wirtschaftsstandort erhöht.	8,2%
Weil wir damit eine Stadtbildprägung erreichen und der Ruf unserer Stadt gebessert wird.	17,9%
Weil damit den Faschisten und Rassisten gezeigt wird, daß sie nicht toleriert werden.	22,6%
Weil ich allen potentiell Betroffenen zeigen will,daß ihnen im Notfall meine Tür offen steht.	***38,2%***
Weil ich es gut finde, wenn Jugendliche und junge Erwachsene etwas machen und ihe Engagement zu unterstützen ist.	***32,4%***
Weil ich hoffe, daß es dann weniger Überfälle gibt.	21,2%
Andere...	2,3%

Gründe, warum ich den Aufkleber nicht anbringe.

	ja %
Weil ich keinen Sinn darin sehe.	9,3%
Weil ich Angst habe vor Kundenverlust.	9,8%
Weil ich Angst habe,selbst ausgegrenzt zu werden.	5,8%
Weil ich Angst vor Sachbeschädigung habe.	***25,4%***
Weil ich Angst vor Anderem habe.	2,8%
Weil ich kein Vertrauen in die Aktion habe.	4,0%
Weil ich die InitiatorInnen der Aktion nicht ernst nehmen kann.	1,6%
Weil ich mich nicht öffentlich positionieren will.	7,9%
Weil ich gegen eine multikulturelle Gesellschaft bin.	,9%
Weil ich bestimmten Personengruppen keine Hilfe anbieten möchte.	2,8%
Andere...	***13,7%***

Jugendliche, Einzelpersonen und hin und wieder Vereine oder Organisationen haben sich dem Problem der rassistischen und faschistischen Gewalt gestellt, indem sie ein Handlungskonzept entwickelt und umgesetzt haben, daß versucht nachhaltig Stimmung und Klima antirassistisch und somit Lebensqualität positiv zu beeinflussen.

Opferperspektive

Wichtig für die Entwicklung des Konzepts waren auch die Erfahrungen der „Opferperspektive". Ein Verein, der seit anderthalb Jahren eine Unterstützungsstruktur für von rechtsextremer Gewalt Betroffene aufbaute. Die von der Opferperspektive recherchierten und bearbeiteten Fälle bestätigten unsere Beobachtungen und die Notwendigkeit der Schaffung von Schutzräumen. Für unser Konzept ist das Bestehen einer Institution wie der „Opferperspektive", welche von Angriffen Betroffene juristisch, psychotherapeutisch betreut, wichtig. Es ist eine im gesamten Land Brandenburg tätige, flexible und von den Betroffenen akzeptierte Struktur. So können Opfer rassistischer und faschistischer Gewalt von den Noteingang-LadeninhaberInnen etc. weitervermittelt werden und qualifizierte Beratung und Unterstützung erhalten.

Jugendperspektive

TrägerInnen der Aktion vor Ort waren meist Jugendliche und junge Erwachsene. Zum Teil deshalb, weil die InitiatorInnen über den Zusammenschluß DJB e.V. auch vorrangig Jugendinitiativen über die Projektidee informierten. Engagement entwickelten hauptsächlich Jugendgruppen aus dem Umfeld selbstverwalteter und selbstbestimmter Jugendprojekte mit emanzipatorischem Ansatz.

Zentrale Voraussetzung für sinnvolle, erfolgreiche Arbeit sind jedoch zu allererst funktionierende Strukturen. Funktionierende Strukturen setzen eigene Zentren, die selbstbestimmtes Handeln ermöglichen, und Finanzmittel voraus. Dort, wo trotz des Interesses an Engagement, keine Jugendzentren vorhanden waren oder sind, konnte auch keine Arbeit geleistet werden. Wo den Jugendlichen mithin die Unterstützung verweigert wird, besteht auch kaum eine

Chance, zukünftigen Generationen einen Umgang miteinander - jenseits vom aktuellen rassistischen Mainstream im Alltag - zu erarbeiten; häufig wird mensch sagen müssen, zu erkämpfen.

In den selbstverwalteten und selbstbestimmten Jugendprojekten finden sich Strukturen, die an Konzepte emanzipatorisch-partizipatorischer Jugendarbeit anknüpfen. Strukturen, die versuchen, Jugendlichen authentische Möglichkeiten zu schaffen, die eigene Kreativität, eine produktive und kritische Haltung zu gesellschaftlichen Fragen zu entwickeln und Passivität zu überwinden. Voraussetzung für eine sich emanzipativ verstehende Gesellschaft.

Arbeitsperspektive

Dennoch haben einige Gruppen sich über die „Aktion Noteingang" gegründet, andere ihr Selbstverständnis (politisch und/oder organisatorisch) gefunden und/oder gefestigt. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß aus einer regionalen Initiative ein überregionales Bündnis geworden ist, das beabsichtigt, weiter zu arbeiten. Aber die Bedingungen für die bisherige, wie für die zukünftige Arbeit müssen klar benannt werden.

Das Bündnis hat es mit seiner Arbeit aus unterschiedlichen Gründen sehr schwer gehabt. Zu nennen ist hier die fehlende professionelle Begleitung des Projektes ebenso, wie das vollständige Fehlen eines angemessenen Sachmitteletats. Einzig der bis an den Rand der Erschöpfung gehenden unentgeltlichen Arbeit einzelner, wie der hohen Bereitschaft zu Flexiblität und Nachtarbeit ist es zu verdanken, daß das Projekt den bisherigen Verlauf hat nehmen können.

Es ist, mit anderen Worten, deutlich geworden, daß unter solchen Bedingungen, die „Aktion Noteingang" keine landesweite Perspektive hat.

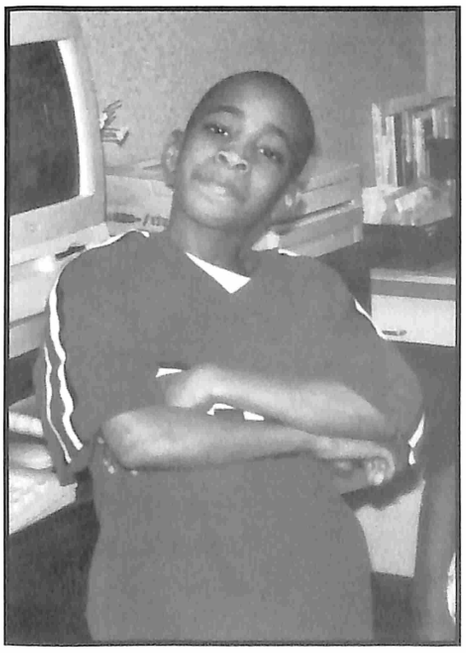
Gefordert sind hier einmal mehr, die auf höheren Ebenen angesiedelten Politiker und kommunalpolitisch Verantwortlichen, „ihren" Jugendlichen die notwendigen Freiräume und Mittel zur Verfügung zu stellen, jedenfalls dann, wenn die Unzahl von Plattformen, Aktionsprogrammen und Runden Tischen, Debatten- und Diskutierzirkeln jugendpolitisches, antirassistisches und antifaschistisches Engagement ernst meint...

In diesen Erfahrungszusammenhang gehörte ganz praktisch - und als Beispiel - die Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung, die es der „Aktion Noteingang" mit ihrem Wettbewerb „Anstiftung zur Einmischung" ermöglichte, landespolitisch Druck zu entfalten. Die „Aktion Noteingang" hatte sich an dem Wettbewerb beteiligt und dort einen Preis gewonnen. Ein sich daraufhin ergebendes landesweites Medienecho erhöhte die Präsenz des Projektes, und zwang damit Landes- wie Kommunalbehörden, uns zunächst einmal wahr-, dann zum Teil aber auch ernst zu nehmen. Von einem Durchbruch zu sprechen, verbietet sich allerdings angesichts des bisher Gesagten.

Statistikperspektive

Auch die Finanzierung der Auswertung unserer Daten wurde uns verweigert. Wiederum - und diesmal obwohl das Psychologische Institut der Humboldt-Universität zu Berlin, sich angeboten hatte, Vorarbeiten zur Auswertung eventuell auch unentgeldlich zu übernehmen und das weitere Procedere zu begleiten - mit der allenthalben beliebten Begründung, es handele sich nicht um eine wissenschaftliche, sondern um eine politische Auswertung.

Trotz dieser Einschränkung und der verweigerten finanziellen Unterstützung durch das Land Brandenburg, können wir hier einige Rahmenbefunde unserer Befragung sowie einige erste Ergebnisse vorlegen.



Statistik deskriptiv

Im Rahmen der „Aktion Noteingang" wurden bis zum 1.08.99 in zehn Städten 909 Einrichtungen angesprochen. Sie wurden mit der „Aktion Noteingang" vertraut gemacht, gebeten, einen Fragebogen (siehe Seite 78-79) auszufüllen und schließlich und letztendlich gefragt, den Aufkleber sichtbar an ihrer Scheibe zu befestigen.

Bei diesen angesprochenen Einrichtungen handelte es sich um öffentliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Bibliotheken, Jugendclubs, Stadtverwaltungen, Fremdenverkehrsämter und Touristeninformationen, um Einzelhandelsgeschäfte sowie -ketten und auch um gastronomische Einrichtungen. Die größte Gruppe der Befragten stellten die EinzelhändlerInnen dar (65,4%). Die öffentlichen Einrichtungen nahmen einen weitaus geringeren Anteil ein (16,7%), wie auch die Handelsketten (9,3%) und die gastronomischen Einrichtungen (8,6%). Dabei gab es allerdings große regionale Unterschiede, da in manchen Städten die Stadtverwaltungen positiver reagierten und sich mehr beteiligten (zum Beispiel in Schwedt). In anderen Städten, wie zum Beispiel Bernau, wurde den öffentlichen Einrichtungen der Stadt eine Beteiligung schlichtweg untersagt. Von den Angesprochenen füllten durchschnittlich 50% den Fragebogen aus und 22% aller Angesprochenen hingen auch den Aufkleber an. Auch hierbei sei auf die großen regionalen Unterschiede verwiesen, die sich aus unterschiedlichen Herangehensweisen und Stimmungen in der Stadt erklären lassen. In Fürstenwalde beispielsweise hingen 52% der Angesprochenen die Aufkleber auf, wohingegen nur 31% den Fragebogen ausfüllten. In Potsdam ergab sich ein umgekehrtes Bild, wo 75% der Angesprochenen Fragebögen ausfüllte und nur 8% einen Aufkleber befestigten.

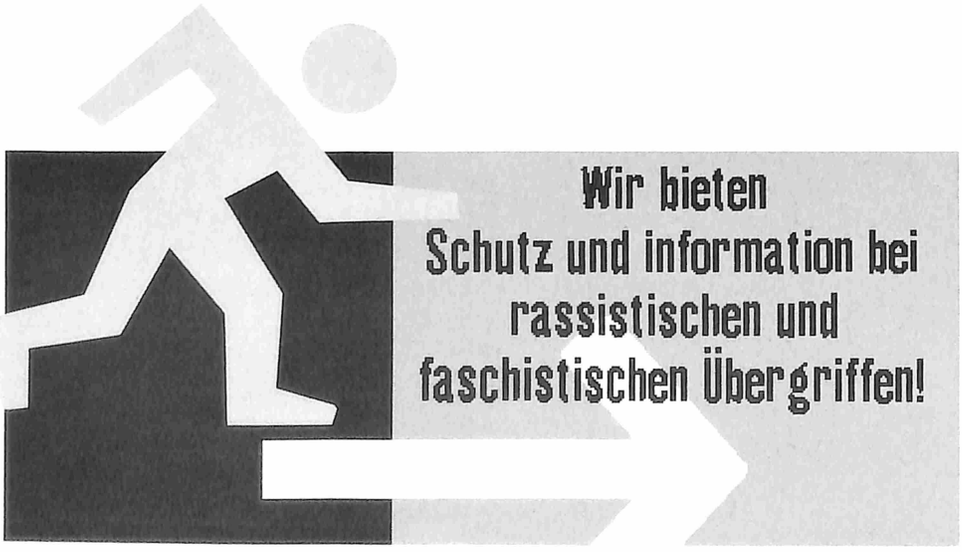
Das durchschnittliche Alter der Befragten lag bei 42 Jahren. Dabei reichte die Altersspanne von 21 bis 81 Jahren. Es beteiligten sich in etwa genau so viele Frauen wie Männer an der Fragebogenaktion.

Gründe, warum ich helfen würde.

	ja %
Weil ich als StaatsbürgerIn dazu verpflichtet bin	13,5%
Weil es für mich selbstverständlich ist, Menschen in Not zu helfen.	**81,0%**
Weil ich hoffe, daß mir auch geholfen wird, wenn ich in Not bin	**61,3%**
Weil es ein schlechtes Licht auf unsere Stadt wirft,	21,2%
Weil es notwendig ist, sich mit Betroffenen zu solidarisieren	34,7%
weil ich, wenn ich nicht eingreife, die TäterInnen unterstütze	28,5%
Weil es wichtig ist, ein Zeichen gegen faschistisch und/ oder rassistisch motivierte Gewalt zu setzen.	35,4%
Es gibt keine Gründe.	5,3%
Andere...	1,3%

Gründe, warum ich nicht helfen würde.

	ja %
Angst, etwas Falsches zu tun	9,3%
Angst vor Kundenverlust	7,7%
Angst vor Sachbeschädigung	***17,7%***
Angst vor anderem	5,5%
Situation sieht gefährlich aus für mich	***40,2%***
weiß nicht, wie ich helfen kann	9,5%
ist nicht meine Angelegenheit	1,3%
ich weiß nicht, wer angefangen hat	9,7%
Staat muß sich kümmern	5,7%
Weil ich schlechte Erfahrungen gemachte habe	3,5%
Weil ich gegen eine multikulturelle Gesellschaft bin	1,1%
Weil ich bestimmten Personengruppen nicht helfen möchte	4,0%
Es gibt keine Gründe	6,2%
Andere...	2,4%



Die an dieser Stelle veröffentlichten Grafiken und Daten beziehen sich auf alle Städte, von denen rechtzeitig Fragebögen eingingen: Angermünde, Bad Freienwalde, Bernau, Frankfurt/Oder, Fürstenwalde, Neuruppin, Potsdam, Schwedt, Strausberg

und stellen damit einen Ausschnitt aus dem Brandenburger Stimmungsbild dar.

Die Fragebogenergebnisse lassen keine Aussagen über das Stimmungsbild der BrandenburgerInnen, auch nicht über die LadeninhaberInnen, zu. Es werden lediglich Aussagen getroffen über die Einstellungen und Motivationen der an der „Aktion Noteingang" über den Fragebogen beteiligten Menschen. Dabei wurden die angesprochenen Einrichtungen nicht speziell ausgewählt, sondern wir versuchten, möglichst flächendeckend ganze Straßenzüge zu befragen. Als Problem stellte sich heraus, daß diese Arbeit sehr mühsam ist, da oftmals mehrere Termine ausgemacht werden mußten, bis ein/e Ansprechpartner/in zur Verfügung stand und überhaupt erstmal angesprochen werden konnte.

Von den Menschen, die einen Fragebogen ausfüllten, waren die meisten der Aktion gegenüber positiv eingestellt. 83% der Befragten bestätigten die Aussage: „Ich finde Aktion Noteingang gut.", nur 9% gaben „nein" an, und 8% enthielten sich der Meinung.

Im ersten Teil des Fragebogens wurde erfaßt, ob von gewalttätigen Übergriffen Betroffenen gleichberechtigt Hilfsbereitschaft entgegengebracht wird.

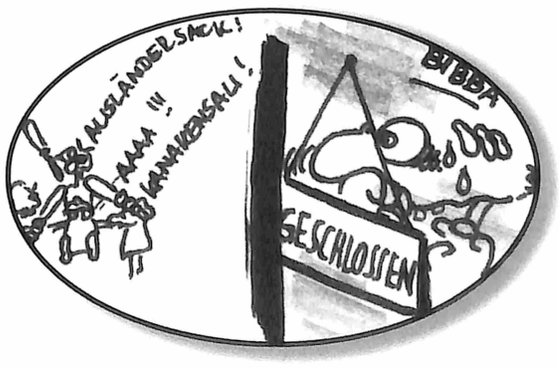
48% gaben an, den Betroffenen abhängig von der ihnen zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit Unterstützung nach gewalttätigen Übergriffen zu ge-währen (d.h.wenigstens eine der 15 Gruppen wird im Fragebogen nicht markiert.).

52% würden unterstützen, ohne Unterscheidung hinsichtlich vermutetem Alter, Geschlecht, sozialem Status, oder hinsichtlich vermuteter Sexualität, Gesundheit/Krankheit, politischer Überzeugung, Herkunft oder Religion. Die dargestellten Werte beziehen sich jeweils auf alle ausgefüllten Fragen. So sei darauf verwiesen, daß die erste Frage von 15 Personen generell nicht ausgefüllt wurde, was einen Anteil von ca. 3% ausmacht. Die Gruppe, der am wenigsten Hilfe eingeräumt wurde, ist die der „äußerlich verarmten Menschen unter Drogen/Alkoholeinfluß". Dieses Ergebnis findet sich in allen Städten wieder. Davon abgesehen, traten auch hier regionale Unterschiede auf, welchen Gruppen wie viel Hilfe entgegengebracht wird.

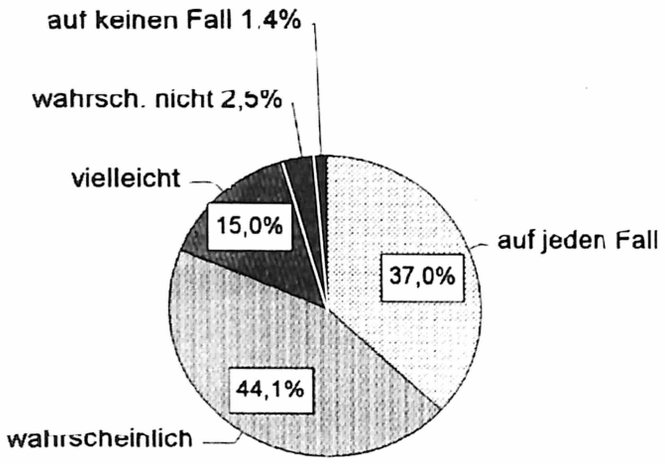
Im zweiten Teil des Fragebogens (Frage 3) wurde erfaßt, ob einer Person, die von rassistisch und/oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen ist, Hilfe eingeräumt wird, sowie aus welchen Gründen heraus den Betroffenen Hilfe offeriert bzw. versagt wird. Der meist genannte Grund, Menschen zu helfen ist: „weil es für mich selbstverständlich ist, Menschen in Not zu helfen." Dies verwundert angesichts der Tatsache, daß im gleichen Atemzug viele diese Hilfe nicht jedem/r einräumen. Der meist genannte Grund, warum Menschen sich entschließen, in einer Situation nicht zu helfen, ist: „Wenn die Situation für mich gefährlich aussieht".

Im dritten Teil des Fragebogens (Frage 4) wird nach der Bereitschaft gefragt, den Noteingang-Aufkleber an der Fensterscheibe sichtbar zu befestigen, wie auch nach den Motivationen, dies zu tun oder eine Beteiligung zu versagen. Der meist genannte Grund, den Aufkleber zu befestigen, wird in „weil es notwendig ist, ein Zeichen gegen Faschismus und/oder Rassismus zu setzen" gesehen. Die Angst vor Sachbeschädigung ist der Grund der meisten Befragten, den Aufkleber nicht zu befestigen.

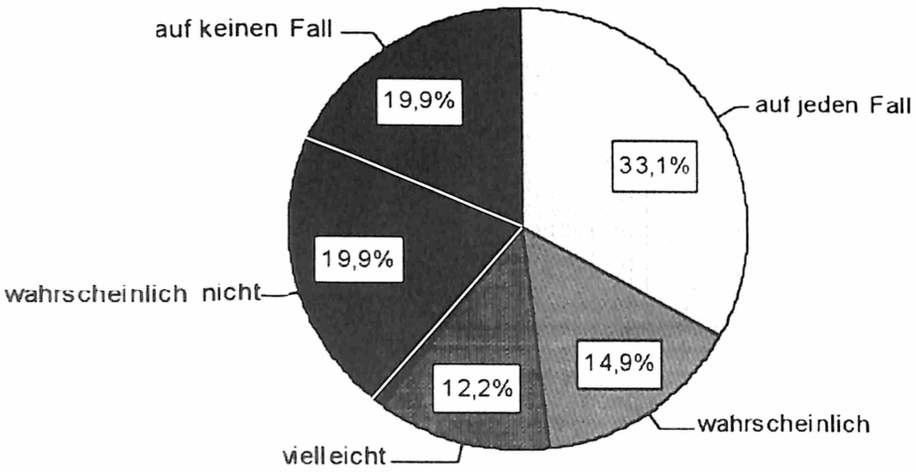
Im vierten Teil des Fragebogens werden noch die allgemeinen Angaben zur Person (Alter und Geschlecht) und zur Einrichtung (Art der Einrichtung, Publikum) erfaßt.



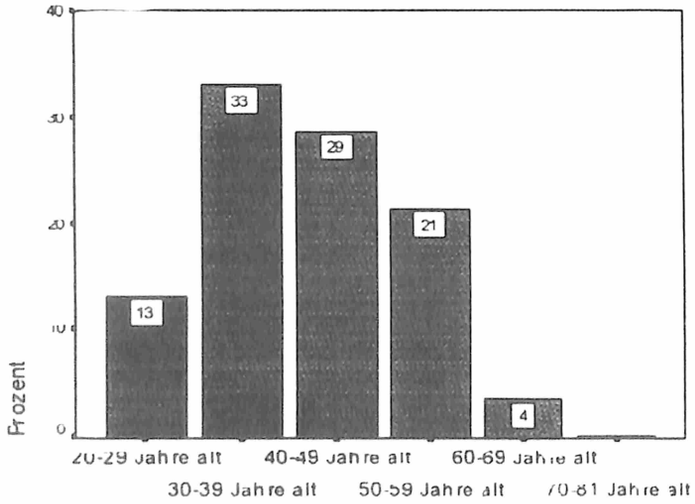
Ich helfe Menschen, die von rassistisch oder faschistisch motivierter Gewalt betroffen waren...



Ich bringe den Aufkleber an...



Alter der befragten Personen

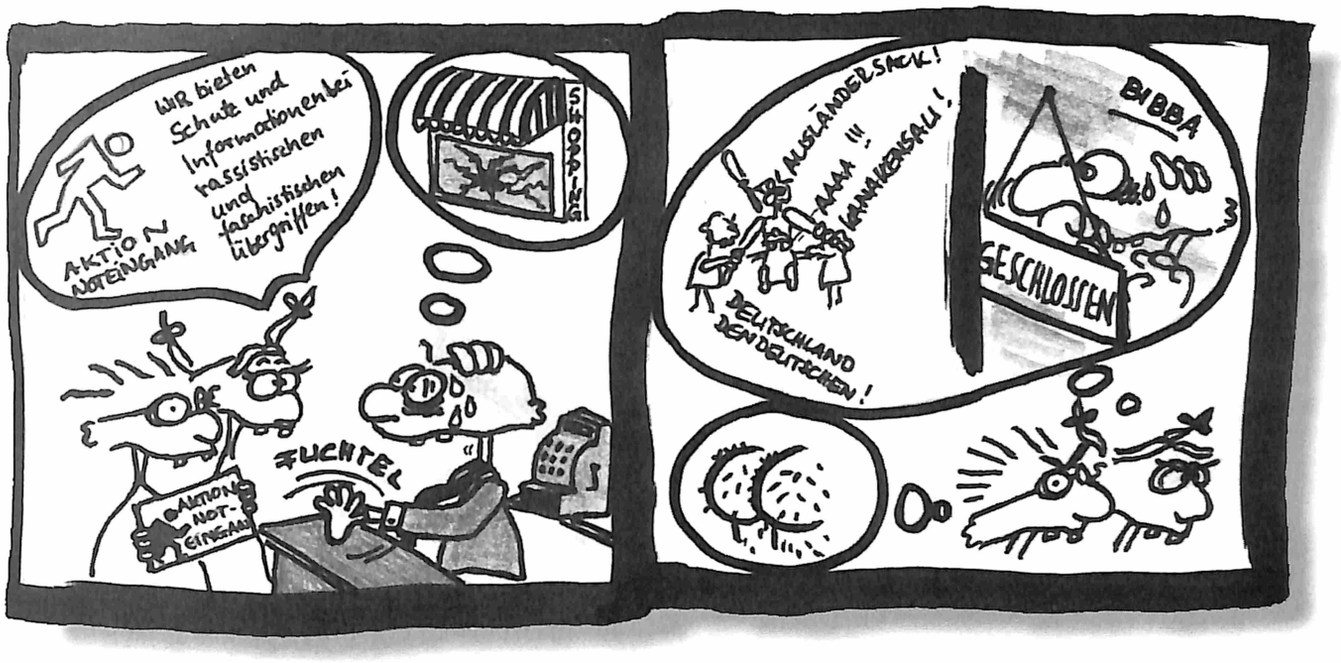


Aufgrund von teilweise vorhandenen regionalen Unterschieden in den Ergebnissen, wurden einige Daten zusätzlich zur Gesamtauswertung spezifisch für einzelne Städte ausgewertet. Allerdings wurden nur die Städte in die regionalspezifische Auswertung einbezogen, deren Fragebogenanzahl zum 1.08.99 groß genug war, um eine Aussage bezüglich einer befragten Gruppe treffen zu können. Diese städtespezifischen Auswertungen sind in Diagrammform den jeweiligen Städteberichten beigefügt. Die Beschriftungen der Diagramme sind aus Platzgründen sehr verkürzt. Es wurden die Ergebnisse von drei Fragen grafisch dargestellt: Frage eins, drei und vier. Wir bitten, beim Lesen der Grafiken die genauen Fragen dem Fragebogen (Seite 78-79) zu entnehmen.

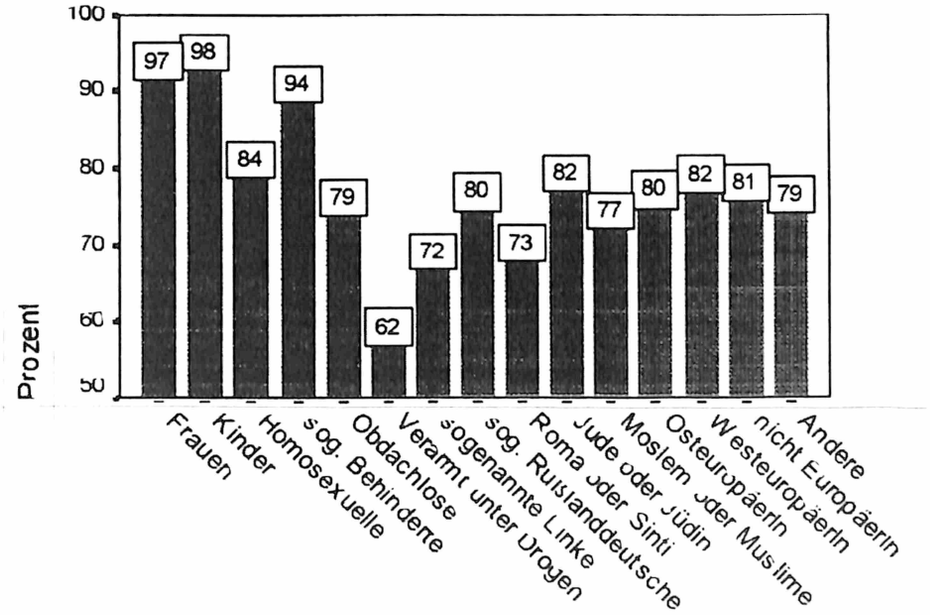
Schlußbemerkung

Die „Aktion Noteingang" war von uns gedacht als Angebot. Und das in zweierlei Hinsicht: Einmal als Angebot eines möglichen Schutzraumes für von rassistischen und faschistischen Übergriffen Betroffene, andererseits aber als Angebot an die befragten Geschäftsleute und VertreterInnen öffentlicher Institutionen, sich zu diesem Problemfeld zu positionieren. Es fehlt - das darf und muß abschließend gesagt werden - sehr weitgehend an einer solchen Bereitschaft zur Positionierung. Von einem offensiven und praktischen Herangehen, das zur Überwindung von rassistischem und faschistischem Gedankengut und entsprechender Praxis auf den Straßen in unseren Städten und Dörfern beiträgt, sind wir nach unseren Erfahrungen gar meilenweit entfernt.

Daß, man mag das als das zentrale Ergebnis unser Aktion betrachten, eine solche offensive und praktische Positionierung und Initiative notwendig bleibt, wird um so deutlicher, je mehr mensch sich die Erfahrungen in einem überwiegenden Teil der Städte vor Augen führt.



Wem wird nach gewalttätigen Übergriffen Hilfe eingeräumt?



	Angesprochene Personen	Ausgefüllte Fragebögen	Angebrachte Aufkleber
Anzahl	909	458	200
Prozent		50 %	22 %

Pressespiegel

aus: „Niederbarnim-Echo"
10.03.99

„Noteingang": Scharfe Kritik von der SPD an Handke

Gerber und Otto werfen Bürgermeister „Verweigerungshaltung" vor

Von unserem Redaktionsmitglied
THOMAS REINER

Bernau. Mit ungewöhnlich scharfer Feder hat die SPD die Entscheidung von Bürgermeister Hubert Handke kritisiert, keine Aufkleber der Aktion „Noteingang" an öffentlichen Gebäuden anbringen zu lassen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme unter der Überschrift „Bürgermeister Handke disqualifiziert sich erneut" werfen Eduard Otto und Dr. Ulrich Gerber dem Bürgermeister „Verweigerungshaltung" vor. Handke habe Angst, „sich öffentlich zu positionieren", sein Verhalten gebe „all jenen, die lieber nach rechts als nach links schauen, Unterstützung und Nahrung". Handkes Begründungen seien „so lächerlich wie an den Haaren herbeigezogen". Diese ängstliche Grundhaltung des Bürgermeisters multipliziere sich bereits in der Angst einiger Gewerbetreibender vor eingeworfenen Fensterscheiben. „Wegschauen und sich zu nichts bekennen wird als alte und neue Bürgerpflicht propagiert", heißt es weiter.

Bürgermeister Handke reagierte moderat auf die scharfe Kritik. „Ich unterstütze das Anliegen der Aktion Noteingang und die Diskussion über die Problematik ohne Wenn und Aber", schrieb er in einer Stellungnahme. Und weiter: „Niemand hat das Recht, gegen Menschen wegen ihrer Nationalität, ihres Aussehens oder ihrer politischen Überzeugung Gewalt anzuwenden oder sie zu bedrohen. Aber läßt sich Gewalt klassifizieren in schlimme oder weniger schlimme? Ist rechte Gewalt schlimmer als Gewalt gegen Frauen, Kinder oder Behinderte?"

Eben an dieser Stelle aber wolle Handke einen Unterschied machen, und hier setzt auch seine Kritik an der Aktion Noteingang an: „Die Aufkleber der Aktion scheinen mir jedoch zu suggerieren, daß eben rechte Gewalt besonders schlimm ist und daß vor allem deren Opfern Hilfe geleistet werden sollte. Es darf aber keine Opfer zweiter Klasse geben."

Weiter führte Handke aus, daß er nicht gewillt sei, irgendeine Form von Gewalt zu dulden, und Gewalt niemals als Mittel der Auseinandersetzung zu akzeptieren sei. Die städtischen Einrichtungen hätten selbstverständlich „einen Noteingang für alle Opfer von Gewalt, egal von wem oder gegen wen diese ausgeübt wurde – und dies auch ohne Wenn und Aber".

aus: „MOZ-Märkische Oderzeitung"
26.06.99

„Für den Tourismus nicht hilfreich"

Kritik an Aufklebern der „Aktion Noteingang" / Farbige Schüler beschimpft

Angermünde (fun/MOZ) Die Lehrerin einer Berliner Oberschule fand in ihrem Brief deutliche Worte. Der Besuch ihrer Schulklasse in Angermünde im Mai „wäre ein wunderbares Erlebnis geworden, wenn unsere dunkelhäutigen Schüler nicht am Angermünder Bahnhof mit Naziparolen beschimpft und provoziert worden wären", heißt es in dem an den Fremdenverkehrsverein adressierten Schreiben. Und: „Solange dieser Rassismus nicht intensiver bekämpft wird, werden solche fantastischen Ausflugsziele nicht in gebührender Weise wahrgenommen."

Johanna Henschel, Geschäftsführerin des Fremdenverkehrsvereins, hat schon häufiger ähnliche Briefe erhalten, auch besorgte Telefonanrufe aus Berlin mit Fragen wie: „Ist es bei Ihnen wirklich so schlimm?"

Die Tourismus-Expertin hat heftig mit dem schlechten Image Angermündes zu kämpfen. „Das ist deprimierend. Man kämpft um jeden Gast, und dann so etwas", sagte sie der MOZ.

Henschel unterstützt auch die „Aktion Noteingang" (die MOZ berichtete) und hat einen Aufkleber an der Tür des Informationsbüros angebracht. Dennoch betrachtet sie die Erfolgsaussichten der Aktion, an der sich bisher zehn Geschäftsleute beteiligen, mit Skepsis. Man dürfe den Kampf gegen Rechtsradikalismus nicht an die Gewerbetreibenden delegieren: „Die Gastronomie kämpft ums Überleben, man kann die Verantwortung nicht auf die Kleinen abwälzen", erklärte sie. Gefordert sei die Politik, die mehr Unterstützung für die lokale Wirtschaft leisten müsse.

Außerdem seien die Aufkleber auch aus touristischer Sicht „nicht hilfreich". Jemand, der Urlaub mache, wolle sich erholen und nicht über die Probleme der Stadt informiert werden. Daß Verfolgten Unterschlupf gewährt werde, sei eine Selbstverständlichkeit, auch ohne Aufkleber. Henschel: „Gastfreundlichkeit ist eine Grundvoraussetzung für Tourismus."

aus: „MOZ-Märkische Oderzeitung"
06.07.99

Noteingang

Zivilcourage im Selbstversuch

Von Tomas Morgenstern

Seit gut acht Monaten läuft die „Aktion Noteingang", mit der junge Leute aus Bernau und Berlin ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit setzen wollten. Das damals mitunter sogar belächelte Vorhaben, die Öffentlichkeit für den Schutz von in Bedrängnis geratenen Menschen vor rassistischer oder rechtsextremistischer Gewalt zu mobilisieren, hat inzwischen Nachahmer gefunden.

In zwölf Städten kleben die auffälligen „Noteingang"-Symbole an Ladentüren, Kiosken, Restaurants. Angesichts der bei angesprochenen Geschäftsleuten zunächst beobachteten Reserviertheit oder gar Ablehnung ein respektables Zwischenresultat. Immerhin fiel der Start zu der Aktion in eine Phase vermehrter fremdenfeindlicher Übergriffe. Da schreckte manch einen der um Mithilfe Gebetenen die durchaus realistische Furcht, selbst zum Ziel rechtsextremistischer Attacken zu werden.

Daß dennoch bereits recht viele Aufkleber im Straßenbild mancher Stadt zu entdecken sind, zeugt von einer bemerkenswerten Entwicklung: Es ist ein kleiner Sieg über die Angst errungen worden. Und er wurde nicht von „oben", vom Staat verordnet. Dabei wird sich niemand vor Ort vormachen wollen, daß man mit diesen ersten Erfolgen das Problem insgesamt bereits im Griff habe.

Nein, Brandenburg ist heute ganz sicher kein Muster an Toleranz und Friedfertigkeit. Viele junge Menschen reagieren ihren Frust über dumpfen Ausländerhaß ab – und sie können leider allzu häufig mit der stillschweigenden Billigung auch vieler Älterer rechnen. Noch immer schauen zu viele Leute weg, wenn anderen Unrecht geschieht, wenn Streit in der Öffentlichkeit in Gewalt umschlägt oder Fremde in Not einfach Hilfe brauchen. Den Initiatoren der „Aktion Noteingang" mag es zunächst um ganz konkrete Hilfsangebote gegangen sein. Vermutlich wurde solcherart Hilfe bisher eher selten in Anspruch genommen. Vielleicht aber sind Mut und Zivilcourage, die jeder neue Aufkleber symbolisiert, hierzulande sogar bedeutsamer.

aus: „Berliner Morgenpost"
28.02.99

Aktion Noteingang stößt in Bernau auf Skepsis

Von Thomas Fülling

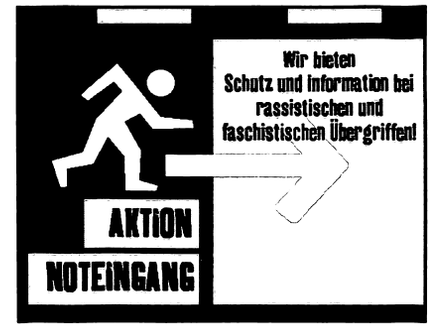
BM Bernau – Ein geteiltes Echo fand die Aktion Noteingang in Bernau (Barnim). Bei der landesweit geführten Kampagne werden Geschäftsleute und Behörden aufgefordert, Läden und öffentliche Gebäude mit einem Aufkleber zu kennzeichnen, der in mehreren Sprachen Schutz vor ausländerfeindlichen Übergriffen signalisiert.

Ein von Bernauer Jugendgruppen, Kulturbund, Caritas und Arbeiterwohlfahrt (Awo) gebildetes Aktionsbündnis stieß bei der jetzt begonnenen Verteilung von Fragebögen sowie der Aufkleber teilweise auf große Skepsis.

So lehnte der Gewerbeverein der Stadt das Anbringen der Aufkleber ab. „Alle haben deutlich gemacht, daß es ihnen eine Selbstverständlichkeit ist, in Not geratenen Menschen zu helfen", so Eberhard Deutschmann (CDU) zum Ergebnis einer Beratung dazu. Kritisch sei indes die auf den Aufklebern vermittelte Eingrenzung des Hilfeangebots gesehen worden. „Wir wollen keine Unterschiede machen, wem zu helfen ist", betonte Deutschmann.

Auch fürchten viele Geschäftsleute, durch die Aufkleber selbst Opfer von Attacken zu werden. „Wer ersetzt die Schaufensterscheiben, die dann eingeworfen werden", fragte Horst Werner vom Barnimer Mittelstandshaus auf der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten. „Gerade wegen der Vorfälle in unserer Stadt müssen wir mit den Aufklebern Zeichen setzen, daß Bernau nicht fremdenfeindlich ist", fordert Susanne Lang.

Für die Abgeordnete der Alternativen Jugendliste (AJL) ist klar: Jeder, der nicht reagiert, positioniert sich dennoch. Sie monierte daher, daß sich die Stadtbibliothek oder der Treff 23 nicht an der Aktion beteiligen dürfen. Bürgermeister Hubert Handke (CDU) stellte indes klar: „Es gibt ein klares öffentliches Interesse an Toleranz und Gewaltlosigkeit in unserer Stadt."



Mit diesem Aufkleber soll Hilfe für Opfer von Ausländerfeindlichkeit signalisiert werden. Fülling

Bedenken gebe es von seiten der Stadtverwaltung jedoch speziell zum Aufkleber. So seien die Versprechungen im Text mißverständlich, da sie eine ständige Erreichbarkeit städtischer Einrichtungen suggerieren. Zudem könne die Hervorhebung der Hilfe für Opfer rechter Gewalt so verstanden werden, daß jeder, der den Aufkleber nicht anbringt, ausländerfeindlich sei. Diese Bedenken seien bisher nicht ausgeräumt.

Als bemerkenswert begrüßte dagegen Stadtverordneten-Vorsteherin Elke Keil (SPD) die Aktion. Sie begründete dies mit den Worten: „Wir brauchen ein klares Bekenntnis gegen diese schrecklichen Geschehnisse." *fü*

aus: „Berliner Morgenpost"
11.04.99

Zivilcourage: Andrea Pieske gehörte zu den ersten Frankfurter Ladeninhabern, die sich der Aktion „Noteingang" anschlossen. Foto: Müller

„Noteingang" bietet Zuflucht vor Gewalt

Von Marianne Baum

BM Frankfurt (O.) – Man muß schon genau hinsehen, um sie zu entdecken: Schwarz-gelbe Aufkleber der „Aktion Noteingang" die nach dem Bestreben der „Plattform gegen Rechts" möglichst bald flächendeckend an Ladenfenstern, Türen von Kneipen, Tankstellen und öffentlichen Einrichtungen in Frankfurt hängen sollen. Bisher gibt es in der Oderstadt nur wenige beherzte Geschäftsleute, die sich dem landesweiten Projekt für Toleranz und gegen Gewalt angeschlossen haben. Mit Zivilcourage soll Opfern von Gewalt und Menschen in Not mit dem Aufkleber symbolisiert werden, daß sie hier Zuflucht suchen können.

Eine der ersten Frankfurter Ladeninhaber, die sich der im März begonnen Aktion anschlossen, ist Andrea Pieske. Ihr Dessous-Geschäft in der City-Magistrale hat an der Tür den Aufkleber „Noteingang". Außerdem bekam die junge Frau von den Organisatoren eine Liste mit Telefonnummern von Polizei und Hilfseinrichtungen für den Notfall. „Ich habe da nicht gezögert, denn einer muß doch mal den Anfang machen, um das Wegsehen bei Übergriffen und die Ohnmacht gegenüber Gewalt zu bekämpfen", gibt sie sich entschlossen. An Angst vor möglichen Randalen rechter Jugendlicher, die sich durch den Aufkleber provoziert fühlen könnten, hat Frau Pieske bisher nicht gedacht. „Solche Ausreden hat man ja schnell parat", winkt sie ab. Edelgard Lemke, Geschäftsführerin der Buchhandlung „Ulrich von Hutten" reagiert da vorsichtiger. An ihrem zweistöckigen Laden im Einkaufszentrum „Oderturm" klebt noch kein Noteingang-Schild. „Spontan bin ich ja dafür, aber es könnte auch gefährlich werden."

Schlechte Erfahrungen mit pöbelnden, die Buchhandlung blockierenden „Glatzen" habe man ohnehin schon machen müssen. „Einige meiner 20 Mitarbeiterinnen haben da Angst und die Nummer vom Wachschutz ständig in der Tasche", so Frau Lemke.

Generelle Ablehnung zeigt der Betreiber eines Zeitungsladens. „Ich bin doch nicht lebensmüde und lasse mir hier ständig die Fensterscheiben einhauen", schimpft er.

Student Jochen Runge, Mitglied der „Plattform gegen Rechts" kennt das Spektrum an Reaktionen. Gemeinsam mit 50 anderen jungen Leute der verschiedensten Frankfurter Initiativen ist er ständig im Stadtgebiet unterwegs, um weitere Noteingang-Mitstreiter zu gewinnen. „Je breiter die Aktion, um so geringer das Risiko von Angriffen", argumentiert er.

aus: „Berliner Zeitung"
04.03.99

Am Bernauer Rathaus gibt es keinen „Noteingang"

Bürgermeister hat Bedenken gegen Antirassismus-Aufkleber / Aktion startet in Ostbrandenburg

VON E. KALDASCH UND V. KUNKIS

Seit vier Monaten hat Sylvia Pyrlik, Inhaberin einer Buchhandlung in Bernau, einen Aufkleber an der Ladentür. Er ist schwarz und gelb und trägt die Aufschrift „Aktion Noteingang". In drei Sprachen – Deutsch, Russisch und Englisch – steht auf dem Aufkleber der Satz: „Wir bieten Schutz und Informationen bei rassistischen und faschistischen Übergriffen." Sylvia Pyrlik gehörte in Bernau zu den ersten, die sich an der im Oktober gestarteten „Aktion Noteingang" beteiligten.

Eine Jugendinitiative war nach Überfällen auf Ausländer im Sommer 1998 auf die Idee gekommen, fremdenfeindlichen Taten und Stimmungen auf diese Weise etwas entgegenzusetzen. Ausländer, die bedroht oder verfolgt werden, sollen dort, wo solche Aufkleber angebracht sind, Hilfe, Schutz und Unterstützung finden.

Ablehnung spürbar

Seit 14 Tagen sind die Initiatoren der Jugendbildungs- und Freizeitinitiative Bernau e. V. erneut in der Stadt unterwegs. Sie spüren, daß ihre Aktion auf Ablehnung stößt. „Die Bereitschaft, sich öffentlich mit einem Aufkleber zu bekennen, fehlt", sagt Thomas Janoschka von der Initiative. Jetzt hat sich sogar Bügermeister Hubert Handke (CDU) gegen die Aufkleber-Aktion ausgesprochen.

In der vergangenen Woche war Handke auf der Stadtverordnetenversammlung über die Haltung der Stadt zur „Aktion Noteingang" befragt worden. „Es gibt ein klares öffentliches Interesse an Toleranz und Gewaltlosigkeit in unserer Stadt", antwortete Handke. Es gebe seitens der Verwaltung aber auch Bedenken gegen die Aktion, „speziell gegen die Aufkleber". Der Text könne suggerieren, daß in den städtischen Einrichtungen rund um die Uhr jemand erreichbar ist und dort auch kompetente Hilfe leisten kann, so Handke. Problematisch sei auch die Kategorisierung der Opfer. „Die besondere Hervorhebung der Hilfe für Opfer rechter Gewalt könnte so verstanden werden, daß Leute, die den Aufkleber nicht anbringen, als ausländerfeindlich stigmatisiert werden." Weil diese Bedenken nicht ausgeräumt sind, werde es an öffentlichen Gebäuden der Stadt zunächst keine Aufkleber geben, so der Bürgermeister.

In Schwedt denkt man da anders. Hier begann die Aktion Noteingang am 12. Februar. Und Bürgermeister Peter Schauer (SPD) war der erste, der mit der Jugendinitiative Aufkleber anbrachte. Zuerst an den Eingangstüren des Rathauses. „Bei uns gibt es keine Bedenken gegen die Aufkleber", sagt seine Referentin Regina Ziemendorf. Sie seien inzwischen auch an Schulen, der Bibliothek und dem Bürohaus der Stadt angebracht worden. Auch die Landesregierung scheint keine Bedenken gegen die Aktion zu haben. Im vergangenen Jahr ist die „Aktion Noteingang" mit Mitteln aus dem Programm „Tolerantes Brandenburg" gefördert worden.

Angst vor zerschlagenen Scheiben

„Wir wollen mit den Bernauern über die Vorbehalte reden", sagt Knut Steinkopf, der Sprecher der landesweiten Projektgruppe Noteingang. Am 10. März wird es eine öffentliche Podiumsdiskussion geben. Eingeladen ist dazu auch der Bernauer Gewerbeverein. Dessen Vorsitzender Horst Werner hatte sich, wie der Bürgermeister, gegen die Aufkleberaktion ausgesprochen. Händler würden eingeschlagene Schaufensterscheiben befürchten, und für Außenstehende werde der Eindruck erweckt, Bernau sei eine rechte Stadt, so Werner. Zur Zeit gibt es nur an acht Bernauer Geschäften Aufkleber.

Die „Aktion Noteingang" ist inzwischen auch in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und Strausberg angelaufen. Dort wird sie in der Regel von den Stadtverwaltungen unterstützt, sagt Knut Steinkopf. Auch in Bernau regt sich Widerstand gegen die Haltung des Bürgermeisters. „Es ist wichtig, daß wir uns öffentlich gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzen", sagt die Stadtverordnetenvorsteherin Elke Keil (SPD). Dagmar Enkelmann (PDS) sagt, die Aufkleber sind ein wichtiges Zeichen, daß Bernau keine rechte Gewalt duldet. „Eine aus Angst schweigende Mehrheit ist das schlimmste für die Stadt", sagt sie.

„Es gibt Bedenken gegen die Aktion."

Hubert Handke

„AKTION NOTEINGANG"

Zeichen gegen Gewalt

Entstanden ist die Idee der „Aktion Noteingang" im Sommer 1998 nach Überfällen auf einen Gambier und einen Vietnamesen in Bernau.

Aufkleber an Türen von Geschäften, Gaststätten und öffentlichen Gebäuden sollen bedrohten Ausländern signalisieren, daß sie Hilfe bekommen.

Bernau war zunächst für einen Probelauf ausgewählt worden. Inzwischen ist die Aktion auch in Schwedt, Fürstenwalde, Strausberg und Frankfurt (Oder) angelaufen.

Getragen wird das Projekt von linken Jugendgruppen, Bündnissen gegen Rechts, Ökogruppen und kirchlichen Vereinigungen.

aus: „MAZ-Märkische Allgemeine Zeitung"
08.06.99

Schutz hinter der Ladentür

„Aktion Noteingang" gestartet / Signal für Verfolgte und Verfolger

KATHRIN GOTTWALD

NEURUPPIN ■ März 98, Wichmannstraße Neuruppin: René Dabitz wird von zwei Jugendlichen angegriffen. Grundlos schlagen die Täter auf ihn ein. Die Nase blutet, die Oberlippe ist gerissen und muß, wie sich im Krankenhaus herausstellt, mit 30 Stichen genäht werden. Der verletzte Aktivposten des linken Jugendvereins Mittendrin flieht in den Ökoladen „Grünkern". Dort findet er Schutz und Erste Hilfe.

Gestern war René Dabitz wieder im Neuruppiner „Grünkern"-Laden. Geschäftsinhaber Holger Hannemann nahm von ihm den gelb-schwarzen Aufkleber der „Aktion Noteingang" entgegen und klebte ihn an seine Ladentür. Damit signalisierte er: Hier findet jeder Schutz, wenn er verfolgt wird oder sich bedroht fühlt.

Zuvor hatte Bürgermeister Otto Theel das Noteingang-Symbol an seine Rathaustür geklebt. Das war der offizielle Start der „Aktion Noteingang" in Neuruppin. Die Initiatoren, Mitglieder des Aktionsbündnisses gegen Rechts, werden in den nächsten 14 Tagen alle Innenstadtgeschäfte aufsuchen, um möglichst viele Noteingänge zu schaffen. Schon jetzt gebe es zehn feste Zusagen; die Kirchen und fast alle Jugendklubs würden mitmachen, sagte Ronny Kretzschmer vom Aktionsbündnis gegen Rechts der MAZ. Die Aufkleber sollen ein Signal für Opfer und Täter zugleich sein, so die Initiatoren: Bedrohten wird angezeigt, daß sie in den betreffenden Geschäften Hilfe erhalten. Schlägern symbolisiere man auf diese Weise, „daß diese Stadt solche Übergriffe nicht duldet", so Mitinitiator Wolfgang Freese. Die Aktion, die vor fünf Jahren in Berlin-Kreuzberg aus der Taufe gehoben wurde, läuft inzwischen in elf brandenburgischen Städten, darunter Bernau, Strausberg und Frankfurt/Oder. Die nächsten „Noteingang"-Städte sind Kyritz und Oranienburg.

Fragen zur Aktion Noteingang

Fragebogen

Wie finden Sie die Aktion Noteingang?

Würden Sie helfen?

Übergriffe

Zivilcourage!

1. Wenn vor ihrer Einrichtung ein Mensch Hilfe sucht, der von gewalttätigen Übergriffen betroffen war, würden Sie diesen Menschen unterstützen, wenn Sie wissen/denken, daß er/sie...
(Zutreffendes bitte ankreuzen, dabei sind Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ eine Frau ist...
- ☐ ein Kind ist...
- ☐ homosexuell ist...
- ☐ ein/e sogenannte/r Behinderte/r ist...
- ☐ obdachlos ist...
- ☐ ein äußerlich verarmter Mensch unter Alkohol-/Drogeneinfluß ist...
- ☐ ein/e sogenannte/r Linke/r ist...
- ☐ ein/e sogenannte/r Russlanddeutsche/r ist...
- ☐ ein/e Roma oder Sinti ist...
- ☐ ein Jude / eine Jüdin ist...
- ☐ ein Moslem / eine Muslime ist...

eine Person mit...

- ☐ osteuropäischer Herkunft ist... (z.B. aus Polen, Rußland oder den Balkanstaaten)...
- ☐ westeuropäischer Herkunft ist... (z.B. aus Italien, Groflbritannien oder Frankreich)
- ☐ außereuropäischer Herkunft ist... (z.B. aus Asien, Afrika oder Lateinamerika)
- ☐ eine deutsche Person ist, die zu keiner der oben genannten Gruppen gehört...

2. Ich finde Aktion Noteingang gut.

- ☐ Ja
- ☐ Nein

3. Wenn eine Person bedroht oder betroffen ist von rassistischer und/ oder faschistischer Gewalt, würde ich helfen:
(zutreffende Kategorie bitte ankreuzen)

- ☐ auf jeden Fall
- ☐ wahrscheinlich
- ☐ vielleicht
- ☐ wahrscheinlich nicht
- ☐ auf keinen Fall

3.1. Gründe, warum ich nicht helfen würde
(Zutreffendes bitte ankreuzen, dabei sind Mehrfachnennungen möglich)

weil ich Angst habe...

- ☐ etwas Falsches zu tun
- ☐ vor Kundenverlust
- ☐ vor Sachbeschädigung
- ☐ vor anderem:
- ☐ wenn die Situation für mich gefährlich aussieht
- ☐ weil ich nicht wüßte, wie ich helfen könnte
- ☐ weil es nicht meine Angelegenheit ist u. ich mich nicht einmischen möchte
- ☐ weil ich nicht weiß, wer angefangen hat und/oder was passiert ist

- ✗ weil sich der Staat um solche Angelegenheiten kümmern soll
- ✗ weil ich schlechte Erfahrungen mit... gemacht habe
- ✗ weil ich gegen eine multikulturelle Gesellschaft bin
- ✗ weil ich bestimmten Personengruppen nicht helfen möchte
- ✗ es gibt keine Gründe
- ✗ andere:

3.2. Gründe, warum ich helfen würde (Zutreffendes bitte ankreuzen, dabei sind Mehrfachnennungen möglich)

- ✗ weil ich als StaatsbürgerIn dazu verpflichtet bin
- ✗ weil es für mich selbstverständlich ist, Menschen in Not zu helfen
- ✗ weil ich hoffe, daß mir auch geholfen wird, wenn ich in Not bin
- ✗ weil es ein schlechtes Licht auf unsere Stadt wirft, wenn Menschen hier nicht geholfen wird
- ✗ weil es notwenidig ist, sich mit Betroffenen von faschistisch und/oder rassistisch motivierter Gewalt zu solidarisieren und dem alltäglichen Faschismus/ Rassismus etwas entgegenzusetzen
- ✗ weil wenn ich, wenn ich nicht ein greife, die TäterInnen unterstütze
- ✗ weil es wichtig ist, ein Zeichen gegen faschistisch und/oder rassi tisch motivierte Gewalt zu setzen
- ✗ es gibt keine Gründe
- ✗ andere:

4. Ich werde den Noteingang Aufkleber an meiner Fensterscheibe sichtbar befestigen: (zutreffende Kategorie bitte ankreuzen)

- ✗ auf jeden Fall
- ✗ wahrscheinlich
- ✗ vielleicht
- ✗ wahrscheinlich nicht
- ✗ auf keinen Fall

4.1. Gründe, warum ich den Aufkleber nicht anbringe: (Zutreffendes bitte ankreuzen, dabei sind Mehrfachnennungen möglich)

- ✗ weil ich keinen Sinn darin sehe

weil ich Angst habe...

- ✗ vor Kundenverlust
- ✗ selbst ausgegrenzt zu werden
- ✗ vor Sachbeschädigung
- ✗ vor anderem:
- ✗ weil ich kein Vertrauen in die Aktion habe...
- ✗ weil ich die InitiatorInnen der Aktion nicht ernst nehmen kann
- ✗ weil ich mich nicht öffentlich positionieren will
- ✗ weil ich gegen eine multikulturelle Gesellschaft bin
- ✗ weil ich bestimmten Personengruppen keine Hilfe anbieten möchte
- ✗ andere:

4.2. Gründe, warum ich den Aufkleber anbringe: (Zutreffendes bitte ankreuzen, dabei sind Mehrfachnennungen möglich)

- ✗ weil ich es notwendig finde, ein Zeichen gegen Faschismus und/oder Rassismus zu setzen
- ✗ weil es die Attraktivität unserer Stadt als Wirtschaftsstandort erhöht

weil damit eine Stadtbildprägung erreicht und ...

- ✗ der Ruf unserer Stadt gebessert wird
- ✗ den Faschisten und Rassisten gezeigt wird, daß sie nicht toleriert werden
- ✗ weil ich allen potentiell Betroffenen zeigen will, daß ihnen im Notfall meine Tür offen steht
- ✗ weil ich es gut finde, wenn Jugendliche und junge Erwachsene etwas machen und ihr Engagement zu unterstützen ist
- ✗ weil ich hoffe, daß es dann weniger Überfälle gibt
- ✗ andere:

Fragen zur Einrichtung

Publikum:

- ✗ hauptsächlich Jugendliche
- ✗ hauptsächlich Erwachsene
- ✗ gemischt

Art der Einrichtung:

- ✗ Einzelgeschäft
- ✗ Handelskette
- ✗ öffentliche Einrichtung
- ✗ gastronomische Einrichtung

Fragen zur Person:

- ✗ männlich
- ✗ weiblich

Alter:...

Würden Sie... einen Aufkleber der „Aktion Noteingang" anbringen?

Aktion Noteingang
c/o biF e.V.
Breitscheidstr. 43 a
16321 Bernau

in Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten der HU Berlin

Presseerklärung

zur Unterstützung der „Opferperspektive"

Jugendbündnis
„Aktion Noteingang"
Pressestelle
15344 Strausberg

Mit Bestürzung und Sorge hat das Jugendbündnis „Aktion Noteingang" die Erklärung des Projekts OPFERPERSPEKTIVE zur vorläufigen Beendigung und Einstellung ihrer Arbeit zur Kenntnis genommen.

Hintergrund ist, daß dem Projekt OPFERPERSPEKTIVE die zugesagten Fördermittel durch das Land Brandenburg für 1999 nicht ausgezahlt werden.

Die örtlichen Gruppen und Initiativen von „Aktion Noteingang" haben in ihrem Bestreben, von rassistischer und faschistischer Gewalt Verfolgten Schutzräume und Informationsmöglichkeiten zu schaffen, eng mit dem Projekt OPFERPERSPEKTIVE zusammengearbeitet.

Viele Gewerbetreibende, Verantwortliche von öffentlichen Einrichtungen und all jene, die sich an der „Aktion Noteingang" beteiligen, haben von uns das Projekt OPFERPERSPEKTIVE als Ansprechpartner vermittelt bekommen, um im Fall der Fälle Betroffenen von rassistischer und faschistischer Gewalt eine qualifizierte Unterstützung und Beratung zu ermöglichen.

Wir fordern deshalb die Landesregierung und den Justizminister Bräutigam auf, die zugesagten Zuschüsse dem Teilprojekt der RAA, der OPFERPERSPEKTIVE, umgehend auszuzahlen.

Es ist ein falsches politisches Signal der Landesregierung, in Hinsicht auf Häufigkeit und Brutalität rassistischer und faschistischer Gewaltakte im Land, die Arbeit des Projektes jetzt zu torpedieren.

Eine wirksame, von Betroffenen wie auch unserer Initiative akzeptierte, sinnvolle und flexible Beratungs- und Unterstützungsstruktur geht unreparabel verloren.

Jugendbündnis
„Aktion Noteingang"

Anzeige

pre post magazine
Der ideologische Partyservice für die Restlinke
linkes medium im netz
www.prepost-mag.de
ab 1. september
aktion noteingang:
dokumente, analysen und
und kommentare
ab 1. oktober
prepost als periodikum
gegen volk und vaterland
keine offensive. kein angriff.
keine ersatz für partei und revolution.
keine resignation.
time to make a switch now.
prepost. the shape of rebellion to come.

Danksagung

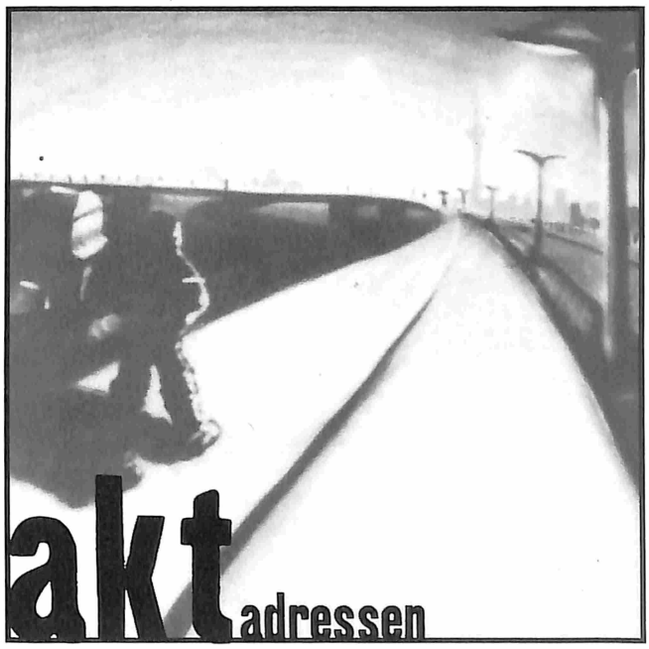
Deutlich wird, welch schwieriges Terrain hier durch die „Aktion Noteingang" bearbeitet worden ist. Ebenso wird klar, daß hier durchaus Potentiale für eine Weiterarbeit liegen. Einige Fachtexte zu rassistischen und faschistischen Mobilisierungen sind der Broschüre als Hintergrundmaterial beigegeben. Wir danken an dieser Stelle den Autorinnen und Autoren für die Überlassung der Beiträge.

Zu danken ist allen in Institutionen, bei freien Trägern, den Kirchen und in Industrie und Handel tätigen aktiven UnterstützerInnen, den KooperationspartnerInnen und Beteiligten unserer Aktion für praktische Unterstützung und Engagement. Ohne diese Erfahrungen von Kooperations- und gegenseitiger Lern- und Auseinandersetzungsbereitschaft wäre dieses Projekt und seine Dokumentation nicht möglich gewesen. Deutlich wird aus unserer Sicht auch, daß dieser Prozeß häufig noch sehr, sehr am Anfang steht.

Verschwiegen soll und kann an dieser Stelle zudem nicht, daß die aus dem Landesministerium mit der lächerlichen Begründung erfolgte Mittelkürzung für die Ausarbeitung der Projektergebnisse - es handele sich um eine ‚politische und nicht um eine wissenschaftliche Auswertung' - die abschließende Bewertung der Befragung konkret bedroht. Nur sehr vorläufig können daher hier erste Ergebnisse publiziert werden. Sie zeigen aber bereits, daß eine vertiefende Bearbeitung des Materials wichtige Hinweise für sinnvolles Handeln gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und darüber hinaus - gegen Rassismus und neofaschistische Organisierung - bieten könnte. Wenn das gewünscht wird...

Die praktische Arbeit vor Ort, intensive Kommunikationsprozesse, Mobilisierung für Aktivitäten vor Ort und Bildung von Bündnissen sowie die Auswertungsarbeit sind Prozesse, die nicht zuletzt von einer kritischen, couragierten und engagierten, sich weltoffen verstehenden Jugend im Zusammenhang des Projektes „Aktion Noteingang" angeschoben worden sind. Diese Jugendlichen erhofften und erhoffen sich in Ergänzung ihrer Arbeit eine wissenschaftliche Begleitung und können hierin von VerantwortungsträgerInnen in Brandenburg unterstützt oder allein gelassen werden.

Das, in der Tat, ist dann eine ‚politische' Entscheidung...



Kontaktadressen

Aktion Noteingang c/o Pfeffer & Salz • PSF 1131 • 16278 Angermünde
Aktion Noteingang c/o AJP 99 e.V. • PSF 1211 • 16259 Bad Freienwalde
Aktion Noteingang c/o DOSTO • Breitscheidstr. 43a • 16321 Bernau • fon 03338.5590
Aktion Noteingang c/o Keller • Eisenbahnstr. 84 • 16225 Eberswalde
Aktion Noteingang c/o Utopia e.V. über Umweltbibliothek
Sophienstr. 9 • 15230 Frankfurt/Oder
Aktion Noteingang Neuruppin c/o Mittendrin • PSF 1108 • 16812 Neuruppin
Aktion Noteingang c/o Bildungswerkstatt • Leipziger Str. 60 • 14473 Potsdam
Aktion Noteingang c/o HORTE • Peter Göring Str. 25
15344 Strausberg • fon 03341.250292
Aktion Noteingang Fürstenwalde, Schwedt und Kyritz erreichbar über
HORTE (Strausberg) oder DOSTO (Bernau)

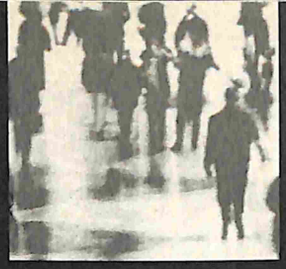
impressum

Herausgeber:
Landesweites Jugendbündnis
„Aktion Noteingang", eine Initiative des Demokratischen JugendFORUM Brandenburg (DJB e.V.)
Preisempfehlung: 4.- DM

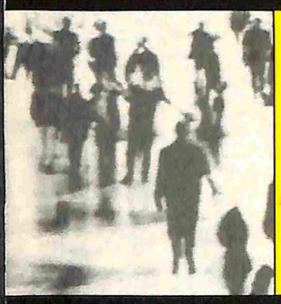
Kontakt & Bestelladresse:
c/o DOSTO
Breitscheidstraße 43 a • 16321 Bernau
fon/fax: 03338.5590
noteingang@bernau.net

Layout:
Girls mit Computer (GmC), eine Initiative des Demokratischen JugendFORUM Brandenburg (DJB e.V.)
Fotos: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.; ANEG
Druck: Hinkelstein, Berlin
Verlag: Selbstverlag
Auflage: 5.000
Redaktionsschluß: 2. August 1999

V.i.S.d.P.: Stefan Hinze,
Peter Göring Str. 25 • 15344 Strausberg



Wir bieten
Schutz und Informationen
bei rassistischen und
faschistischen Übergriffen!



We offer
protection and information
against violence and attacks
by fascists and racists!

Ofiarom napasci na tle
rasistowskim
oraz neofaszystowskim
chcemy zapewnic informacje
i pomoc w razie potrzeby!